



Bayerische Landeszentrale  
für politische Bildungsarbeit

# EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



2  
—  
21

# Editorial

Liebe Leser\*innen,

große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus: Am 26. September findet die Bundestagswahl statt – der Wahlkampf befindet sich bereits in der heißen Phase, umstrittene politische Themen gibt es mehr als genug. Der Klimawandel, ganz aktuell durch die Flutkatastrophe wieder ins Scheinwerferlicht der Aufmerksamkeit gerückt, und die Corona-Maßnahmen, die durch Fortschreiten der Impfkampagne einerseits sowie der drohenden Delta-Welle, andererseits weiterhin von entscheidender Bedeutung sind, seien nur als zwei der „Top-Themen“ genannt. In dieser Ausgabe beschäftigt sich deshalb auch unser Schwerpunkt mit der Wahl:

→ Magnus Brechtken unterstreicht in seinem Artikel die Bedeutung der Demokratie – auch wenn es Kritikpunkte und Schwachstellen gibt, der Wert der Freiheit ist unschätzbar und muss verteidigt und bewahrt werden. Die Redaktion spricht auch mit ihm im „Hörsaal“ über diese Aspekte.

→ Welche Themen werden für die Wahl ausschlaggebend sein? Welche/r Kandidat/in wird sich durchsetzen können? Volker Best geht den Besonderheiten der Bundestagswahl auf den Grund.

→ Ein noch unterschätztes Phänomen ist die Digitalisierung des Wahlkampfes – einen Einblick in die Macht der Algorithmen gibt Simon Hegelich.

Weitere Artikel im Heft beschäftigen sich mit der NATO und China, außerdem wird die Serie zur „Zeitenwende 1989/1990“ mit einem Einblick in die Bedeutung der Gesundheitskrise Ende der 1980er Jahre in der Sowjetunion fortgesetzt.

Die Artikel sind teilweise pointiert formuliert und laden zur Diskussion ein – ganz im Sinne des demokratischen Diskurses, den die BLZ anstrebt.

Und auch Sie sind wieder aufgerufen, sich an unserer Pro-/Contra-Debatte zu beteiligen, diesmal unter der Fragestellung: Wie politisch darf der Sport sein?

Wir wünschen eine anregende und in bestem Fall unterhaltsame Lektüre.

Die Redaktion

Autor\*innen dieses Heftes

**Dr. Volker Best** vertritt das Lehr- und Forschungsgebiet „Politische Systeme und Comparative Politics“ am Institut für politische Wissenschaften der RWTH Aachen.

**Prof. Dr. Magnus Brechtken** ist stellvertretender Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München/Berlin.

**Direktor Rupert Grübl** leitet die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

**Prof. Dr. Simon Hegelich** hat die Professur für Political Data Science an der Hochschule für Politik der Technischen Universität München inne.

**PD Dr. Markus Kaim** arbeitet am Deutschen Institut für Internationale Sicherheit und Politik der Stiftung Wissenschaft und Politik.

**Sophie Nübling** ist wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde der Universität Tübingen.

**Dr. Ludwig Unger** ist Referatsleiter bei der Bayerischen Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit.



i

Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: [landeszentrale@blz.bayern.de](mailto:landeszentrale@blz.bayern.de), Stichwort: Einsichten und Perspektiven.

**Hier können Sie auch ein kostenloses Abonnement der Zeitschrift beziehen.**

# Inhalt



[IM FOKUS]

**Warum Demokratie? Über die Kraft, die aus Mündigkeit und Teilhabe kommt** 4  
*von Magnus Brechtken*

[IM FOKUS]

**Ausblick auf die Bundestagswahl 2021** 12  
*von Volker Best*



[COMIC]

**Der gläserne Wähler** 23  
*von Uli Knorr*

[IM FOKUS]

**Immer schneller, immer krasser und am Publikum vorbei:  
Wie Soziale Medien den Wahlkampf verändern und auf was wir uns bei der  
Bundestagswahl einstellen müssen** 24  
*von Simon Hegelich*



[DAS POLITISCHE BILD]

[SERIE]

**Gesundheitskrise – Risiken und Nebenwirkungen von Glasnost und Perestroika** 32  
*von Sophie Nübling*

[POLITIK]

**Die NATO – Ein Überblick** 46  
*von Rupert Gröbl*



[POLITIK]

**Braucht die NATO eine China-Strategie? Und wenn ja, welche?** 54  
*von Markus Kaim*

[PRO & CONTRA]

**Wie politisch darf der Sport sein?** 62  
*Fragen an Kathrin Lehmann und Tim Frohwein*



[GESCHICHTE]

**Ein unglücklicher Herrscher in Griechenland – der Wittelsbacher König Otto** 66  
*von Ludwig Unger*

[LESESTOFF]

**Lesestoff** 76

# WARUM DEMOKRATIE? ÜBER DIE KRAFT, DIE AUS MÜNDIGKEIT UND TEILHABE KOMMT

von Magnus Brechtken



Kommunalwahlen im März 2020 in Bayern  
Foto: Süddeutsche Zeitung, Photo/Fotograf: Robert Haas

Demokratien und ihre Anhänger scheinen gegenwärtig in der Defensive. Das ist zumindest der Eindruck, den die Gegner von demokratischen Institutionen und parlamentarischen Prozessen zu verbreiten suchen. Ob in China, wo die Kommunistische Partei triumphal ihren hundertsten Geburtstag feiert, ob in Russland, wo sich Präsident Putin fernsehgerecht als allsorgender Patriarch inszeniert, der bei Anruf prompt die Probleme seiner Untertanen löst. Parlamentarischer Meinungsstreit dagegen sei, so hören wir bisweilen selbst hierzulande, undurchschaubar und kompliziert. Gern verweisen Kritiker dann auf die vermeintliche Langsamkeit demokratischer Entscheidungsprozesse oder den angeblichen Wirrwarr der Interessen von Individuen, Gruppen und Institutionen. Oder sie reden von Kungelei, abgehobenen Elitenzirkeln oder gar Verschwörungen.

Aber es gibt keinen rationalen Grund, solchen Erzählungen zu folgen, im Gegenteil: Wer so argumentiert, hat jede Freiheit, sich selbst zu engagieren. Denn demokratische Gesellschaften gedeihen im fortwährenden Ausgleich von individuellen Interessen und stabilisieren sich durch das mühsame Verhandeln unterschiedlicher, auch unbequemer Meinungen. Demokratische Ordnungen sind, das sei hier behauptet und im Folgenden begründet, auf lange Sicht resilienter und kreativer als autoritäre Organisationen und Obrigkeitsstaaten oder Entscheidungssysteme, die meinen, auf offene Interessenverhandlungen verzichten zu können. Menschen in Demokratien müssen allerdings bereit sein, für ihre Stabilität zu wirken, bisweilen auch zu kämpfen. Dieses Selbstbewusstsein gilt es, besonders dann in Erinnerung zu rufen, wenn Kritiker ihre „Ja, aber ...“-Argumente vorbringen.

Dergleichen hören wir beinahe täglich: Welchen Sinn soll es haben, historische Prozesse zu analysieren, wir leben doch in der Gegenwart? Ist es nicht „westliche Arroganz“, auf die natürlichen Rechte aller Menschen hinzuweisen und eine demokratische Legitimation von jedem zu fordern, der Herrschaft und Regierungsmacht beansprucht? Zeigt nicht jüngst Chinas Aufstieg, dass autoritäre Führungen erfolgreich sein können? Wie steht es um die demokratische Realität in der Europäischen Union? Die Liste lässt sich beliebig erweitern.

Betrachten wir einige dieser Argumente und beginnen mit dem Wert der Geschichte. Warum können wir aus der Vergangenheit lernen? Eine Antwort kann jeder rasch in der eigenen Familiengeschichte finden, sofern er sich über die Lebensumstände der Vorfahren informiert. Es genügt, zweihundert oder hundert Jahre zurückzudenken und auf den Alltag der ganz überwiegenden Zahl der Menschen in jenen Jahren 1821 und 1921 zu blicken: Kindersterblich-

keit und Lebenserwartung, Arbeitsalltag und medizinische Versorgung, die Chancen auf Bildung, sozialen Aufstieg und gesellschaftliche Teilhabe, die Rollen der Geschlechter und die Grenzen ihrer Freiheit. Von Nahrungsqualität, technischen Möglichkeiten und politischer Teilhabe ganz zu schweigen. Politische Rechte etwa besaßen 1821 nur wenige Männer, die meisten waren Untertanen, Frauen konnten allenfalls in Ausnahmen selbst über ihr Leben bestimmen. Das war das Schicksal der Mehrheit, nicht höfischer Pomp oder romantisches Naturidyll.

Hundert Jahre später war in Deutschland immerhin das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen etabliert. Im Ergebnis eines Weltkrieges allerdings, der nicht zuletzt deshalb entstand, weil die beteiligten Mächte ihren Wettbewerb und ihre Interessen nicht durch Rückkopp-



Antikriegskundgebung der SPD und USPD im Lustgarten und auf dem Schloßplatz in Berlin am 31. Juli 1921. Im Wagen stehend ist Elsa Einstein, die zweite Frau von Albert Einstein, zu sehen.

Foto: picture alliance/akg-images

lungen in die betroffenen Gesellschaften abgewogen hatten. Es war gerade der Mangel demokratischer *Checks and Balances*, der die politische und militärische Führung vieler Staaten, besonders auch des Deutschen Kaiserreichs, über Jahrzehnte mit einem Tunnelblick ohne parlamentarische Einspruchsmacht ihre Außenpolitik betreiben ließ. Um dies zu verstehen, hilft ein Blick auf die Weltbilder und Motive derjenigen, die seinerzeit über Krieg und Frieden entschieden. Den Unterschied zur demokratischen Gegenwart kann jeder sehen, der möchte.



Die Rutenbündel (*Fasces*), Zeichen der Amtsgewalt von hohen Beamten im Alten Rom, hier zu sehen am Marcellus-Theater in Rom. Beil und Ruten symbolisierten die Macht, körperliche Strafen und die Todesstrafe zu verhängen. Häufig wird davon ausgegangen, dass der Begriff „Faschismus“ etymologisch mit den altrömischen „Fasces“ zusammenhängt. Diese waren beliebte Symbole für Staat und Militär in der Zeit des italienischen Faschismus.

Foto: Lalupa, CC BY-SA 4.0 <<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>>, via Wikimedia Commons

Mit dem Blick in die Geschichte können wir zudem erkennen, welche Folgen die seinerzeit propagierten Ordnungsmodelle auf das 20. Jahrhundert hatten. Wer vor hundert Jahren im Schatten der Weltkriegserfahrungen lebte und erschüttert nach Orientierung suchte, dem präsentierten sich gleich mehrere neue Heilsversprechen: Unter der Führung der Sowjetunion beschworen Kommunisten den historischen Materialismus als Gesetz der Geschichte. Sie waren überzeugt, dass ein Weltgesetz der

Klassenkämpfe unabweisbar in die von Marx und Lenin projizierte Richtung lauf – und schließlich mit ihrem Sieg als Erlösung enden werde. Das glaubten Millionen und hängten ihr Leben daran.

Die Anhänger faschistischer Bewegungen dagegen beschworen den Kampf der Nationen und Völker als ewiges Gesetz, in dem man entweder zu den Gewinnern zählte oder abstieg. Die Vorstellung eines geregelten, gar friedlichen Nebeneinanders in Verschiedenheit wurde als naive Illusion abgetan. In Europa existierten von 25 Demokratien des Jahres 1919 im Jahr 1938 nur noch elf. In Deutschland präsentierte sich Hitler als Missionar der Behauptung, das Bewegungsgesetz der Geschichte im Rassenkampf gefunden zu haben. Auch dieses Erlösungsversprechen glaubten Millionen. Im Unterschied zu unseren Vorfahren wissen wir, was daraus folgte.

Oft folgt hier das nächste „Aber...“. Denn es waren nicht nur Demokratien, die den Nationalsozialismus besiegten, sondern in hohem Maße die Streitkräfte der Sowjetunion. Als Argument gegen die Demokratie ist diese Feststellung allerdings nicht brauchbar. Denn die Nationalsozialisten und der europäische Faschismus lebten gegen alle anderen Regierungsformen. Das Niederringen lag im Interesse aller Gegner. Die Gemeinsamkeiten der Alliierten gegen Hitler endeten rasch, als dessen Vernichtungsdrohung abgewehrt war und die Grundfrage nach dem Ordnungsmodell für die Nachkriegszeit – parlamentarische Demokratie oder Sowjetherrschaft – aufgeworfen wurde.

Hier spielte neu die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ hinein, beschlossen von der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1948. Sie hielt als Einsicht fest, dass „die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet“. Wer um sich blickte, sah, dass „die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei geführt“ hatte, weshalb es „notwendig ist, die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechtes zu schützen, damit der Mensch nicht gezwungen wird, als letztes Mittel zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung zu greifen“.

Hier ist in der Regel das nächste „Aber ...“ zu vernehmen. Denn die Menschenrechte waren auch in demokratischen Staaten keineswegs überall oder gar vollständig durchgesetzt. Dies galt für den Umgang der europäischen Mächte mit ihren ehemaligen Kolonien. Und es galt für einen weiterhin unvollkommenen Alltag in vielen Län-



Eleanor Roosevelt mit der Deklaration der Menschenrechte der Vereinten Nationen, 9. Dezember 1948  
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Amerika Haus

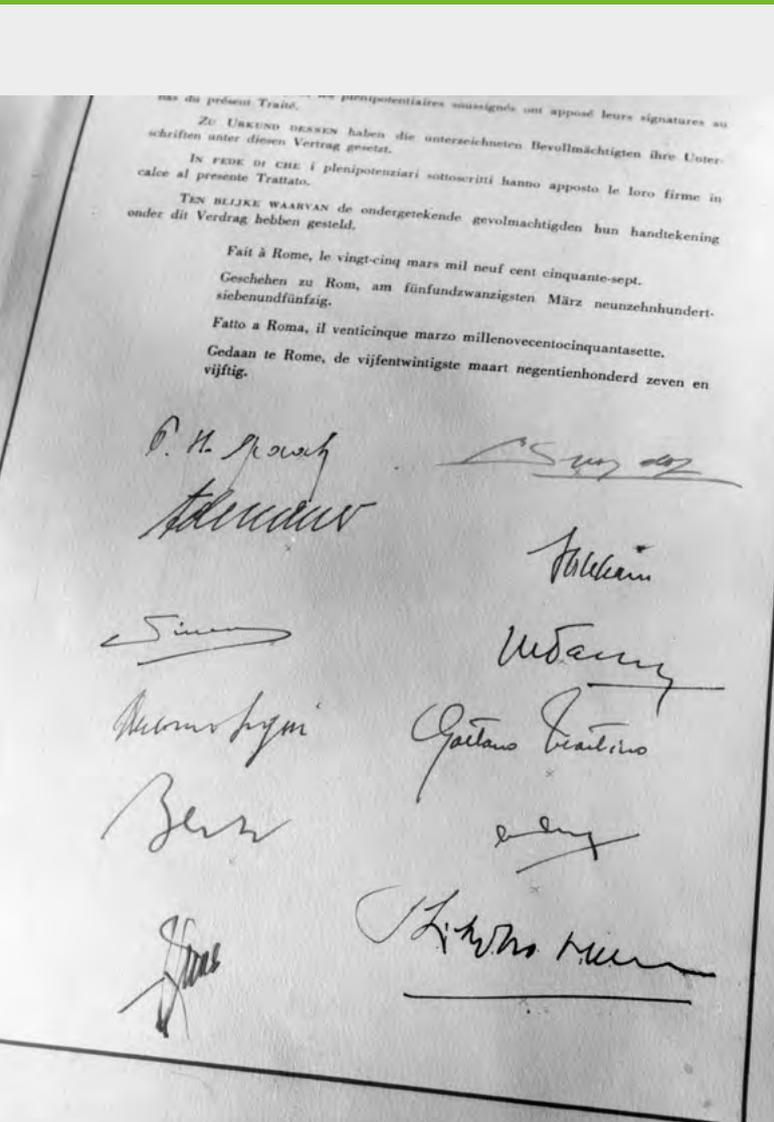
dern, etwa die Diskriminierung ethnischer oder sozialer Gruppen. Dies gilt mancherorts bis heute.

Wer aber auf das Jahr 1948 als Maß blickt und die Jahrzehnte und Jahrhunderte davor zum Vergleich nimmt, wird schwerlich leugnen können, dass Fortschritte real waren – im Bewusstsein ebenso wie im realen Willen zur Durchsetzung. Ein Beispiel ist der Wandel des Menschenbildes von der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung bis zur UNO-Deklaration. Während 1776 „*all men are created equal*“ zwar historisch revolutionär klang, aber tatsächlich vor allem weiße Männer meinte, ist die Vorstellung 1948 grundsätzlich für alle Menschen gleichermaßen gedacht – als Anspruch und Ziel.

Und wer die Jahre seither analysiert, kann ebenfalls erkennen, dass sich die Rechte und Lebensbedingungen der Menschen in demokratischen Staaten enorm entwickelt haben. Die realen Fortschritte in der Alltagswelt der Nachkriegszeit lassen sich mühelos aufzählen: vom Aus-

bau sozialer Sicherung über Arbeitnehmerrechte bis zu den Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für viele Teile der Bevölkerung, die vor hundert Jahren ausgeschlossen waren von höheren Schulen oder gar einem Studium. Vor allem aber: Demokratien bevorzugten friedlichen Wettbewerb statt riskanter außenpolitischer Abenteuer. Sie vertrauen darauf, dass auch die Bewohner anderer Länder, sofern sie frei und informiert entscheiden können, kein Interesse daran haben, ihre Söhne und Töchter in Kriege zu senden, die sie nicht als überlebensnotwendig ansehen.

Die Geschichte der Europäischen Union ist Beispiel und Beleg dieser Erfahrungskumulation: Im Licht der Eindrücke aus der Zeit vor 1945 wandelte sich hier der anarchische Machtwettbewerb, in dem Kriege als ultimatives Mittel stets präsent waren, zu einer durch Regeln und Institutionen an Frieden gebundenen Konkurrenz. Der Wirtschaftswettbewerb blieb als Wesen der Konkurrenz lebendig, aber er bewahrte Freiheit und generierte Wohl-



Die Römischen Verträge, 1957: Fundament für die zunächst wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa  
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/UPI

stand, weil sich alle gleichermaßen auf akzeptierte Grundsätze verständigten und Kompromisse als Lebensmodus übten, statt Vorteile auf Kosten anderer, womöglich durch gewaltsame Konflikte, zu suchen. Die Erfahrungen förderten einen Mentalitätswandel, der Kriege als Mittel innereuropäischer Konfliktlösung weithin undenkbar macht. So löste sich in weiten Teilen Europas die Idee des Nationalstaates vom Nationalismus. „Nationales Interesse“ definiert sich heute weithin als „rationales Interesse“. Der Nationalstaat ist damit nicht obsolet, aber er bietet nun vor allem ein historisch neu geübtes, vom Nationalismus entflochtenes Ordnungsmodell. Wir müssen den eigenen Staat nicht auf Leben und Tod in Konkurrenz mit anderen sehen, sondern können ihn als anschluss- und

entwicklungsfähig für neue Ordnungsmodelle denken. Das ist kein Automatismus, sondern muss laufend neu verhandelt und legitimiert werden. Demokratische offene Gesellschaften scheuen dies nicht, sie wissen um die stabilisierende Kraft solcher Prozesse.

Zugleich erwies sich die parlamentarische Demokratie im Kalten Krieg des Systemwettbewerbs mit dem Sowjetmodell als glaubwürdig, resilient und lernfähig. Und auch nach dessen Ende 1990 haben sich andere Ordnungsmodelle, ob diktatorisch, ideologisch oder religiös motiviert, in keiner Weise als überlegen erwiesen, wenn es darum geht, Menschen Freiheit, Sicherheit und Wohlstand zu ermöglichen.

Hier folgen in der Regel das nächste „Aber ...“ und der Verweis auf die bisweilen erbitterten politischen Grabenkämpfe in demokratischen Staaten, die Wahlerfolge populistisch-nationalistischer Bewegungen nicht nur in Europa sowie den globalen Aufstieg der autoritär geführten Volksrepublik China.

Zunächst ist daran richtig: Wir stehen in einem globalen Wettbewerb. Ob wir wollen oder nicht. Eine insulare Glückseligkeit kann es nicht geben. Wenn wir meinen, diese Einsicht beiseite schieben zu können, werden uns die Konsequenzen der Ignoranz einholen.

Im wirtschaftlichen Wettbewerb ist das bereits offensichtlich: Die Volksrepublik China hat sich über die vergangenen drei Jahrzehnte als verlockender Markt angeboten und im Gegenzug vom Austausch so enorm profitiert, dass das Land inzwischen selbst zu den führenden Technologienationen zählt. Die Hoffnung allerdings, dass Wirtschaftskooperation und Wohlstandsentwicklung auch zu einer offeneren Gesellschaft und einem freiheitlichen politischen System beitragen, erweist sich als Illusion.

Das Gegenteil drängt sich auf: Mit Verweis auf die Erfolge des Aufstiegs reklamiert die Kommunistische Partei Chinas eine Überlegenheit ihres Ordnungsmodells. Mit zunehmender wirtschaftlicher Stärke meint sie inzwischen sogar, ihre rechtlichen Zusagen als unverbindlich abtun zu können. Mit Blick auf Hongkong hat die Volksrepublik den 1997 auf fünfzig Jahre geschlossenen Vertrag mit Großbritannien inzwischen gebrochen. Das militärische Auftreten im südchinesischen Meer, die Ansprüche Richtung Arktis, insbesondere aber das Auftreten gegenüber Taiwan zeigen: Hier agiert ein Machtstaat, der globale Herrschaftsansprüche formuliert und dabei für sich in Anspruch nimmt, nach eigenen Gesetzen und Prinzipien zu handeln, die niemanden „von außen“ etwas angehen.

Entsprechend folgt hier in der Regel das nächste „Aber ...“: Mit welchem Recht kritisieren „wir“ die chine-



Demonstrant\*innen versuchen in der chinesischen Botschaft in Den Haag eine Petition über die Menschenrechte der Uiguren zu überreichen.  
Foto: picture alliance/ ANP/Fotograf: Sem van der Wal

sische Führung für dieses Verhalten? Die Antworten ergeben sich aus zwei Gründen. Erstens außenpolitisch: Es geht es uns sehr wohl etwas an, wenn ein Staat internationales Recht missachtet und Herrschaftsansprüche auf Territorien außerhalb seines Staatsgebietes erhebt, von denen keinerlei Drohung gegen ihn ausgeht. Solche Ansprüche sind weder durch freie Wahlen der Betroffenen begründet noch von einem legitimen Recht auf Selbstverteidigung gedeckt. Wir haben keinen Anlass, dergleichen schulterzuckend zu dulden.

Die zweite Antwort hat bereits 1854 Abraham Lincoln formuliert: „Kein Mensch ist gut genug, einen anderen Menschen ohne dessen Zustimmung zu regieren.“ Sie gilt für alle Menschen. Die Rechte eines Menschen sind seine, ganz gleich, an welchem Ort, in welcher Familie, in welcher Kultur er oder sie geboren wird. Es ist keine „westliche“ Erfindung, wenn wir als Menschen dieses Recht auf Selbstbestimmung feststellen. Jeder Mensch hat dieses

Recht. Und jeder darf es für sich fordern. Das schließt ein, in geregelten Verfahren frei entscheiden können, in welcher Form er oder sie regiert werden möchte, und die Freiheit zu haben, sich zur Wahl zu stellen. Wenn eine Regierung behauptet, es gebe in „ihrer“ Kultur kein solches Recht, dann dürfen wir fragen, was die Menschen, denen dieses Recht abgesprochen wird, selbst dazu sagen. Wer behauptet, in „seiner“ Kultur müsse er nicht fragen, müsse sich nicht legitimieren lassen, der missachtet die Freiheit des Menschen und degradiert ihn zum Objekt. Eine solche Argumentation bedeutet im Umkehrschluss: Es geht nicht länger um legitime Herrschaft, sondern allein um die Möglichkeit der Macht. In einer solchen Welt könnte sich jeder mit demselben „Recht“ auf Herrschaftsansprüche berufen und seine eigene „Kultur“ zur Begründung anführen. Wir kennen auch dies aus der Geschichte. Der europäische Kolonialismus suchte mit ähnlichen Argumenten seine Herrschaftsansprüche zu begründen. Wer

folglich behauptet, die individuellen Menschenrechte aus „kulturellen“ Gründen nivellieren zu können, dem könnte dies Argument jederzeit selbst entgegengehalten werden. Es bliebe eine reine Machtfrage. Wer dies zu Ende denkt, landet geradewegs im Sozialdarwinismus und dem Kampf aller gegen alle.

Schließlich ein letztes „Aber ...“ über die Schwächen traditioneller Demokratien im Lichte der Erfolge eines lügenhaften Populismus.

Bis zum Ende des Kalten Krieges zeigten sich die Demokratien in Europa und Nordamerika nicht zuletzt deshalb stabil und wehrhaft, weil die Alternative des kommunistischen Herrschaftsmodells mit ihren Konsequenzen für den Einzelnen täglich vor Augen stand.

Eine Generation später ist die Erinnerung an diese Zeit offensichtlich verblasst. Wer nach 1990 erwachsen wurde, konnte beim Blick auf die Weltkarte eine bunte Zahl von Ordnungsmodellen entdecken, die allesamt irgendwie nebeneinander existierten. Das Bewusstsein für die Grundlagen der eigenen demokratischen Gesellschaft konnte darin leicht verschwimmen. Gleichgültigkeit und die Geringschätzung historisch-politischer Bildung bieten gerade in offenen Demokratien Einfallstore für Verschwörungsmärchen und die Propagandisten vermeintlich einfacher Lösungen. In den Vereinigten Staaten konnte es einem reichen Erben und Fernseh-Unterhalter wie Donald Trump gelingen, über den populistischen Markenkern des Anti-Politikers bis ins Weiße Haus zu gelangen. Trump ist das Symptom einer über Jahrzehnte politisch polarisierten Gesellschaft, die das Nachdenken über ihre Grundlagen vernachlässigt. Wer aber erschrickt, dass ein notorischer Lügner und selbstverliebter Egozentriker derart viele Anhänger und Wahlen gewinnt, sieht zugleich die Herausforderung demokratischer Prozesse: Dergleichen ist in freien Wahlen jederzeit möglich. Entscheidend ist, wie die Gesellschaft reagiert. Die Mehrheit der Menschen weiß aus persönlichem Erleben, dass Lügen und Unberechenbarkeit zu Konfrontation, Spaltung und potentiell zu Gewalt führen. Die Mehrheit möchte auch nicht notorisch belogen und übervorteilt werden. Sofern sie frei verhandeln und entscheiden kann, wird sie die Sicherheit fester Regeln und die Akzeptanz von Normen einem politischen Hasardspiel vorziehen. Die jüngsten Wahlen in den Vereinigten Staaten reflektieren diese Ausgleichskraft. Trumps Niederlage zeigt die Vitalität und Resilienz offener demokratischer Gesellschaften, ohne dass die fortwährenden Gefährdungen damit aufgehoben wären.

Wir haben in Europa unsere eigenen Herausforderungen. In Ungarn betreibt Ministerpräsident Orbán eine

nationalistische Diskriminierungspolitik, in der Wissenschaftsfreiheit und die freie Öffentlichkeit attackiert werden, während das Land einen erheblichen Teil seiner Wirtschaftsleistung den Subventionen der Europäischen Union – und damit dem Erfolg von dessen Prinzipien und Freiheiten – verdankt. In Polen schraubt die nationalistische PiS-Regierung Freiheiten zurück, die im Vierteljahrhundert zuvor jenen Wirtschaftsboom generiert haben, der den aktuellen Machhabern erst jene Mittel in die Hand gibt, um mit Wahlgeschenken und Sozialleistungen ihre Wählerklientel zu bedienen. Auch in Deutschland zeigen sich antidemokratische Stimmungen. Wer etwa behauptet „Wir sind das Volk“, dem sei gesagt: „Zeig‘ uns Deine Wählerinnen und Wähler!“

Wenn wir folglich historische Erfahrungen ernst nehmen und Revue passieren lassen, dann können wir sehen: Die Natur des Menschen kennt keine „automatischen“ oder vorgegebenen politischen Ordnungsstrukturen. Die Geschichte kennt keinen Determinismus und keinen zwingenden Weg. Der Mensch ist frei, sich eine Ordnung zu schaffen, in der er mit anderen Menschen leben möchte. Entscheidend bleibt, diese Freiheit für alle gleichermaßen offen zu halten. Parlamentarische Demokratien bieten und stabilisieren diese Chancen. Demokratische Gesellschaften sind Verhandlungsräume aktiven menschlichen Zusammenlebens über Zeit. Partizipation bedeutet folglich mehr als nur das Recht auf Wahl alle paar Jahre. Alle Menschen bleiben aufgerufen, die Grundwerte ihrer Gesellschaft zu reflektieren. Demokratie konstituiert sich mithin über das Engagement und die freiwillige Beteiligung möglichst vieler Menschen in öffentlichen Diskussionen und dem Prozess der politischen Willensbildung. Partizipation ist ein dauerhafter Prozess, eine Herausforderung für alle, die in einer Gesellschaft leben. Es liegt im Interesse jedes Menschen, dies zu wollen.

Zugleich ist es historisch weder neu noch überraschend, wenn politische Einzelgruppen oder Personen behaupten, die Unsicherheiten der modernen Welt autoritär steuern und gleichsam allmächtig lösen zu können. Das zwanzigste Jahrhundert war von Ideologien geprägt, die versprachen, die komplexe Welt der Moderne ein für alle Mal zu lösen. Wir wissen: Diesen einfachen Schlüssel gibt es nicht. Wenn wir diese Erfahrung aus den Augen verlieren, kehren ideologische Versprechen und Ansprüche mit Macht zurück. Ob es sich um die KP Chinas handelt, den russischen Präsidenten oder den türkischen, die Führer nationalistischer Religionen wie im Iran – sie alle repräsentieren Ordnungsmodelle, die der freien demokratischen Gesellschaft mit ihren Errungenschaften und



Zaq Landsberg „Lady Liberty“ im Morningside Park in Harlem, New York, zu sehen bis voraussichtlich 2022  
Foto: picture alliance/ZUMAPRESS.com/Foto: Debra L. Rothenberg

Möglichkeiten widersprechen. Wir können diesem Wettbewerb nicht entkommen. Aber wir können auf die historische Erfahrung bauen, dass freie Gesellschaften, die die Vielfalt ihrer Talente in Rechtsstaatlichkeit und Freiheit sichern, resilient und wettbewerbsfähig sind. Mag sein, dass wir uns stärker wappnen müssen für Machtkonfrontationen. Im Interesse unserer Freiheit haben wir keine Wahl, als uns dieser Herausforderung zu stellen. Wir sollten dabei durchaus darauf vertrauen, dass wir dies nicht nur aus Eigeninteresse tun. Auch jene, denen diese Freiheiten noch verwehrt sind, erwarten mit Recht, dass wir nicht aufgeben. ▲



### Hör Tipp

Ein ausführliches Interview mit Prof. Magnus Brechtken zu diesem Thema können Sie sich hier anhören:

[www.blz.bayern.de/meldung/hoersaal-ep.html](http://www.blz.bayern.de/meldung/hoersaal-ep.html)



Prof. Magnus Brechtken  
Foto: IfZ München/Berlin



# AUSBLICK AUF DIE BUNDESTAGSWAHL 2021

von Volker Best



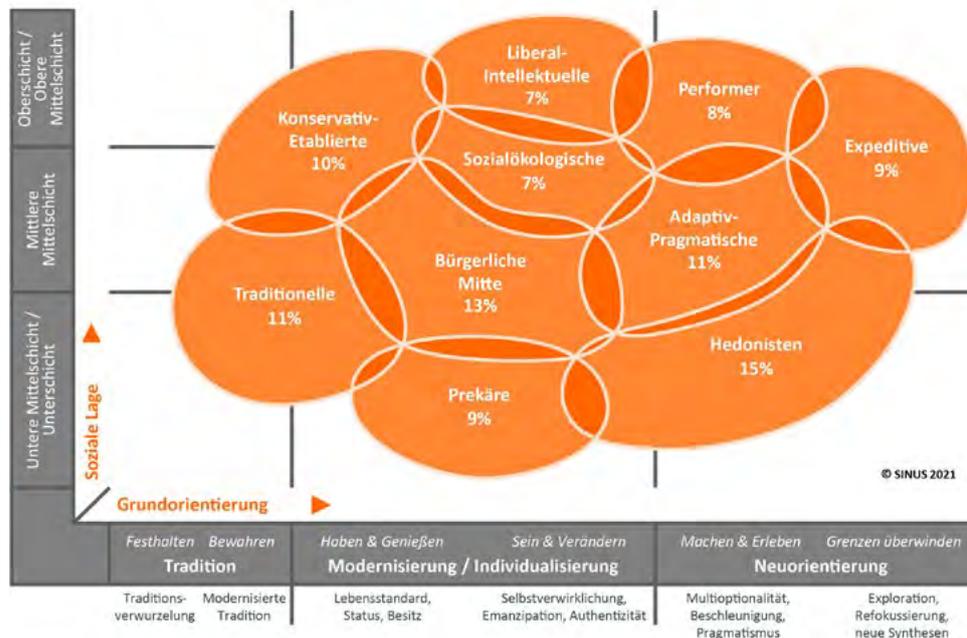
Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrer letzten Regierungserklärung am 24. Juni 2021 im Bundestag  
Foto: picture alliance/Flashpic/Fotograf: Jens Krick

Am 26. September 2021 findet die 20. Bundestagswahl statt. Doch welche Faktoren werden ihren Ausgang beeinflussen? Was für eine Regierung wird anschließend gebildet werden, und wer tritt die Nachfolge Angela Merkmals im Kanzleramt an? Diese Fragen sollen im Folgenden beleuchtet werden.

### Erklärungsansätze für das Wahlverhalten

Die Politikwissenschaft kennt drei große Erklärungsansätze für das Wähler\*innenverhalten. Der soziologische Ansatz hebt auf die Zugehörigkeit zu bestimmten gesellschaftlichen Gruppen ab. Diese haben allerdings an Erklärungskraft eingebüßt. Zwar stimmten 2017 etwa katholische regelmäßige Kirchgänger\*innen immer noch zu 64 Prozent für die Union und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter\*innen zu 39 Prozent für die SPD.<sup>1</sup> Aber sowohl die Größe dieser Kernwähler\*innengruppen als auch deren Treue zu der jeweiligen Partei haben abgenommen. Das trägt neben anderen Faktoren zum Niedergang der (einstigen) Volksparteien bei. Die Gesellschaft zerfällt in immer mehr und kleinere Teilmilieus. Das Sinus-Institut etwa unterscheidet nach sozialer Lage und Lebensstil nicht weniger als zehn Milieus, von denen das größte 15 Prozent der Bevölkerung repräsentiert.<sup>2</sup> Die Stärke der verschiedenen Parteien variiert zwischen diesen Milieus zwar deutlich. In keinem Milieu hatte allerdings irgendeine Partei 2017 die Mehrheit.<sup>3</sup>

### Die Sinus-Milieus® in Deutschland 2021 Soziale Lage und Grundorientierung



Grafik: Sinus-Institut

Der zweite Erklärungsansatz ist die rationale Wahl gemäß einem individuellen Kosten-Nutzen-Kalkül auf der Grundlage möglichst vollständiger Information. Dieser Ansatz überschätzt allerdings die Bereitschaft der meisten Bürger\*innen, sich mit politischen Informationen zu beschäftigen. Außerdem kann er nicht erklären, warum Menschen überhaupt an Wahlen teilnehmen oder sich für Kleinstparteien ohne Chance auf einen Parlamentseinzug entscheiden.

Der dritte, sozialpsychologische Ansatz geht auch von einer individuellen Meinungsbildung aus, für die allerdings die längerfristige Parteiidentifikation der Wähler\*innen eine wichtige Rolle spielt. Diese ist laut dem einflussreichsten Modell einer von drei Faktoren, an denen sich die Bürger\*innen bei ihrer Stimmabgabe orientieren. Die

1 Vgl. Bernhard Weßels: Wahlverhalten sozialer Gruppen, in: Sigrid Roßteutscher u. a. (Hg.): Zwischen Polarisierung und Beharrung. Die Bundestagswahl 2017, Baden-Baden 2019, S. 189-206, hier S. 198.  
2 Vgl. <https://www.sinus-institut.de/sinus-milieus/sinus-milieus-deutschland> [Stand: 04.07.2021].  
3 Vgl. Robert Vehrkamp/Klaudia Wegschaidter: Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017, [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD\\_Populaere\\_Wahlen\\_Bundestagswahl\\_2017\\_01.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_Populaere_Wahlen_Bundestagswahl_2017_01.pdf), S. 33 [Stand: 04.07.2021].

anderen beiden Faktoren sind kurzfristiger Art: die politischen Sachfragen und die Spitzenkandidat\*innen.<sup>4</sup>

### Wichtigster Faktor: Parteiidentifikation

2017 gaben 57 Prozent das Programm, 24 Prozent die Kandidat\*innen und 17 Prozent die langfristige Parteibindung als entscheidend für ihre Wahl an.<sup>5</sup> Diese Selbstausskünfte darf man allerdings nicht für bare Münze nehmen. Bei Meinungsumfragen ist immer in Rechnung zu stellen, dass die Teilnehmer\*innen sich oft für eine Antwort entscheiden, von der sie annehmen, dass sie sozial erwünscht sei, und Antworten meiden, die sie für sozial unerwünscht halten. In diesem Fall dürfte das Idealbild wohlinformierter und anspruchsvoller Wähler\*innen dafür sorgen, dass die Bedeutung der Programmatik deutlich überzeichnet und die Orientierung an Spitzenkandidat\*innen und vor allem an langfristigen Parteibindungen deutlich heruntergespielt wird. Tatsächlich weisen statistische Analysen des Wahlverhaltens 2017 die Parteiidentifikation als wichtigsten Faktor aus.<sup>6</sup> Zudem werden die kurzfristigen Faktoren – also Sachfragen und Kandidat\*innen – von den Bürger\*innen stark durch ihre jeweilige „Partei-brille“ wahrgenommen. Die relative Bedeutung der Faktoren variiert aber auch von Wahl zu Wahl und ebenso zwischen den einzelnen Parteien. So spielte Angela Merkel für die Unions-Wähler\*innen bei den letzten Bundestagswahlen eine deutlich größere Rolle als die politischen Inhalte der Partei, während die SPD-Wähler\*innen ihre Entscheidung vorwiegend wegen der inhaltlichen Forderungen und kaum wegen der Spitzenkandidaten trafen.<sup>7</sup>

Die Parteiidentifikation in der Bevölkerung ist seit den 1970er Jahren rückläufig. Der Anteil der Wahlberechtigten ohne Parteibindung hat sich von der zweiten Hälfte der 1970er Jahre bis 2019 auf 38 Prozent verdoppelt.<sup>8</sup> Eine auf Umfragen im zweiten Halbjahr 2020 fußende Studie, die zusätzlich die Wahlabsicht und die Parteisym-

pathie einbezog und insofern striktere Maßstäbe anlegte, fand eine starke Affinität zur CDU/CSU bei 20 Prozent, zu den Grünen bei 15 Prozent, zur SPD bei zehn Prozent, zur Linken bei fünf Prozent, zur AfD bei vier Prozent und zur FDP bei zwei Prozent der Wähler\*innen.<sup>9</sup> Hierin spiegeln sich die Entwicklungen des Parteiensystems seit der letzten Bundestagswahl.

### Niedergang der Volksparteien in der wiederaufgelegten Großen Koalition

Schon wenige Monate nach der Regierungsbildung brach die Spaltung der Unionsparteien über die Migrationspolitik wieder auf, als Horst Seehofer die Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU wegen des nachrangigen Problems der Zurückweisung von Flüchtlingen an der Grenze in Frage stellte. Bei den bayerischen und hessischen Landtagswahlen im Oktober 2018 verloren CSU und CDU jeweils über zehn Prozentpunkte. Dies führte zum Rücktritt Seehofers und Angela Merkels als Parteivorsitzende. Bei der CSU konnte sich Markus Söder nicht nur im Ministerpräsidentenamt halten, sondern zusätzlich den Parteivorsitz übernehmen. Annegret Kramp-Karrenbauer blieb an der Spitze der CDU nicht genügend Raum zur eigenen Profilierung neben der weiter amtierenden Kanzlerin Merkel. Durch Fehler etwa in Reaktion auf das „Zerstörung der CDU“-Video des Youtubers Rezo vor der Europawahl schwand ihre Autorität zusätzlich. Nachdem es ihr nicht gelungen war, den thüringischen Landesverband infolge der Wahl des FDP-Landesvorsitzenden Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten mit Stimmen der CDU und der AfD wieder auf Linie zu bringen, kündigte Kramp-Karrenbauer ihren Rücktritt an, musste aber noch fast ein Jahr weiter amtieren, weil sich die Wahl eines Nachfolgers aufgrund der Corona-Pandemie hinauszögerte.

Die SPD, die sich nach dem Scheitern der Sondierungen zu einer Jamaika-Koalition aus Union, FDP und Grünen in einem quälenden innerparteilichen Prozess<sup>10</sup>

4 Vgl. Angus Campbell u. a.: *The American Voter*, New York/London 1960.

5 Vgl. <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2017-09-24-BT-DE/umfrage-kandidat.shtml> [Stand: 04.07.2021].

6 Vgl. Philipp Scherer: Die Wahlentscheidung in der Gesamtschau, *Roßteutscher u. a. (wie Anm. 1)*, S. 345-355.

7 Für 2013 vgl. <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2013-09-22-BT-DE/umfrage-kandidat.shtml> [Stand: 04.07.2021].

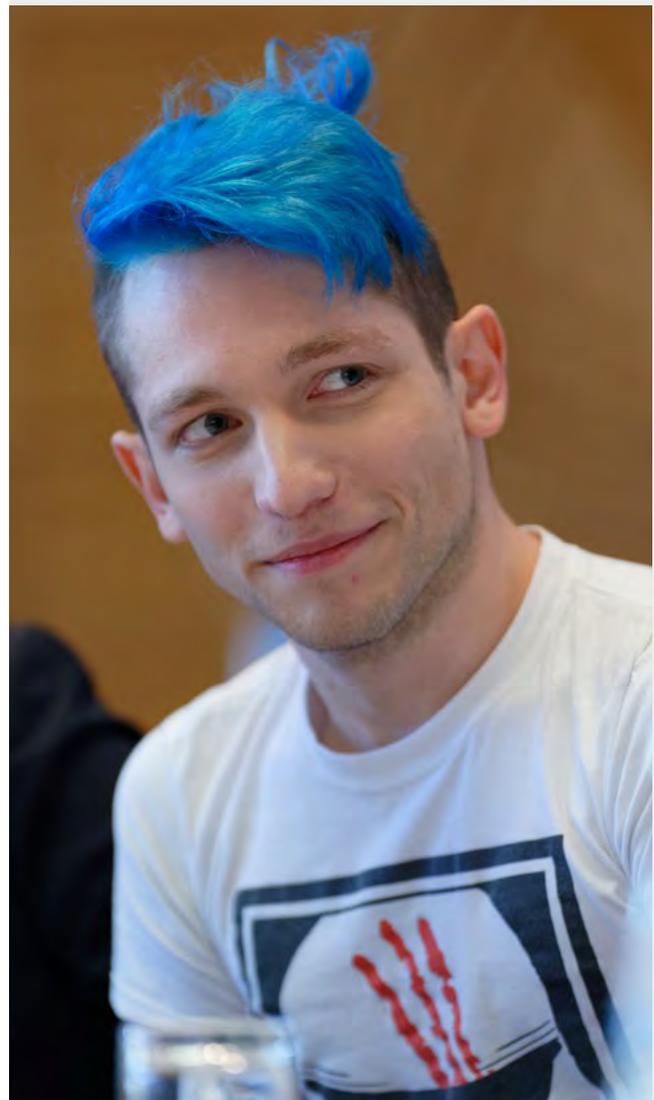
8 Vgl. Oskar Niedermayer: Corona und das Parteiensystem. Eine Zwischenbilanz, in: *Politische Parteien in der modernen Demokratie. Beiträge zur politischen Bildung*, hg. v. Robert Grünewald/Sandra Busch-Janser/Melanie Piepenschneider, hg. v. d. Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2020, S. 285-293, hier S. 285 f.

9 Vgl. Jochen Rose: Lebensstilvielfalten vor der Bundestagswahl 2021. Eine repräsentative Umfrage zu Lebensstilen und Wahlverhalten, hg. v. d. Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2021, S. 39-45. Die Affinität zur AfD dürfte allerdings in der Studie unterschätzt worden sein, da die hier für die AfD gemessene Wahlabsicht (5 Prozent) deutlich unter den im Erhebungszeitraum bei der „Sonntagsfrage“ ausgewiesenen Werten lag.

10 Vgl. Volker Best: Horror GroKoi. Die SPD-interne Debatte um die Große Koalition nach der Bundestagswahl 2017, in: *regierungsforschung.de*, 7. Dezember 2018, <https://regierungsforschung.de/horror-grokoi> [Stand: 04.07.2021].



Historische Wahlplakate zur Bundestagswahl 1961 in einer Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn 2020  
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Ulrich Baumgarten



Youtuber Rezo bei einer Veranstaltung des Evangelischen Schulreferats Düsseldorf 2019  
Foto: picture alliance/dpa/Fotograf: Henning Kaiser

2017/18 doch zu einer Fortführung der Großen Koalition durchgerungen hatte, verlor, wie es die Skeptiker\*innen vorausgesagt hatten, ausgehend von ihrem schlechtesten Bundestagswahlergebnis, in den Umfragen noch weiter an Terrain. In den Koalitionsverhandlungen hatte sich die Partei nämlich zwar bezüglich der Ämterverteilung, kaum aber bezüglich ihrer zentralen inhaltlichen Forderungen durchsetzen können. Zudem vermochte sie kein eigenständiges Parteiprofil abseits ihrer Juniorrolle in der Großen Koalition zu entwickeln. Selbst die Einigung, die für das Selbstverständnis der Partei traumatische Hartz-IV-Politik mit einem neuen Sozialstaatskonzept

zu überwinden, verpuffte öffentlich. Auch an der Spitze der SPD kam es mehrfach zum Wechsel: Im Februar 2018 trat der ehemalige Kanzlerkandidat Martin Schulz zurück, im Juni 2019 seine Nachfolgerin Andrea Nahles. Die Partei entschied daraufhin, erstmals eine geschlechterparitätische Doppelspitze per Urwahl zu küren. Dabei setzte sich im November 2019 überraschend das von den Jusos unterstützte Duo aus dem ehemaligen NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans und der Bundestags-Digitalpolitikerin Saskia Esken durch und brachte Finanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz damit eine empfindliche Niederlage bei. Dies gelang wohl vor allem

durch eine kritische Haltung gegenüber der Großen Koalition und das Versprechen, diese vorzeitig zu verlassen, falls sich nicht einige zentrale Anliegen der Partei in Nachverhandlungen durchsetzen lassen sollten. Diese Profilierungschance verstrich aber ungenutzt, da die neue Parteiführung vor einer Kraftprobe mit der pragmatischeren Fraktion zurückschreckte. Rechtzeitig zur im Koalitionsvertrag als Sollbruchstelle verankerten Halbzeitbilanz der Koalition gab die Union beim Streitthema Grundrente nach. Durch den infolgedessen positiven Tenor der Halbzeitbilanz kettete sich die SPD noch fester an die Union; mit der Corona-Pandemie war die Option eines vorzeitigen Ausbruchs aus der Koalition dann endgültig vom Tisch.

In Krisen schlägt die Stunde der Exekutive. In der zweiten April-Hälfte 2020 stieg die Regierungszufriedenheit auf den mit Abstand höchsten Wert seit der deutschen Einheit.<sup>11</sup> Dieser Krisenbonus ging allerdings an der SPD trotz Ressortzuständigkeit für Finanzen, Arbeit und Soziales sowie Familien komplett vorbei und kam einseitig der Union zugute, die zweistellig zulegte und in Umfragen an die 40-Prozent-Marke heranreichte. Von diesen im fragmentierten deutschen Parteiensystem kaum noch für möglich erachteten Werten ging es dann allerdings auch schnell wieder zurück auf das Ausgangsniveau, als Pannen und Geldverschwendung in der Corona-Politik offenbar wurden und herauskam, dass mehrere Unions-Abgeordnete sich mit der Vermittlung von Schutzmasken persönlich bereichert hatten. Insgesamt dürften Union und SPD dennoch von der Pandemie profitiert haben, da sie der Großen Koalition, die kaum noch gemeinsame Vorhaben aufwies und vor allem durch permanenten Streit auffiel, eine Daseinsberechtigung für den Rest der Legislaturperiode gab und das Thema Klimaschutz vorläufig von der Agenda verdrängte.

### Entwicklung der Oppositionsparteien

Mit der Klima-Thematik war im Zuge der weltweiten „Fridays for Future“-Protestbewegung ab März 2019 ein Problem in den Fokus gerückt, für das den Grünen bevölkerungsseitig mit Abstand die größte Kompetenz zugemessen wird. Diese waren schon zuvor für ihr konstruktives Agieren in den Jamaika-Verhandlungen und die von dem harmonisch zusammenwirkenden neuen Führungsduo aus Annalena Baerbock und Robert Habeck

11 Vgl. Niedermayer (wie Anm. 8), S. 289.

verbreitete Aufbruchstimmung mit einer Verdoppelung ihrer Umfragewerte gegenüber dem Bundestagswahlergebnis belohnt worden und an der SPD vorbeigezogen. Nun schlossen sie mit deutlich über 20 Prozent phasenweise zur Union auf.<sup>12</sup> Auch die FDP, die nach der Kemmerich-Wahl in den Umfragen der Fünfprozenthürde gefährlich nah gekommen waren, erlebte zuletzt wieder einen demoskopischen Aufschwung und rückte in Schlagweite zur SPD. Die Freien Demokraten konnten hierbei von ihrem Alleinstellungsmerkmal als zwar die Gefährlichkeit des Corona-Virus nicht leugnende, aber dennoch für Lockerungen eintretende Partei profitieren und ihren Wirtschafts- mit dem zuvor oft weniger präsenten Bürgerrechtsliberalismus kombinieren. Die AfD und Die Linke, die beide unter Richtungsstreitigkeiten litten, verloren demgegenüber an Zuspruch.

Die Linke lag in den Umfragen zuletzt nurmehr bei sechs bis sieben Prozent. Selbst wenn sie aber bei der Bundestagswahl unter der Fünfprozenthürde landen sollte, könnte sie gemäß ihrem Zweitstimmenanteil in den Bundestag einziehen, sofern sie es wieder schafft, mindestens drei Direktmandate zugewinnen (sogenannte „Grundmandatsklausel“). Weniger Parteien dürften insofern nicht im neuen Bundestag vertreten sein. Im Gegenteil könnte sich das politische Spektrum im Parlament noch erweitern. So werden die Freien Wähler (FW), die nach Bayern zuletzt auch den Einzug in die Landtage von Brandenburg und Rheinland-Pfalz schafften, in Umfragen zum Teil bereits bei drei Prozent gesehen. Des Weiteren tritt erstmals seit 1961 wieder der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) für den Bundestag an. Als Vertreter der dänischen und friesischen Minderheit in Schleswig-Holstein ist er von der Fünfprozenthürde ausgenommen und muss nur so viele Zweitstimmen sammeln, wie einem Sitz im Bundestag entsprechen. Da die Wahlreform der Großen Koalition kaum verhindern dürfte, dass die Größe des Bundestags abermals erheblich über der gesetzlichen Abgeordnetenzahl von 598 liegt, würde es für einen SSW-Vertreter reichen, wenn die Partei ungefähr so viele Stimmen erhalten sollte wie bei der letzten schleswig-holsteinischen Landtagswahl.

12 Vgl. Lothar Probst: Bündnis 90/Die Grünen. Grüne Erfolgswelle nach enttäuschendem Wahlergebnis, in: Die Parteien nach der Bundestagswahl 2017, hg. v. Uwe Jun und Oskar Niedermayer, Wiesbaden 2020, S. 187-220, hier S. 204 ff.



Eine Fridays for Future-Demonstration Anfang Juli 2021 in Bonn  
Foto: ullstein bild/Unkel

### Kandidat\*innen ohne Kanzlerbonus

Die Bundestagswahl 2021 ist die erste ohne Kanzlerbonus, da Angela Merkel nach 16 Jahren nicht wieder antritt, ihren Platz im Kanzleramt aber auch nicht vorzeitig für eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger geräumt hat. Diese Option war ihr schon deswegen versperrt, weil die SPD zu Beginn der Koalition angekündigt hatte, einen Wechsel im Kanzleramt während der Legislaturperiode nicht mitzutragen.<sup>13</sup> Nachdem Merkel bei den Bundestagswahlen 2009, 2013 und – nach dem vorzeitigen Abklingen des „Schulz-Hypes“ – ihre SPD-Herausforderer hinsichtlich der Popularität deutlich auf den zweiten Platz hatte verweisen können, kündigte sich mit Merkels

frühzeitigem Verzicht auf eine erneute Kandidatur ein offeneres Rennen in der Personalfrage an.

Dies war natürlich ganz im Sinn der SPD, die als erste Partei Klarheit über ihren Kanzlerkandidaten schaffte, indem sie mehr als ein Jahr vor der Wahl Olaf Scholz nominierte. Mit eher späten und dann überstürzten Nominierungen hatte die Partei bei den letzten Bundestagswahlen schlechte Erfahrungen gesammelt. Zudem fehlte es an ernstzunehmenden personellen Alternativen. Die neue Parteispitze hatte kurz versucht, den neuen Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich in Stellung zu bringen, der aber wie sie selbst in der breiten Bevölkerung zu wenig bekannt ist. In dieser Gemengelage machte es mehr Sinn, durch Geschlossenheit zu punkten zu versuchen. Durch die Abkehr von der „schwarzen Null“ beim Haushalt in der Corona-Krise war Scholz überdies näher an den linken Parteiflügel herangerückt. Nicht zuletzt musste der SPD angesichts der Umfragemlage daran gelegen sein, durch das

<sup>13</sup> Vgl. Frank Decker: Parteienlandschaft in Zeiten von Corona. Ein Ausblick auf die Bundestagswahl 2021, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 69 (2020), H. 4, S. 483–492, hier S. 484.



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Kanzlerkandidat\*innen Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen), Olaf Scholz (SPD) und NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU)  
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Ulrich Baumgarten

frühzeitige Anmelden ihres Machtanspruchs gar nicht erst den Eindruck entstehen zu lassen, die „K-Frage“ werde ohnehin zwischen Union und Grünen entschieden. Dies ist zumindest insofern gelungen, als diverse Fernsehsender zu „Triellen“ im Wahlkampf an Stelle des 2002 etablierten „TV-Duells“ eingeladen haben. Ansonsten kaprizierte sich die mediale Berichterstattung bisher doch auf das Rennen zwischen Union und Grünen. Die SPD hofft, dass Scholz' umfassende Regierungserfahrung als Vizekanzler, Bundesminister für Finanzen, Arbeit und Soziales sowie Erster Bürgermeister und Innensenator von Hamburg am Ende stabilitätsorientierte Merkel-Wähler\*innen zur SPD hinüberzieht. Seine persönliche Popularität konnte Scholz durch Corona-Überbrückungshilfen und Konjunkturmaßnahmen weiter erhöhen. Auf seine Partei strahlt dies aber nicht ab, anders als in Hamburg, wo die SPD mit ihm als Spitzenkandidaten 2011 die Mehrheit der Sitze erreicht und 2015 nur knapp verpasst hatte. Als Schattenseite seiner Regierungserfahrung musste sich Scholz des Weiteren im Wahljahr sowohl auf der Bundesebene

(„Wirecard“-Skandal“) als auch in Hamburg („Cum-Ex“-Skandal der „Warburg Bank“) Untersuchungsausschüssen stellen. Hinzu kamen jüngst Vorwürfe, Scholz habe Personalressourcen des Finanzministeriums zur Erarbeitung des SPD-Steuerkonzepts eingesetzt.

Grüne und Union schickten Ende April mit Armin Laschet und Annalena Baerbock ebenfalls ihre Kanzlerkandidat\*innen ins Rennen. Dabei folgte die jeweilige Kür nicht dem, was man von den Parteien jeweils gewohnt war. Während bei den traditionell basisdemokratisch und streitfreudig gesinnten Grünen, die 2013 und 2017 ihre Spitzenkandidat\*innen-Duos per Urwahl gekrönt hatten, die beiden Vorsitzenden die Frage einträchtig unter sich ausmachten, lief der Prozess bei der oft als harmoniesüchtiger „Kanzlerwahlverein“ dargestellten Union stark konfliktiv ab. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und Landesvorsitzende Laschet Armin musste sich dabei zunächst an der CDU-Spitze gegen zwei Kontrahenten aus seinem eigenen Landesverband durchsetzen. Den früheren Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz, der an der Basis mit einer Schärfung des Parteiprofils verknüpft wird und schon gegen Kramp-Karrenbauer nur knapp unterlegen war, konnte auch Laschet nur knapp und im Team mit dem durch Corona zunächst äußerst populären Gesundheitsminister Jens Spahn bezwingen. Ebenfalls durch die Pandemie massiv an Beliebtheit gewonnen hatte allerdings der sich als Verfechter harter Anti-Corona-Maßnahmen inszenierende bayerische Ministerpräsident und CSU-Chef Söder, der ebenfalls Ambitionen auf die Kanzlerkandidatur anmeldete. Die für CDU und CSU oftmals vorteilhafte Konstruktion zweier gleichberechtigter Schwesterparteien bot keine Strukturen zur Auflösung dieses Konflikts, der den letztlich siegreichen Laschet weiter beschädigte, zumal aus den Ostverbänden der CDU Söder mehr Unterstützung erfuhr als er. Als früherer Minister und seit 2017 amtierender Ministerpräsident des größten Bundeslands verfügt Laschet ebenfalls über Regierungserfahrung, wenn auch nicht auf Bundesebene. Im Gegensatz zu Söder litt seine Beliebtheit in der Corona-Krise allerdings unter dem Image als allzu leichtfertiger „Lockerer“. Belastet wird seine Kandidatur zudem durch die ausschreibungslose Auftragsvergabe für Polizei-Stoffmasken an den BekleidungsHersteller „Van Laack“, wofür sein als Mode-Influencer arbeitender Sohn den Kontakt hergestellt hatte.

Bei den Grünen war lange Zeit Habeck als wahrscheinlicher Kanzlerkandidat gehandelt worden aufgrund seiner Regierungserfahrung als stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Energie, Landwirtschaft und Umwelt in Schleswig-Holstein und seiner größeren

Beliebtheit in der Bevölkerung. In Bezug auf Letzteres konnte Baerbock jedoch kurz vor der Nominierung weitgehend aufschließen. Parteiintern genoss sie zudem noch größere Zustimmung als Habeck und erwies sich in sachpolitischen Fragen als trittsicherer, während Habeck sich diesbezüglich ein paar mediale Lapsus erlaubte. Nicht zuletzt spielte auch die feministische Wurzel der Partei eine Rolle bei der Entscheidung. Zunächst lag Baerbock im Kandidat\*innenfeld der drei Parteien mit Kanzleramtshoffnungen an erster Stelle. Sie verlor aber schnell an Zustimmung, nachdem der Lobbyverband „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ sie in einer Anzeigenkampagne als Kündigerin einer neuen „Staatsreligion“ mit „zehn Verboten“ ungewöhnlich hart angegriffen hatte und gegenüber dem Bundestag verspätet deklariertes Weihnachtsgeld der Partei, Ungenauigkeiten in ihrem Lebenslauf und einige augenscheinlich nahezu unverändert übernommene Sätze in ihrem Kampagnen-Buch massiv skandalisiert worden waren. Auch Politiker\*innen konkurrierender Parteien kritisierten eine überzogene „Schmutzkampagne“.

In der Folge fiel Baerbock auf Platz 3 zurück; Scholz und Laschet lagen zuletzt nahezu gleichauf. Insgesamt überzeugt allerdings das gesamte Kandidat\*innenfeld bislang einen recht großen Teil der Wähler\*innen nicht.<sup>14</sup> Insofern ist anzunehmen, dass das Personen-Element bei der kommenden Bundestagswahl eine geringere Rolle spielen wird, als dies in den letzten Wahlkämpfen, insbesondere mit Blick auf Merkels parteiübergreifende Popularität, der Fall war.

### Politische Sachfragen

Da die Kandidat\*innen schwächeln, dürfte den Sachthemen bei dieser Bundestagswahl eine größere Bedeutung zukommen. Wie stark dabei die Agenda von der Corona-Pandemie überschattet wird, ist dabei ebenso wenig zu beantworten wie die Frage, ob es dabei im September um die akute Bewältigung einer durch die hochansteckende Delta-Variante mögliche vierte Welle gehen wird oder aufgrund des Impffortschritts schon um die Bewältigung der wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Krisenfolgen.<sup>15</sup>

14 Vgl. infratest dimap: ARD DeutschlandTrend Juli 2021, [https://www.infratest-dimap.de/fileadmin/user\\_upload/DT2107\\_Bericht.pdf](https://www.infratest-dimap.de/fileadmin/user_upload/DT2107_Bericht.pdf), [Stand: 04.07.2021], S. 4.

15 Vgl. Frank Decker: Wer gewinnt die Bundestagswahl? Ausgangslage und Szenarien der Regierungsbildung 2021, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 70 (2021), H. 2, S. 145-154, S. 150.

Auch nicht vorherzusehen ist, ob die Bürger\*innen das Krisenmanagement der Regierung dann noch so kritisch betrachten wie derzeit oder ob sie über die zu Tage getretenen Defizite am Ende großzügig hinwegsehen.

Festzustehen scheint hingegen, dass daneben der Klimaschutz und seine Konsequenzen in den betroffenen Sektoren (Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft) eine maßgebliche Rolle spielen werden. Dieses Thema wurde auch durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz der Großen Koalition Ende April wieder ganz oben auf die Agenda gesetzt. Derzeit (Anfang Juli 2021) sehen 28 Prozent Umwelt/Klima als erst- oder zweitwichtigstes Problem an, vor Corona, sozialer Ungerechtigkeit und Zuwanderung (jeweils 19 Prozent), das bei der letzten Bundestagswahl das mit Abstand wichtigste Thema war.<sup>16</sup> Auch das Thema Steuern dürfte angesichts der Kosten der Corona-Krise und der für einen Strukturwandel notwendigen Investitionen eine erhebliche Rolle spielen. Daneben setzen die Parteien Themen wie Digitalisierung, Verwaltungsmodernisierung, Bürokratieabbau, Pflege, Rente, Mieten und Gleichberechtigung auf die Agenda.

Gegenüber der letzten Bundestagswahl hat sich der Anteil derjenigen, die sich nach der Bundestagswahl einen grundlegenden Wandel wünschen, auf 34 Prozent mehr als verdoppelt. Mit 57 Prozent hält nach wie vor die Mehrheit einige Kurskorrekturen für ausreichend, während nur noch sieben Prozent meinen, alles solle im Wesentlichen bleiben, wie es ist. Dabei strebt rund die Hälfte der Anhänger\*innen von AfD, Linken und Grünen einen – wohl je unterschiedlich gearteten – grundlegenden Wandel an. In der Anhängerschaft von SPD und FDP wünscht dies nur etwa jede\*r Fünfte, unter den unionsaffinen Bürger\*innen nur rund jede\*r Achte.<sup>17</sup>

### Koalitionen

In einer Koalitionsdemokratie wie der Bundesrepublik können neben Parteiidentifikation, Kandidat\*innen und Sachfragen auch koalitionstaktische Überlegungen eine Rolle bei der Wahlentscheidung spielen. Durch die Pluralisierung des Parteiensystems ist es für die Wähler\*innen allerdings deutlich schwieriger geworden, mit ihrer Wahlentscheidung zugleich eine bestimmte Koalition zu beför-

16 Vgl. <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-2653.html> [Stand: 04.07.2021].

17 Vgl. infratest dimap (wie Anm. 14), S. 6.



Unterzeichnung vom Koalitionsvertrag der Großen Koalition in Berlin am 12. März 2018  
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/IPON/  
Fotograf: Stefan Boness

dern. Im parlamentarischen System kommt es auf die Zusammensetzung der Regierung dennoch zentral an. Was ist diesbezüglich zu erwarten?

Zunächst stellt sich die Frage, ob Union und Grüne gemeinsam stark genug sein werden für eine Zweierkoalition. Derzeit (Anfang Juli 2021) weisen alle einschlägigen Meinungsforschungsinstitute eine gemeinsame Mehrheit für Schwarz-Grün aus.<sup>18</sup> Allerdings fällt diese in drei der acht Umfragen hauchdünn aus<sup>19</sup> und könnte daher politisch nicht tragfähig sein, wenn man von dem

.....  
18 Eine Übersicht der jeweils neuesten Umfragen findet sich unter <https://www.election.de/cgi-bin/showpoll.pl> sowie <https://www.wahlrecht.de/umfragen/index.htm>.

19 Laut einer Umfrage käme eine Mehrheit gar nur durch die neue Regelung im Wahlsystem zustande, nach der bis zu drei Überhangmandate unausgeglichen bleiben können. Dies wäre legitimatorisch problematisch.

umstrittenen Ex-Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen bis zu „Fridays for Future“-Aktivist\*innen auf (fast) jede\*n Abgeordnete\*n angewiesen wäre. Angesichts des Umfragevorsprungs der Union – derzeit meist sieben bis neun Prozentpunkte – erklärte FDP-Chef Christian Lindner bereits, Laschet werde „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ der nächste Bundeskanzler. Die eigentliche Auseinandersetzung finde nun nicht länger zwischen Schwarz und Grün statt, sondern zwischen Schwarz-Grün und einer Regierungsbeteiligung der FDP. 2017 hatte Lindner mit einem ähnlichen Narrativ Erfolg gehabt und viele Unions-Wähler\*innen kurz vor dem Wahltag zur FDP umgelenkt.<sup>20</sup> Auch die

.....  
20 Tobias Montag: Die Rückkehr. Die FDP vor und nach der Bundestagswahl 2017, (Konrad-Adenauer-Stiftung), Sankt Augustin/Berlin 2018, S. 19, 33 f.

SPD hatte auf den letzten Metern noch Wähler\*innen an Grüne und Linke eingebüßt.<sup>21</sup> Ähnliche Effekte (mit Grünen und SPD umgedreht) könnten sich auch 2021 ergeben. Sollte das Rennen zwischen Union und Grünen in der heißen Phase des Wahlkampfes offener erscheinen, könnten spiegelbildliche Last-Minute-Verschiebungen von FDP und AfD Richtung Union und von SPD und Linken Richtung Grüne mit dem Ziel stattfinden, eine grüne Kanzlerin zu verhindern bzw. zu ermöglichen. Dass die Union im Zweifelsfall auch eine grün-schwarze Koalition eingehen würde, erscheint allerdings nicht ausgemacht. Sollte das Wahlergebnis keine tragfähige Zweierkoalition aus Union und Grünen hergeben, könnten diese alternativ zur FDP („Jamaika-Koalition“) auch die SPD („Kenia-Koalition“) hinzuziehen.

Unabhängig von der Frage, ob eine schwarz-grüne Zweierkoalition oder alternativ ein Kenia- oder Jamaika-Dreier in Betracht kommen, sind die übrigen Alternativen. Auf jeden Fall arithmetisch reichen dürfte es für eine „Deutschland-Koalition“ aus Union, SPD und FDP. Allerdings hat die SPD-Führung deutlich gemacht, eine weitere unionsgeführte Regierung abzulehnen. Nach zwei Großen Koalition in Folge wäre eine weitere unter Hinzuziehung der FDP der SPD-Basis allenfalls zu vermitteln, wenn sich wieder sämtliche anderen Wege zu einer Regierungsbildung als ungangbar erweisen sollten. Ein Kenia-Bündnis, also eine Große Koalition plus Grüne, wäre für die SPD wohl zustimmungsfähiger. Der Hauptgrund dafür ist nicht, dass sich in einem solchen linkere Positionen durchsetzen lassen würden – die Unterschiede zwischen den beiden Bündnissen dürften aufgrund der Vetoposition jedes Partners recht übersichtlich ausfallen. Entscheidender wäre aus SPD-Sicht, dass dann der grüne Konkurrent um Wähler\*innenstimmen im Mitte-Links-Spektrum ebenfalls die Kosten des Regierens zu spüren bekäme und im Idealfall wieder hinter die SPD zurückfallen könnte. Ein Vorteil einer Kenia-Koalition mit Blick auf das politische System als Ganzes könnte sein, dass diese auch im Bundesrat über eine eigene Mehrheit verfügt. Selbst Verfassungsänderungen könnten diesem Bündnis vergleichsweise leichtfallen. Im Bundestag könnte es über die nötige Zweidrittelmehrheit eventuell allein verfügen, im Bundesrat würde ihm die zusätzliche Unterstützung durch die FDP ausreichen, je nach Ausgang der gleichzeitigen Bundestagswahl stattfindenden Landtagswahlen in

Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und ggf. auch Thüringen alternativ ebenfalls jene der Linken.

Sowohl SPD als auch Grüne würden einem Kenia-Bündnis freilich eine „Ampel-Koalition“ oder ein grün-rot-rotes Bündnis vorziehen. Für eine Ampel-Koalition (Grüne, SPD und FDP) sehen derzeit fünf von acht Meinungsforschungsinstituten eine knappe Mehrheit, bei den anderen steht es „Spitz auf Knopf“. Eine Mehrheit für „Grün-Rot-Rot“ sehen die Meinungsforschungsinstitute derzeit nicht, vollkommen ausgeschlossen werden kann aber auch dies nicht. Allerdings wäre hierfür wohl eine deutlich über 50 Prozent der Sitze liegende Mehrheit erforderlich, wenn Grün-Rot-Rot angesichts zahlreicher gegenüber einer Regierungsbeteiligung ihrer Partei generell skeptischer Linken-Abgeordneter nicht zum Himmelfahrtskommando geraten soll.

### Eine Frage der Alternativen und Bedingungen

Welche Koalition letzten Endes aus der Wahl hervorgehen wird, hängt natürlich auch von den Alternativen ab, die den einzelnen Parteien dann jeweils tatsächlich zur Verfügung stehen. Sollte es für Schwarz-Grün arithmetisch reichen, wäre diese einzige Zweierkoalition schon deswegen im Vorteil, weil das Verhandeln mit weniger Verhandlungspartnern leichter fällt.<sup>22</sup> Dies gilt freilich nur, wenn man CDU und CSU koalitionspolitisch als eine „Union“ begreift, was durch die Aufstellung eigener CSU-Programme zusätzlich zum gemeinsamen Unionsprogramm bei den letzten drei Bundestagswahlen ein Stück weit an Plausibilität verloren hat. Für Union und Grüne sind zudem Optionen attraktiver, die ihnen das Kanzleramt eröffnen. Eine glaubwürdige grün-rot-rote Bündnisoption könnte Union und FDP zu größeren Zugeständnissen gegenüber den Grünen und ggf. der SPD bewegen. Fiele neben dieser einzigen denkbaren lagerinternen Option hingegen auch die Ampelkoalition arithmetisch weg, wäre die Union als – dann höchstwahrscheinlich auch: führende – Regierungspartei unumgänglich. Sie könnte in den Sondierungen entsprechend offensiver auftreten, insbesondere, falls sie über mehrere Koalitionsoptionen verfügen sollte. Die FDP muss nach dem Präzedenzfall mit Jamaika 2017 den Eindruck vermeiden, sie gehe der Regierungsverantwortung lieber aus dem Weg. Von sich aus dürfte sie Sondierungen daher allenfalls beenden, solange ihr eine weitere Machtoption verbleibt. Ggf.

21 Richard Hilmer und Jérémie Gagné: Die Bundestagswahl 2017: GroKo IV – ohne Alternative für Deutschland, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 49 (2018), H. 2, S. 372-406, hier S. 399.

22 Michael A. Leiserson: *Coalitions in Politics. A Theoretical and Empirical Study*, New Haven 1966, S. 151.

könnte sie sich dadurch gezwungen sehen, größere Konzessionen zu machen. Mehrere gangbare Optionen könnten sich auch gegenseitig blockieren, etwa wenn zwischen einem Jamaika- und einem „Ampel“-Bündnis, für die jeweils FDP und Grüne gebraucht werden, die Liberalen Ersteres befürworten und die Grünen Letzteres. Lindner machte seine Präferenzordnung bereits deutlich, indem er Jamaika- und Deutschland-Koalition als gleichwertige Optionen bezeichnete, die Ampel hingegen als inhaltlich und rechnerisch abwegig.

Die Koalitionsfrage verkompliziert sich angesichts der zunehmenden Zersplitterung des Parteiensystems. Spätestens seit dem Hinzutreten der AfD müssen die traditionellen lagerinternen Zweierkoalitionen, deren umfassende inhaltliche Schnittmengen ein Werben mit der jeweiligen Wunschkoalition für die Parteien attraktiv erscheinen ließen, als chancenlos gelten. Über ihre Präferenzen zwischen verschiedenen in der eigenen Anhängerschaft deutlich weniger beliebten Bündnisoptionen schwiegen sich die Parteien daher schon im Wahlkampf 2017 aus. Um angesichts der Konturlosigkeit in der Koalitionsfrage nicht in den Verdacht politischer Beliebigkeit zu geraten, stellten bis auf die CDU alle potenziellen Koalitionäre mehr oder weniger umfangreiche inhaltliche Bedingungskataloge für ihre Regierungsteilnahme auf.<sup>23</sup> Dies scheint sich ebenfalls zu wiederholen: Grünen-Co-Chef Robert Habeck erhob schon früh ein Tempolimit auf Autobahnen zur unverhandelbaren Bedingung für den Koalitionseintritt seiner Partei. Der CSU-Vorsitzende Markus Söder erklärte die Erweiterung der Mütterrente für Mütter vor 1992 geborener Kinder für unabdingbar. Schon 2013 und 2017/18 hatte es die CSU geschafft, programmatische Steckenpferde wie die „Ausländermaut“ und die „Obergrenze“ nicht nur gegen den Widerstand der übrigen Koalitionspartner, sondern auch gegen die Schwesterpartei durchzusetzen. FDP-Chef Lindner erteilte jedweden Steuererhöhungen eine unmissverständliche Absage. Außerdem soll er intern bereits ausgeschlossen haben, Baerbock zur Kanzlerin zu wählen, und dies auch öffentlich wiederholen wollen, sofern die Umfragezahlen dies relevant erscheinen lassen sollten. Dies würde eventuelle Ampel-Verhandlungen erheblich belasten. Für eine eventuelle Jamaika-Koalition formulierte Lindner überdies die Bedingung, dass die Grünen nicht das Finanzressort bekommen dürften,

23 Volker Best: Von der „Ausschließeritis“ über die „Ausschweigeritis“ zur „Konditionitis“. Koalitionssignale vor der Bundestagswahl 2017, in: *regierungsforschung.de*, 20. September 2017, <https://regierungsforschung.de/von-der-ausschliesseritis-ueber-die-ausschweigeritis-zur-konditionitis-koalitionssignale-vor-der-bundestagswahl-2017> [Stand: 04.07.2021].

das sich im Laufe des letzten Jahrzehnts aufgrund seines Querschnitts-Charakters zum machtvollsten und damit begehrtesten Ministerium entwickelt hatte. Walter-Borjans schloss kurzzeitig eine abermalige Junior-Rolle der SPD auch in einer von den Grünen geführten Regierung aus, sah sich aber bald zum Zurückrudern genötigt.

### Schwierige Verhandlungen, vielleicht auch ungewöhnliche Lösungen

Die Verhandlungen könnten damit wieder ähnlich schwierig werden wie 2017/18. Das mehr oder weniger problemlose Funktionieren lagerübergreifender Bündnisse in vielen Bundesländern, wo der Schwerpunkt auf der Verwaltung liegt, kann nicht einfach auf den Bund übertragen werden, wo es zentral um die Gesetzgebung geht.<sup>24</sup> Am Ende könnte es durchaus ungewöhnlicher Lösungen bedürfen, um eine Einigung zu erzielen. So könnte dem FDP-Vorbehalt gegenüber einer Kanzlerin Baerbock eventuell dergestalt begegnet werden, dass für die ersten ein oder zwei Jahre Habeck und/oder (bei ähnlichem Abschneiden von Grünen und SPD) Scholz die Kanzlerschaft übernimmt und die FDP 2023 dann doch Baerbock mitwählt, die dann um zwei Jahre Erfahrung als Ministerin reicher wäre. Eine Rotation der Kanzlerschaft könnte im Falle eines nur knappen Vorsprungs der Grünen eventuell auch eine „goldene Brücke“ für die Union in eine grün-schwarze Koalition darstellen. Sollte die Union besser abschneiden als die Grünen, dürften sie angesichts ihres Selbstverständnisses als natürliche Kanzler\*innenpartei das Regierungschef-Amt nicht zu teilen bereit sein. Im Falle einer linken Mehrheit wäre eine grün-rote Minderheitsregierung (bei ähnlichem Abschneiden beider Parteien eventuell auch mit rotierender Kanzlerschaft) denkbar, die in der Innenpolitik vorwiegend mit der Linkspartei kooperiert und in der Außenpolitik an die staatspolitische Verantwortung von Union und FDP appelliert.<sup>25</sup> Perspektivisch sollte über eine Wahlsystemreform nachgedacht werden, die den Wähler\*innen wieder eine direktere Mitsprache über die Regierungsbildung einräumt.<sup>26</sup> ▲

24 Wilhelm Knelangen: Funktioniert „Jamaika“ nur in Schleswig-Holstein? In: *Jahrbuch des Föderalismus 2018*, hg. v. Europäischen Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen, Baden-Baden 2018, S. 202-213.

25 Volker Best: Die Zukunft des Regierens. Neue Formate im Vielparteiensystem, in: *Handbuch Regierungsforschung*, Wiesbaden 2021, i. E.

26 Volker Best: Make Regieren Great Again, 1. März 2019, <https://www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/veraenderungen-in-parteistrukturen-muessen-sich-auch-im-wahlsystem-widerspiegeln-16065962.html> [Stand: 04.07.2021].

# DER GLÄSERNE WÄHLER

von Uli Knorr

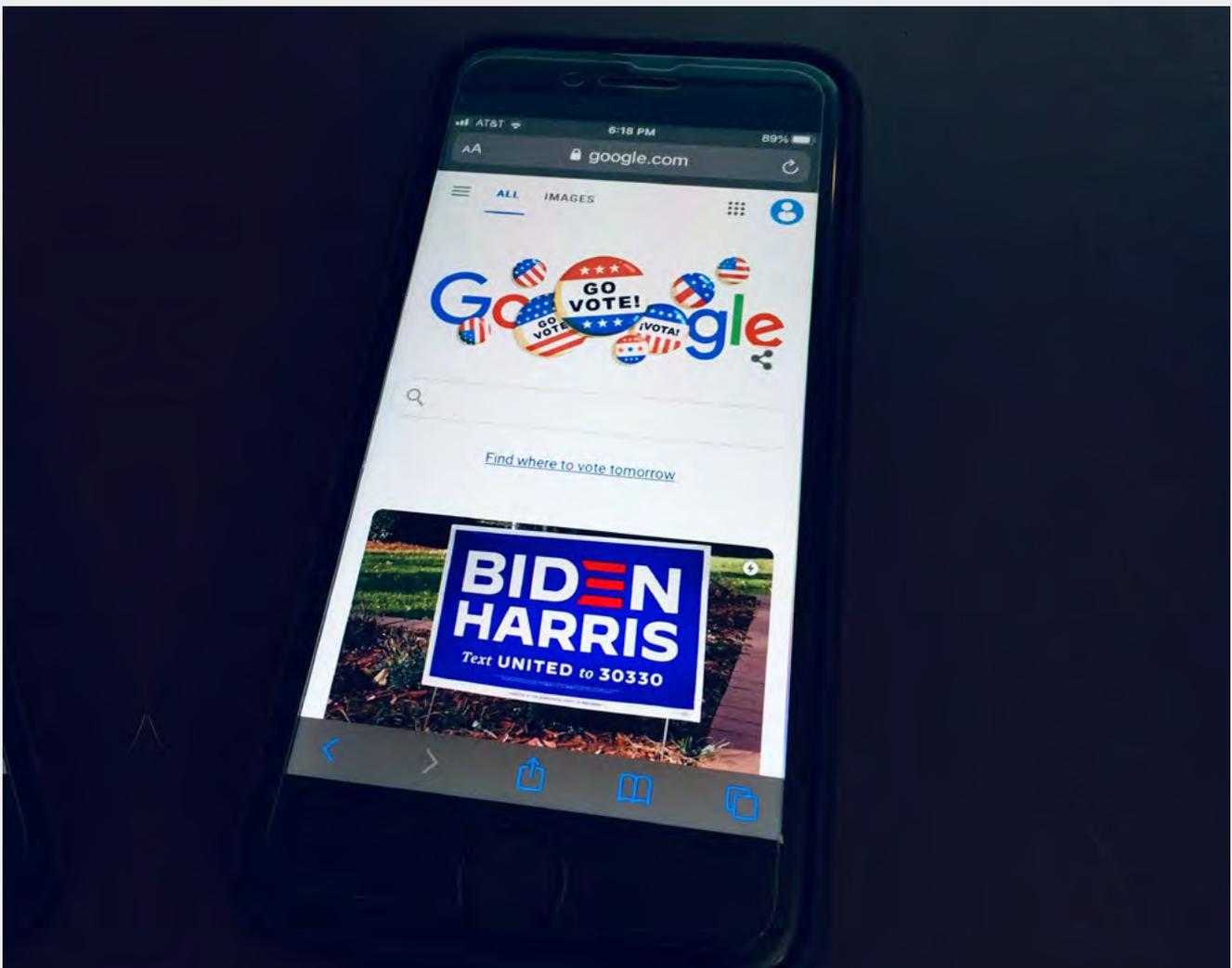


i

Uli Knorr ist Maler und Comiczeichner. Er lebt und arbeitet in München.

# IMMER SCHNELLER, IMMER KRASSER UND AM PUBLIKUM VORBEI: WIE SOZIALE MEDIEN DEN WAHLKAMPF VERÄNDERN UND AUF WAS WIR UNS BEI DER BUNDES- TAGSWAHL EINSTELLEN MÜSSEN

von Simon Hegelich



Aufforderung zur Wahlteilnahme in den USA, 2020  
Foto: picture alliance/STRF/STAR MAX/IPx

Die Sozialen Medien spielen eine immer größere Rolle im Wahlkampf und es stellt sich die Frage, welche Wirkungen dadurch entstehen. Im Folgenden werden die drei Teilsysteme der Informationsvermittlung (Soziale Medien), der Vernetzung (Soziale Netzwerke) und der ökonomischen Tätigkeit der entsprechenden Konzerne (Soziale Plattformen) in ihren Eigenheiten analysiert und zu einem kybernetischen System mit Wechselwirkungen auf die Politik zusammengefasst. Im ersten Punkt geht es darum, diese Systemkomponenten zu entwickeln. Daran anschließend werden die Dynamiken und Veränderungsprozesse entwickelt, die sich daraus ergeben. Die Politik ist dabei nicht einfach diesen Entwicklungen ausgesetzt, sondern verändert selbst dieses System, was im dritten Punkt erläutert wird. Basierend auf dieser Analyse kann dann abschließend eine vorsichtige Prognose vorgenommen werden, welche Auswirkungen die Sozialen Medien auf die kommende Bundestagswahl haben.

**Ausgangssituation: Soziale Medien sind kein Kanal, sondern ein kybernetisches System**

Aus der politikwissenschaftlichen Perspektive betrachtet, waren Soziale Medien in der politischen Kommunikation zunächst ein zusätzlicher Kommunikationskanal. Barack Obama nutzte insbesondere Facebook, um potentielle Wählerinnen und auch Wähler zu erreichen, in Gegenden, in denen keine aktiven Wahlkampfkomitees agierten. Interaktion – also ein Dialog mit Obama – fand dabei nicht statt. Das klassische Sender-Empfänger-Schema hatte Bestand. Dies änderte sich dann im Zuge der als „arabischer Frühling“ bezeichneten Ereignisse: Soziale Medien wurden plötzlich zum Kanal, über den „die Massen“ (oder wer auch immer sich dafür ausgeben konnte) kommunizierten und zwar in einer Art und Weise, die sich der Kontrolle der Regierungen entzog. Dabei sind zwei Aspekte zu beachten: Erstens werden durch Soziale Medien als Kommunikationsmittel die klassischen Gate-Keeper ausgehebelt. Und das sind in der Regel nicht die Regierungen, sondern die traditionellen Medien, die, ob privatwirtschaftliche, staatlich oder öffentlich-rechtlich, einen politischen Auftrag verfolgen: Die Bildung einer öffentlichen Meinung. Zweitens kommt spätestens beim arabischen Frühling der Aspekt der Sozialen Netzwerke hinzu: Es werden nicht einfach Informationen gesendet, sondern Menschen vernetzen sich, organisieren sich, verabreden sich. Sie formieren eine politische Macht. Im

Folgenden werde ich daher von Sozialen Medien reden, wenn es darum geht, die Verbreitung von Informationen zu betrachten und von Sozialen Netzwerken, wenn es um Gruppenbildungen und Organisation geht.

In Deutschland – so wie in den meisten anderen Gesellschaften – wurde der disruptive Charakter der Sozialen Netzwerke nicht wirklich erkannt. Politik und Medien haben in den letzten Jahren eher versucht, Soziale Medien als Kanal für ihre politische Kommunikation zu erschließen. (Fast) jede Politikerin und (fast) jeder Politiker hat heute eine Facebookseite, einen Twitteraccount und überlegt, ob man nicht auch auf Instagram und TikTok aktiv werden sollte. Jedes politische Medienformat, ob im Fernsehen, Radio oder als Zeitung, bespielt die Sozialen Medien, um darüber das Publikum zu erreichen.

Bei diesem Programm, die Senderhoheit in den Sozialen Medien zu verteidigen, hat man nicht nur den Netzwerkcharakter unterschätzt: Facebook, YouTube usw. sind keine neutrale Infrastruktur, es sind Plattformen, die ein ökonomisches Interesse verfolgen und die durch das Design und durch die Auswertung der Daten ihrer Nutzer<sup>1</sup> nahezu uneingeschränkte Macht über den Informationsaustausch und die Vernetzung haben. Der Begriff der

.....

1 Bei dem Begriff Nutzer verzichte ich bewusst auf Nutzerinnen und Nutzer, um zu verdeutlichen, dass es sich bei diesem Konzept eher um eine dingliche Vorstellung und nicht um reale Personen handelt. Der Nutzer ist das Produkt der Sozialen Plattformen und dadurch eine technische Kategorie.

Sozialen Plattformen wird daher im Folgenden verwendet, wenn es um den Geschäfts- und Hoheitsbereich der Social-Media-Konzerne geht.

Um die politischen Auswirkungen dieses Strukturwandels der Öffentlichkeit zu verstehen, reicht es nicht, auf die Sozialen Medien zu schauen. Wir müssen verstehen, dass diese in ein kybernetisches System integriert sind. Ein kybernetisches System zeichnet sich durch zwei Eigenschaften aus: Es verfügt über Feedback-Loops und es besitzt Mechanismen der Selbstregulierung. Diese Mechanismen wurden von Anfang an in die Sozialen Plattformen integriert. Denn welche Inhalte welchem Nutzer angezeigt werden, das ergibt sich als Rückwirkung der eigenen Interaktion mit der Plattform. Gleichzeitig sind diese Feedback-Loops als lernende Systeme konstruiert, die sich sowohl an Veränderungen im individuellen Nutzerverhalten als auch an generelle Dynamiken anpassen. Dabei gibt es so etwas wie zwei Grundprinzipien: Erstens werden Informationen mit Netzwerken verknüpft. Ich sehe in meinem „Newsfeed“ eher Nachrichten meiner Freunde oder Nachrichten, auf die diese reagiert haben. Zweitens gilt das Prinzip: Mehr ist mehr. Was viel Aufmerksamkeit erzeugt, ist generell interessant.

### Wie Soziale Plattformen, Netzwerke und Medien die Politik ins Rollen bringen

Um die Dynamiken der politischen Disruption zu verstehen, muss man bei den Plattformen und deren Algorithmen beginnen. Welche Inhalte werden welchem Nutzer angezeigt und in welcher Reihenfolge? Welche Vorschläge für neue Freunde werden gemacht? Was zeigt die Suchfunktion für welche Nutzer an? All diese und noch viel mehr Aspekte der Nutzung der Sozialen Plattformen sind erstens hochgradig personalisiert und zweitens komplett automatisiert. Ich sehe auf Facebook nicht einfach die aktuellsten zehn Nachrichten, sondern es wird für jeden einzelnen Nutzer und jede verfügbare Nachricht eine individuelle Rangfolge erstellt, basierend auf einem hoch komplexen mathematischen Verfahren. Das Ziel dieses Matchings ist aus dem Geschäftsinteresse der Plattformen abgeleitet.<sup>2</sup> Wenn eine neue Plattform entsteht, dann geht es zunächst darum, möglichst viele Nutzer zu attrahieren und damit einen spekulativen Wert aufzubauen. Also werden Nutzer zunächst dazu gebracht, möglichst selber neue Nutzer einzuladen

2 Vgl. dazu Christian Montag/Simon Hegelich: *Understanding Detrimental Aspects of Social Media Use: Will the Real Culprits Please Stand Up?*, in: *Frontiers in Sociology* 5 (2020), S. 94.

und das Netzwerk zu vergrößern sowie möglichst regelmäßig auf der Plattform aktiv zu sein. Irgendwann kommt dann der Übergang zu bezahlter Werbung. Facebook und YouTube haben daraufhin die Zielfunktionen ihrer Algorithmen so angepasst, dass es das Ziel ist, möglichst viele Aktionen der Nutzer auszulösen (im Unterschied zu einfach einer möglichst langen Nutzungsdauer der Plattform). Dieser Übergang hat sich als ungemein rentabel erwiesen: Bei jeder neuen Aktion gibt es eine neue Möglichkeit, Werbung zu schalten und durch jede Reaktion lernen die Plattformen mehr über die Nutzer und können in Zukunft noch zielgerichteter Werbung auswählen.<sup>3</sup> Um zu verstehen, wie die automatische Steuerung der Plattformen funktioniert, muss man eine Kerneigenschaft der Nutzung der Plattformen hervorheben: Die meisten Nutzer sind sehr passiv. Sie erzeugen gar keine Inhalte und nur wenige Reaktionen wie Likes, Retweets etc. Sie konsumieren in erster Linie die Inhalte, die in ihre Timeline gespült werden. Auf der anderen Seite gibt es einige Nutzer, die extrem aktiv sind. Schätzungsweise ein Viertel aller Interaktionen wird von nur fünf Prozent der aktiven Nutzer erzeugt. Dadurch, dass aber Aktivität das Signal ist, an dem sich die Auswahl und Reihenfolge aller Inhalte orientiert, haben diese hyperaktiven Nutzer eine ungeheure Macht: Sie bestimmen mit ihren Aktionen, was die große Mehrheit später zu sehen bekommt.<sup>4</sup> Vom Geschäftsinteresse der Plattformen her gedacht funktioniert das sehr gut: Bei aller Individualität sind es am Ende eben doch die Inhalte, die massentauglich sind, die „funktionieren“ und Werbeeinnahmen generieren.

Diese Selbststeuerung durch hyperaktive Nutzer ist ein Einfallstor für politische Organisationen und Gruppierungen, die die Plattformen als Soziales Netzwerk nutzen wollen. Es ist sehr einfach durch eine aktive Bespielung eine dominante Rolle zumindest in einem Subnetzwerk zu erreichen. Wenn sich zum Beispiel eine Gruppe von Leuten vernetzt, die sich für die Tradition des Kaninchenzüchtens im Ruhrgebiet interessieren, dann werden einzelne Nutzer, die regelmäßig zu diesem Thema aktiv sind, schnell zu Meinungsführern und ihre Inhalte werden quasi jedem Nutzer in diesem Subnetzwerk angezeigt. Gleichzeitig wird sich auch die Struktur des Netzwerks anpassen, so dass sich immer mehr Kaninchen-

3 S. Christian Montag/Simon Hegelich/Cornelia Sindermann/Dmitri Rozgonjuk/Davide Marengo/Jon D. Elhai: *On Corporate Responsibility When Studying Social Media Use and Well-Being*, in: *Trends in Cognitive Sciences*, 25 (2021), Heft 4, S. 268 ff.

4 Vgl. Orestis Papakyriakopoulos/Juan Carlos Medina Serrano/Simon Hegelich: *Political communication on social media: A tale of hyperactive users and bias in recommender systems*, in: *Online Social Networks and Media*, 15 (2020), S. 100058.

zuchtinteressierte untereinander vernetzen. Dasselbe passiert auch zu politischen Themen –, nur dass die Meinungsführerschaft zu politischen Fragen eben aus sich selbst heraus politische Macht bedeutet. Durch die Selbstverstärkung in den Netzwerken treten zwei Effekte auf, die für den politischen Diskurs in dieser Form neu sind: Erstens findet sich für jede politische Meinung, egal wie radikal oder abwegig sie sein mag, eine Community. Das wäre ohne Soziale Netzwerke nicht möglich. Extreme Positionen wären eher vereinzelt und lokal begrenzt.<sup>5</sup> Zweitens verstärkt sich durch dieses Community-Building und die Selbststeuerung der Sozialen Netze ein Effekt, der sich in sozialen Zusammenhängen generell bemerkbar macht: Menschen neigen dazu, sich mit anderen Leuten zu vernetzen, die Ähnlichkeiten aufweisen und sich von Leuten zu distanzieren, die anderer Auffassung sind. Diesen Effekt nennt man in der Netzwerktheorie Homophilie. Als Resultat dieser Mischung aus algorithmischer Selbststeuerung zur Optimierung der Werbeeinnahmen, dem Kreieren von Communities, die auch ohne gesellschaftliche Relevanz absolut gesehen „viele“ Mitglieder haben, und der Tendenz sich mit seinesgleichen zu vernetzen entsteht im politischen Bereich eine Polarisierung.<sup>6</sup>

Diese Polarisierung beschränkt sich nicht nur auf die Vernetzung, sondern zeigt sich auch an den übermittelten Inhalten. In den Subnetzwerken verbreiten sich diejenigen Inhalte am stärksten, die die meisten Reaktionen erhalten und viele dieser Reaktionen kommen von wenigen hyperaktiven Nutzern. Ein Inhalt, mit dem man sich intensiv beschäftigen muss, wird weniger Reaktionen in derselben Zeit bekommen als ein Inhalt, der schnell zu konsumieren ist. Es ist immer wieder argumentiert worden, dass die Vernetzung mit Gleichgesinnten zu Filterblasen führt, in denen man nur noch Meinungen wahrnimmt, die die eigene Auffassung bestätigen. Im politischen Kontext gibt es dafür keine empirischen Belege. Informationen aus einem anderen politischen Lager und Informationen, die generell viel geteilt werden – häufig aus den klassischen Medien –, erreichen durchaus alle Subnetze.<sup>7</sup> Selbst Politiker unterschied-

licher Parteien sprechen sich gegenseitig in den Sozialen Medien an. Da aber die Informationsübertragung durch die Plattformen an die Reaktionen auf die Beiträge gekoppelt ist, werden Inhalte nicht „unbefangen“ übermittelt. Ich sehe etwas, weil sich jemand in meinem Subnetzwerk darüber aufregt oder es toll findet und diese Information prägt meine Einstellung zu dem entsprechenden Inhalt, noch bevor ich ihn überhaupt gelesen habe. Die Polarisierung überträgt sich also auf die Wahrnehmung der Informationen.

### Die politische Antwort: Eingriffe ins System führen zu beschleunigter Oszillation

Die Politik hat „erkannt“, dass Soziale Medien für einen modernen Wahlkampf wichtig sind. Alle Parteien tragen ihre Inhalte in die Sozialen Medien und sind inzwischen sehr offen für Feedback-Signale.<sup>8</sup> Man testet, welcher Inhalt in welcher Darstellungsform funktioniert. Dabei folgt man einem Scheinriesen. Denn erstens sind viel weniger Menschen in den Sozialen Medien regelmäßig aktiv, als häufig der Eindruck entsteht. Der Reuters News Report schätzt, dass für ca. zehn Prozent der Bevölkerung Soziale Medien inzwischen die Hauptnachrichtenquelle ist.<sup>9</sup> Wenn politische Akteure nun auf den Erfolg ihrer Nachrichten, gemessen in Likes, Shares und Retweets, schauen, dann kommen die meisten dieser Interaktionen von den wenigen hyperaktiven Nutzern und repräsentieren also einen extrem geringen Teil der Bevölkerung. Zudem verhalten sich Menschen online anders als offline.<sup>10</sup> So ist zum Beispiel der Tweet von Armin Laschet mit den meisten Interaktionen (Stand: 16.07.2021) eine Nachricht mit dem Hashtag #FreeNavalnyNow und bringt es gerade mal auf 713 Retweets und 6.001 Likes. Der Tweet von Laschet mit den zweitmeisten Interaktionen zum Hashtag #StandWithIsrael erreicht schon nur noch die Hälfte dieser Werte. Dass diese Zahlen nicht repräsentativ sind, ist das eine. Viel folgeschwerer ist, dass sie eben nicht einfach Beliebtheit einer politischen Meinung repräsentieren, sondern Inhalte, die zu emotionalen Reaktionen verleiten, welche durch die Selbstverstärkung der Plattform-Algorithmen überproportional

5 S. dazu Juan Carlos Medina Serrano/Morteza Shahrezaye/Orestis Papakyriakopoulos/Simon Hegelich: *The Rise of Germany's AfD: A Social Media Analysis*, in: Proceedings of the 10th International Conference on Social Media and Society, ACM, 2019, S. 214-223.

6 Vgl. Morteza Shahrezaye/Orestis Papakyriakopoulos/Juan Carlos Medina Serrano/Simon Hegelich: *Measuring the Ease of Communication in Bipartite Social Endorsement Networks: A Proxy to Study the Dynamics of Political Polarization*, in: Proceedings of the 10th International Conference on Social Media and Society, ACM, 2019, S. 158-165.

7 Simon Hegelich/Morteza Shahrezaye: *The communication behavior of German MPs on Twitter: Preaching to the converted and attacking opponents*, in: European Policy Analysis, 1 (2) (2015), S. 155-174.

8 Juan Carlos Medina Serrano/Orestis Papakyriakopoulos/Simon Hegelich: *Exploring Political Ad Libraries for Online Advertising Transparency: Lessons from Germany and the 2019 European Elections*, in: International Conference on Social Media and Society (2020), S. 111-121.

9 Sascha Hölig/Uwe Hasebrink/Julia Behre: *J. Reuters Institute Digital News Report 2021 – Ergebnisse für Deutschland* (= Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts, Projektergebnisse Nr. 58), Hamburg 2021.

10 Derek Ruths/Jürgen Pfeffer: *Social media for large studies of behavior*. Science, 346 (2014), S. 1063 f.

viele Interaktionen erzeugen. Wenn jetzt die Politik sich an diesem Signal orientiert, dann ist der Lerneffekt, dass emotionale Inhalte, die polarisieren, beliebter sind.

Die Medien machen diese falsche Vorhersage durch ihre Nutzung der Sozialen Medien wahr. Sie greifen scheinbar prominente Themen aus den Sozialen Netzwerken auf, bauen sie in eigene Beiträge ein und spielen diese zurück in die Sozialen Medien. Wenig überraschend funktionieren dann Themen, die eh schon der Logik der Sozialen Medien folgen in dieser Kommunikation besonders gut. Die künstliche Aufregung, die die Plattformen bewusst erzeugen, um an Werbung zu verdienen, findet so ihren Weg in die Politik und schaukelt sich durch die scheinbar harmlose Analyse, welcher Inhalt denn gut funktioniert, immer weiter hoch.

Dieser Prozess verstärkt den Segregationsprozess in den Sozialen Netzwerken. Immer mehr Subnetzwerke fühlen sich von der spezifischen emotionalen Botschaft, die übermittelt wird, abgestoßen. Auch hier wirkt die Polarisierung: Wer sich zum Beispiel eine moderate Politik gegenüber Russland wünscht, oder Sympathie mit den Palästinensern hat, fühlt sich von den genannten Laschet-Tweets eventuell angegriffen. Dieses Feedback geht aber nicht zurück an die Politik. Stattdessen entstehen neue Subnetze, in denen wiederum einzelne Akteure schnell zu Meinungsmachern aufsteigen können. Die AfD hat dieses Prinzip die letzten Jahre sehr geschickt genutzt.<sup>11</sup> Wer – aus welchen Gründen auch immer – mit der Darstellung der Politik in den Sozialen Medien unzufrieden ist, landet schnell in einem Subnetz, das professionell mit AfD-Inhalten geflutet wird, allein schon dadurch, dass Anhänger dazu aufgerufen werden, möglichst viele Interaktionen bei eigenen Inhalten vorzunehmen. So entsteht neben der Polarisierung und Emotionalisierung der Politik eine Segregation: Es entstehen politische Sphären, die weitestgehend getrennt voneinander sind und in denen jeweils ganz unterschiedliche Meinungsmacher den Ton angeben, gerade auch was die Bewertung allgemein geteilter Informationen anbelangt.

Durch die Veränderungen der Plattformen in den letzten Jahren werden diese Prozesse noch ein weiteres Mal verschärft: Um gegen Hatespeech und rechtswidrige Inhalte vorzugehen, hat die Politik die Plattformbetreiber mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) verpflichtet, stärker moderierend einzugreifen. Rechtswidrige

11 S. dazu Juan Carlos Medina Serrano/Morteza Shahrezaye/Orestis Papakiriakopoulos/Simon Hegelich (wie Anm. 4).



Kommunalwahlkampf in München 2020: Im Bild stehen die Oberbürgermeisterkandidatin Katrin Habenschaden und der Vorsitzende der Bundespartei, Robert Habeck, den Wählern in spe auf Facebook und Instagram für Fragen zur Verfügung.  
Süddeutsche Zeitung Photo/Fotografin: Catherina Hess



Landtagswahlkampf in Hessen 2018 auf Facebook  
Foto: picture alliance/dpa/Fotografin: Juliane Görsch

Inhalte müssen – wenn sie gemeldet werden – innerhalb von 24 Stunden gelöscht werden. Für die Plattformen hat dies bedeutet, dass sie neue Strukturen aufbauen mussten, um diesen Ansprüchen gerecht zu werden. Am Beispiel von Facebook lässt sich aufzeigen, welcher weitere Machtzuwachs dabei für die Plattformen entsteht. Facebook hält daran fest, dass sich im Prinzip die Moderation des Inhalts automatisch durch lernende Systeme regeln lassen müsste. Da dies technisch nicht ohne weiteres umsetzbar ist, haben

sie mit CORRECTIV<sup>12</sup> eine Factchecking Agentur beauftragt. Die Factchecker bekommen eine Liste mit möglichen Falschnachrichten, die ein Algorithmus aussucht und bewertet diese Meldungen. Dann kann Facebook automatisch entsprechende Nachrichten mit Warnhinweisen versehen. Es ist auch im Interesse von Facebook, wenn sich CORRECTIV nicht auf die Liste beschränkt, die der Algorithmus ausspuckt, sondern eigene Fälle zur Prüfung in das System integriert. CORRECTIV gibt selbst an, dass sie keine Ahnung haben, warum eine Meldung in der Liste landet („Wir wissen bislang noch nicht genau, warum eine bestimmte Meldung in der Liste landet.“ CORRECTIV 2018). Die Wahrheit ist, dass die Factchecker den Algorithmus durch ihre Arbeit trainieren und damit Facebook ein mächtiges Tool liefern, um damit automatisch und in Echtzeit unliebsame Inhalte zu identifizieren und aus dem Diskurs auszuschließen. Dass Facebook dafür gerne die Kosten von CORRECTIV übernimmt, ist eigentlich nur ein Nebenaspekt, auch wenn es natürlich die Frage der Unabhängigkeit aufwirft. Im Zweifelsfall, wenn Facebook bestimmte Nachrichten unterdrücken will, werden die Factchecker eh nicht mehr benötigt. Ihre Expertise hat den Trainingsdatensatz hervorgebracht, um Zensur zu automatisieren. Dieser ungewollte Nebeneffekt des NetzDG verstärkt die Polarisierung und Segregation, weil für Betroffene der Eindruck entsteht, missliebige Inhalte würden gezielt zensiert und sie sich daher noch stärker in ihre eigenen Subnetze (inzwischen häufig über Messenger wie Telegram organisiert) zurückziehen.

Zusammenfassend ist also festzuhalten, dass das kybernetische System aus Sozialen Medien, Sozialen Netzwerken und Sozialen Plattformen zu einer Polarisierung mit zunehmender Segregation führt, in der sich themenspezifische Aufregung immer schneller hochschaukelt und dann allerdings auch immer schneller durch das nächste Topic ersetzt wird. Letzteres muss man sich vorstellen als einen Oszillationsprozess: Das System versetzt sich selbst durch seine Feedback-Schleifen in Schwingung und schaukelt sich immer weiter hoch.

### Die Bundestagswahl 2021

Für die anstehende Wahl bedeutet diese Einschätzung sehr viel. Polarisierung führt dazu, dass radikale Positio-

12 CORRECTIV: Über die Kooperation zwischen CORRECTIV und Facebook, <https://correctiv.umorg/faktencheck/ueber-uns/2018/12/17/ueber-die-kooperation-zwischen-correctiv-faktencheck-und-facebook/> [Stand: 17.07.2021].

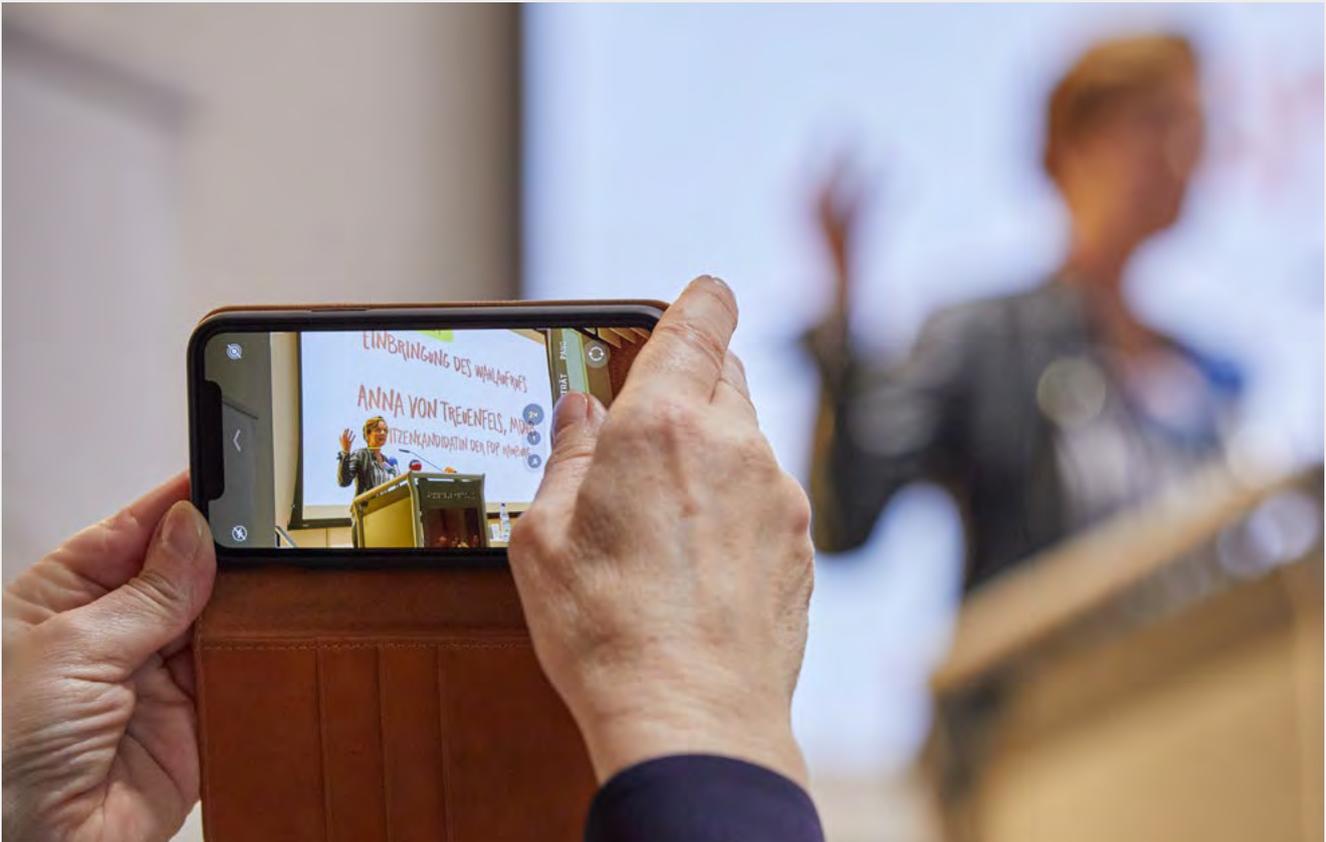
nen Zulauf bekommen. Unter den Parteien bedeutet Polarisierung, dass immer weniger Möglichkeit besteht, aufeinander zuzugehen. Die Segregation führt dazu, dass völlig getrennte politische Diskurse stattfinden, deren Akteure sich immer weniger verstehen. Und die Oszillation führt dazu, dass auch wenn im Mittel alles normal erscheint, der Ausschlag des gesamten politischen Systems immer stärker vom Augenblick abhängt.

Die Coronapolitik, die aller Voraussicht nach, ein zentrales Thema bei der Wahl sein wird, ist ein hervorragendes Beispiel, um diese Prozesse zu verdeutlichen. Die Polarisierung lässt eigentlich keinen Raum mehr für abwägende pragmatische Lösungen. Die einen halten jede Maßnahme für einen völlig ungerechtfertigten Eingriff in die Grundrechte. Den anderen geht die Politik längst nicht weit genug, weil sie das Problem ja offenbar nicht in den Griff bekommt: Stattdessen fordern sie endlich einen richtigen Lockdown, das Impfen der ganzen Bevölkerung (inklusive Kinder) usw. Die Anhänger dieser Diskursstränge beschimpfen sich gegenseitig als Schwurpler, Covididioten, Coronisten, Panikmacher usw. Gerade die Factchecker haben diesen Streit massiv befeuert, weil man in einer Situation mit unklaren Befunden versuchte, vorschnell vermeidliche Objektivität zu generieren. Politikerinnen und Politiker aller Parteien haben die Sozialen Medien gezielt genutzt, um Politik mit Angst zu machen. Dies geht unter anderem auf ein Strategiepapier des Bundesinnenministeriums zurück, in dem vorgeschlagen wird, die Bevölkerung auch über die Sozialen Netzwerke mit überzogenen Worst-Case-Szenarien zu verunsichern.<sup>13</sup>

Die Diskussion zu Corona ist in völlig getrennte Subnetze gewandert. Die Segregation ist so fortgeschritten, dass, selbst wenn der Wille da wäre, sich sachlich zu verständigen, Diskussionsteilnehmer aus unterschiedlichen Lagern zunächst feststellen würden, dass sie von einer völlig disparaten Faktenlage ausgehend diskutieren. Gleichzeitig ist der Grad der internen Vernetzung extrem hoch, sodass sich die Nachrichten, die von den hyperaktiven Nutzern im jeweiligen Subnetz gefeatured werden, wie ein Lauffeuer im Netz verbreiten.<sup>14</sup>

13 Bundesinnenministerium 2020: Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen, Strategiepapier des Bundesinnenministeriums. <https://fragdenstaat.de/dokumente/4123-wie-wir-covid-19-unter-kontrolle-bekommen> [Stand: 21.07.2021].

14 Vgl. Orestis Papakyriakopoulos/Juan Carlos Medina Serrano/Simon Hegelich: *The spread of COVID-19 conspiracy theories on social media and the effect of content moderation*, in: The Harvard Kennedy School (HKS) Misinformation Review 1 (2020).



Ein Mitglied des Wahlkampfteams filmt während des Landesparteitags der FDP Hamburg Anna von Treuenfels-Frowein (FDP), Spitzenkandidatin für die Hamburger Bürgerschaftswahl, bei ihrer Rede.

Foto: picture alliance/dpa/Fotograf: Georg Wendt

Die Oszillation zwischen Normalität und Panik verläuft so schnell, dass es realistisch erscheint, dass die Fragen der Art, welche neue Virusvariante vor der Wahl zirkuliert oder, ob weitere schlimme Impfnutzenwirkungen auftreten, im Zweifelsfall einen starken Einfluss auf die Wahlentscheidung haben werden.

Gerade der letzte Punkt macht es fast unmöglich, eine halbwegs zuverlässige Einschätzung zum Ausgang der Wahl abzugeben. Das Unerwartete zu erwarten, scheint ein vernünftiger Umgang mit einem kybernetischen System zu sein, dass sich gerade so rasant selbst hochschaukelt. Realistisch ist allerdings, dass durch die Polarisierung die Parteien am linken und rechten Spektrum gestärkt werden und wir das durch die Segregation vielleicht nicht sehen. Das gleiche wird vermutlich für die FDP gelten, die innerhalb des bürgerlichen Lagers eine Opposition zur Coronapolitik der Regierung bezieht.

Den Grünen ist zuzutrauen, dass sie ihre starke Position verteidigen, weil sie – vielleicht mehr als die Union – den Wunsch nach einer pragmatischen aber im Kern

konservativen Politik bedienen. Damit bleibt für die Union, die vermutlich dennoch die stärkste Kraft werden wird und für die SPD nicht mehr viel an Stimmen übrig, so dass vermutlich nur eine Drei-Parteien-Koalition in Frage kommt. Die Polarisierung wird aber die Koalitionsverhandlungen extrem schwierig machen. Wenn es für Grün-Rot-Rot zum Beispiel nicht reicht und die SPD nicht noch einmal als Juniorpartner für die Union im Verbund mit einer gestärkten FDP zur Verfügung steht, wäre Schwarz-Grün-Gelb die einzige Alternative. Eine Minderheitsregierung, geführt von der Union bräuchte vermutlich eine Duldung der AfD. Diese Überlegungen sollen nur deutlich machen, wie viel derzeit im Umbruch ist. Natürlich lässt sich darüber streiten, wie stark der Einfluss von anderen Faktoren jenseits der Sozialen Medien auf diese Entwicklungen ist. Dass aber das hier dargestellte kybernetische System von Sozialen Medien, Sozialen Netzwerken und Sozialen Plattformen seinen Beitrag zu den beschriebenen Umbrüchen leistet, lässt sich kaum noch bezweifeln. ▀



## Neuerscheinung

**Ingrid Brodnig:**  
**EINSPRUCH! Verschwörungsmymen und Fake News kontern – in der Familie, im Freundeskreis und online**

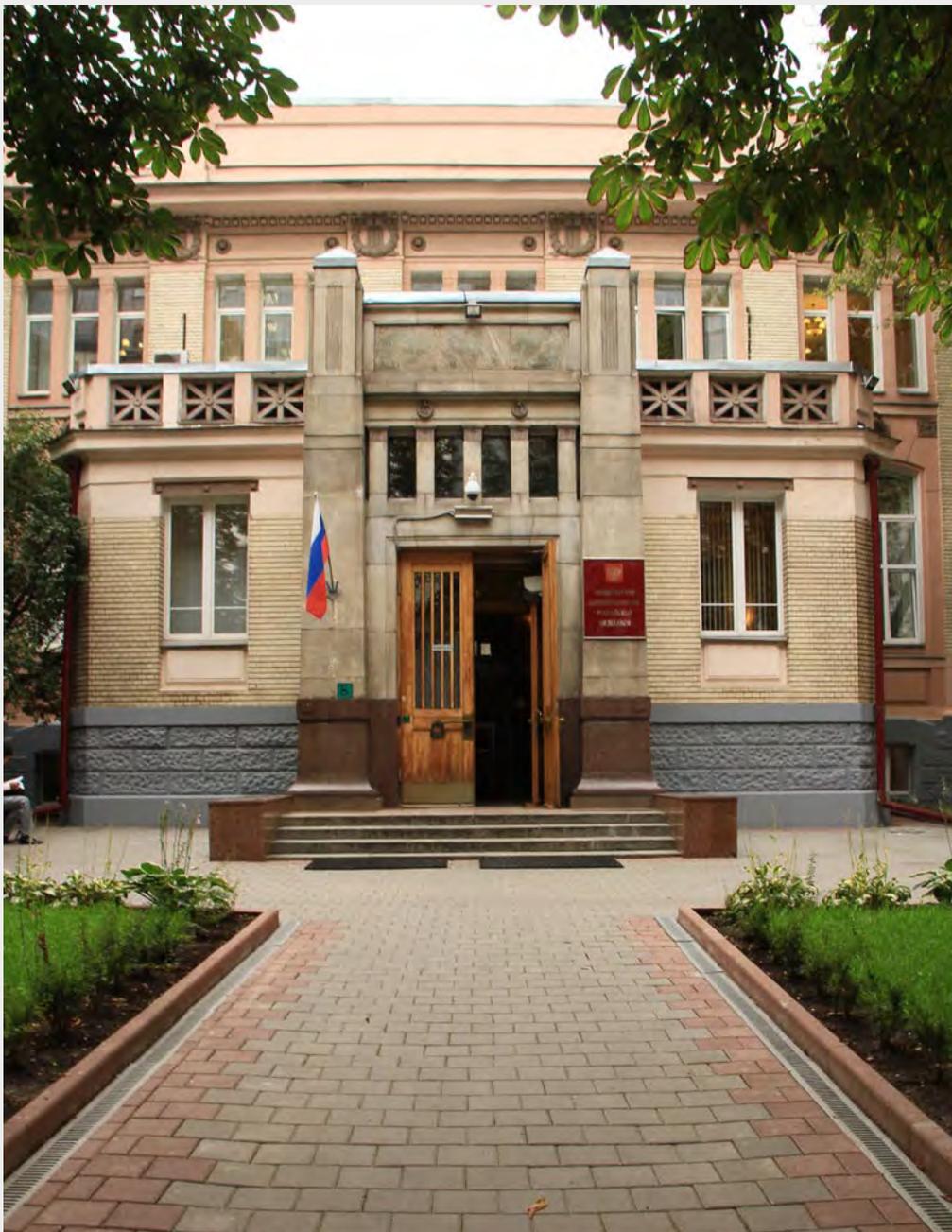
**So diskutieren Sie effektiv und ruhig die Streitthemen unserer Zeit!**  
Ingrid Brodnig zeigt, wie wir in hitzigen Debatten ruhig bleiben und unseren Standpunkt verdeutlichen. Wann ist Diskutieren überhaupt sinnvoll? Warum sind unseriöse Stimmen sichtbarer, und welche rhetorischen Tricks sollte man kennen? Welche Rolle spielen digitale Kanäle, und wie kommen wir gegen die Macht der Aufmerksamkeitsökonomie an? Dieses Buch liefert die Strategien für eine kluge Diskussionsführung und Tipps für Formulierungen, die auch in emotionalisierten Diskussionen wirken.

Zu bestellen unter: <https://www.blz.bayern.de/publikation/einspruch-verschwoerungsmymen-und-fake-news-kontern-in-der-familie-im-freundeskreis-und-online.html>  
(Bestellnummer: 05811123).



# GESUNDHEITSKRISE – RISIKEN UND NEBENWIRKUNGEN VON GLASNOST UND PERESTROIKA

von Sophie Nübling



Gebäude des russischen Gesundheitsministeriums in Moskau  
Foto: Rakoon, CCO, via Wikimedia Commons

Im Januar 1989 berichteten sowjetische Medien erstmals über die HIV-Infizierung von 27 Kleinkindern im südrussischen Elista. Eine eilig in die Stadt entsandte Untersuchungskommission stellte fest, dass die Ansteckung in einem Krankenhaus über unzureichend sterilisierte, zuvor bei einer mit HIV infizierten Person angewandte Mehrfachspritzen und -ampullen erfolgt war.

Nachdem der 1985 in Amt gekommene sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow mit *Glasnost* (Offenheit) eine ehrliche Informationspolitik und kritische Diskussionen in Aussicht gestellt hatte, sorgte der erschreckende Vorfall der HIV-Massenansteckung von Kindern in der sowjetischen Berichterstattung monatelang für Furore. Elista avancierte zum Synonym für ärztliche Inkompetenz und gesundheitspolitisches Versagen, weil deutlich geworden war, dass das neue Virus keineswegs vor den Grenzen der Sowjetunion Halt machte, sondern sogar in sowjetischen Krankenhäusern weiterverbreitet wurde.<sup>1</sup> Angesichts der großen Empörung erlitten die Behörden einen massiven Vertrauensverlust. Enttäuscht und desillusioniert von der desolaten staatlichen HIV/AIDS-Prävention, begannen Sowjetbürger\*innen, selbst zu handeln. Erste zivilgesellschaftliche Initiativen nahmen die kontrovers diskutierte HIV/AIDS-Bekämpfung auf.

Der Skandal von Elista warf Schlaglichter auf die kaum mehr zu kontrollierenden Dynamiken des gesellschaftlichen und staatlichen Umbaus, den Gorbatschow unter dem Stichwort der *Perestroika* in Angriff genommen hatte. Noch wenige Jahre zuvor hätte der sowjetische Staat weder eine solche öffentliche Kritik noch ein derartiges zivilgesellschaftliches Engagement geduldet. Die Aufgabe des staatlichen Bereitstellungsmonopols in der sozialen Fürsorge wäre mit dem paternalistischen Selbstverständnis der Sowjetunion unvereinbar gewesen. Doch in den Perestroika-Jahren wurde für alle offensichtlich, dass der Parteistaat die ausufernden gesundheitlichen Missstände nicht in den

Griff bekam. Nicht nur HIV/AIDS sorgte für ein allgegenwärtiges Bedrohungsgefühl der sowjetischen Bevölkerung, sondern marode Krankenhäuser, fehlende Medikamente und Ausrüstung, die Rückkehr besiegt geglaubter Infektionskrankheiten wie Diphtherie und Hepatitis, Umweltbelastungen sowie die stagnierende Lebenserwartung ließen das Leben im Sozialismus in den Augen der Öffentlichkeit zu einem unbeherrschbaren Gesundheitsrisiko werden.

### Sowjetische Sozialpolitik

Nach gesundheitsorientierten Aufklärungskampagnen und Reformdiskussionen in der Dekade nach der Oktoberrevolution bildete sich das staatliche Gesundheitswesen als erster Sektor der sowjetischen Sozialpolitik während der 1930er Jahre heraus. Ethnische und politische Säuberungen, Brachialindustrialisierung und Zwangskollektivierung hatten ihren Tribut gefordert. Für den Erhalt einer arbeitsfähigen und militärdiensttauglichen Bevölkerung musste das Regime eine ausreichende medizinische Versorgung bereitstellen. Das entstehende Gesundheitssystem war besonders auf die Seuchenbekämpfung ausgerichtet und in diesem Bereich erfolgreich. Bis in die 1960er Jahre waren Infektionskrankheiten wie Diphtherie, Tuberkulose und Scharlach weitgehend eliminiert. Die durchschnittliche Lebenserwartung stieg von 46,9 Jahren (1938/39) zunächst auf 68,6 (Ende der 1950er Jahre) und schließlich auf 69,5 Jahre (Anfang der 1970er Jahre).<sup>2</sup>

Nach dem Tod Stalins ging es nach 1953 im Zuge der Entstalinisierung auch um die Beseitigung des sozialen Massenelends und um die Beruhigung der von Terror und Gewalt traumatisierten Bevölkerung. Die sowjetische Parteiführung setzte verstärkt auf die Konsum- und Sozialpolitik als Mittel der Systemstabilisierung, um fortan die Bevölkerung mit Wohltaten für sich einzunehmen. Unter den politischen Rivalitäten des Kalten Krieges brachten sie die „Bataillone der

1 Siehe beispielsweise S. Tutorskaya: *Criminal Negligence Is More Dangerous Than the Virus* (aus: *Iswestija*, 17.02.1989), in: *Current Digest of the Soviet Press* (=CDSP) 41 (1989), Nr. 7, S. 22. Der „Current Digest of the Soviet Press“ ist eine Presseschau, die zwischen 1949 und 1991 erschien. Die wöchentlich herausgegebenen englischen Übersetzungen von Artikeln, Reportagen und Stellungnahmen aus wichtigen sowjetischen Tageszeitungen und Fachzeitschriften dienten Lehr- und Forschungszwecken. Der Digest ist damit für Historiker\*innen eine wichtige Quelle, die Aufschluss über die sowjetische Berichterstattung, Presselandschaft und zeitgenössische gesellschaftliche Debatten gibt. Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde der Digest zunächst unter dem Namen „The Current Digest of the Post-Soviet Press“, seit 2011 als „The Current Digest of the Russian Press“ fortgeführt.

2 Michael Ryan: *Life Expectancy and Mortality Data from the Soviet Union*, in: *British Medical Journal* 296 (1988), S. 1513–1515, hier S. 1513.



Kinder lernen in einem neuen Schwimmbad im südsibirischen Tschita Schwimmen, 1967.

Foto: ullstein bil/SNA



Die Ärztin Dagnia Ozola bei Patientenbesuchen in Riga im April 1974

Foto: ullstein bil/SNA

besseren Sozialleistungen<sup>3</sup> in Anschlag. Als erste große sozialpolitische Maßnahme erließ die neue Führung unter Nikita Chruschtschow 1956 das „Gesetz zur allgemeinen Altersversorgung für Arbeiter und Angestellte“. Kolchosbauern und -bäuerinnen erhielten ab 1964 erstmals eine Rente. Zugleich starteten ambitionierte Wohnbauprogramme. Während der folgenden Jahrzehnte verbesserte der sowjetische Parteistaat auch die Absicherung gegen gängige Lebensrisiken (Unfall, Arbeitsunfähigkeit). Darüber hinaus schloss die Sozialpolitik eine Arbeitsplatzgarantie, stetige Lohnsteigerungen und die Stabilität von Lebenshaltungskosten ein. Dank eines umfassenden Subventionssystems besaßen die meisten sowjetischen Haushalte bald Kühlschränke, Radios und Fernseher. Ferner entwickelten sich der Tourismus und der private Autoverkehr. Die Sowjetbürger\*innen erhielten Zugang zu mehr Konsum, Erholung und Mobilität. Die Errungenschaften der sowjetische Industriemoderne kamen so endlich im Alltag der Menschen an.<sup>4</sup>

3 Bernd Stöver: Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947–1991, München 2007, S. 305.

4 Lukas Mücke: Die allgemeine Altersrentenversorgung in der UdSSR, 1956–1972, Stuttgart 2013; Luminita Gatejel: Warten, hoffen und endlich fahren. Auto und Sozialismus in der Sowjetunion, in Rumänien und der DDR (1956–1989/91), Frankfurt am Main 2014; Galina Ivanova/Stefan Plaggenborg: Entstalinisierung als Wohlfahrt. Sozialpolitik in der Sowjetunion, 1953–1979, Frankfurt am Main 2015.

Obwohl die Sowjetunion im Vergleich zu den westlichen Industrienationen ein wohlfahrtsstaatliches Schwellenland mit einem deutlich niedrigeren Versorgungsniveau blieb, erfuhr die Bevölkerung die sich ausweitenden Konsum- und Sozialleistungen als positive Entwicklung hin zu einer sozialen Planwirtschaft. Unterschiedliche soziale Milieus prägten sich aus, die in gesellschaftlichen Nischen und in privaten Rückzugsräumen Orte und Möglichkeiten zur sozialen Interaktion und kulturellen Entfaltung fanden.

### Soziale Überdehnung

Die „sozialistische Fürsorgediktatur“<sup>5</sup> gab eine klare Erwartungshaltung zum politischen Gehorsam vor und garantierte in einem informellen Sozialpakt (*little deal*) allen, die sich daran hielten, ein Leben ohne drückende Konkurrenz- und Verlustängste. Diese stabilisierende Macht der Normalität im „wohlfahrtsstaatlichen Autoritarismus“<sup>6</sup> gründete auf der Annahme der Geborgenheit im gesicher-

5 Konrad Jarausch: Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 48 (1998), Nr. 20, S. 33–46.

6 George W. Breslauer: *On the Adaptability of Soviet Welfare-State Authoritarianism*, in: Erik Hoffmann/Robin F. Laird (Hg.): *The Soviet Polity in the Modern Era*, New York 1984, S. 219–245.



Forschungsinstitut des sowjetischen Gesundheitsministeriums mit Druckkammern, aufgenommen 1976  
Foto: picture alliance/dpa/Fotograf: Eduard Pesov

ten ökonomischen Wachstum, um beständig mehr Mittel in die Sozial- und Konsumpolitik umleiten zu können. Dank stark wachsender sowjetischer Öl- und Gasexporte sowie steigender Ölpreise und infolgedessen zunehmender Devisengewinne erreichte das sowjetische System während der 1970er Jahre das Maximum seiner Leistungskraft.<sup>7</sup>

Die Dynamik bescheidener, aber stetiger sozialer Verbesserungen stagnierte dann während der 1980er Jahre, als es infolge sinkender Energiepreise und des zunehmenden technologischen Rückstands zum Einbruch der wirtschaftlichen Wachstumszahlen kam. Der Prozess der „sozialen Überdehnung“<sup>8</sup> ließ sich kaum mehr übersehen. Statt zukunftsfähige Lösungen für die sich immer deutlicher abzeichnende soziale Krisensituation zu finden, duldeten die Partei die ausufernde Korruption und illegale Netzwerke, derer sich die sowjetische Bevölkerung bediente, um die widriger werdenden Lebensumstände halbwegs erträglich zu gestalten. Erst die neue politische Führung unter Gorbatschow verdrängte die Probleme nicht mehr, sondern thematisierte diese, um sie endlich angehen zu können.

7 Boris Dubin: Gesellschaft der Angepassten. Die Brežnev-Ära und ihre Aktualität, in: Osteuropa 57 (2007), Nr. 12, S. 65–78, hier S. 70.

8 Stefan Plaggenborg: Sozialpolitik der Sowjetunion 1975–1991. Ein Beitrag zum Untergang, in: Uwe Backes/Günther Heydemann/Clemens Vollnhals (Hg.): Staatssozialismen im Vergleich. Staatspartei, Sozialpolitik, Opposition, Göttingen 2019, S. 45–61, hier S. 56.

Das neue, im März 1986 verabschiedete Parteiprogramm widmete der Sozialpolitik deswegen erstmals ein eigenes Kapitel. Dem Verständnis folgend, dass der Sozialismus der sozial gerechteste Gesellschaftsentwurf sei, hatte sie in älteren Programmen nicht explizit Erwähnung gefunden. Auch andere programmatische Texte zur *Perestroika* unterstrichen nun verstärkt die Bedeutung des Sozialen. Gorbatschow erklärte, „dass nur eine aktive Sozialpolitik [...] den Erfolg der *Perestroika* garantieren kann“.<sup>9</sup>

Zugleich erfuhr die sowjetische Bevölkerung durch die kritische Berichterstattung der Glasnost von flächendeckender Armut, von zunehmender Kriminalität, Drogenabhängigkeit und Prostitution sowie von den Privilegien der korrupten Parteieliten. Die Aufdeckung sozialer Missstände empörte die Menschen. Während die sowjetische Staats- und Parteiführung ihre Sozialpolitik stets als Ausweis der Fortschrittlichkeit des Sozialismus bezeichnet hatte, dekonstruierten die Glasnost-Enthüllungen den Mythos von der in der Sowjetgesellschaft angeblich erreichten sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit. Die schonungslose „Demontage der Gegenwart“<sup>10</sup> erfasste ins-

9 Michail Gorbatschow: Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987, S. 123.

10 Gerhard Simon/Nadja Simon: Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, München 1993, S. 49.

besondere das sowjetische Gesundheitswesen mit seinen strukturellen Konstruktionsfehlern, seiner chronischen Unterfinanzierung und seinem oft unzureichend ausgebildeten sowie demoralisierten Personal.

### Die medizinische Glasnost

Im September 1986 berichtete die Parteizeitung „Prawda“, dass das sowjetische Gesundheitsministerium im vorangegangenen Jahr über 66.000 Beschwerdebriefe erhalten habe – deutlich mehr als in den Jahren zuvor. Eine ähnliche Klageflut erreichte auch andere Zeitungsredaktionen sowie Partei- und Staatsbehörden. In ihren Schreiben beanstandeten empörte Bürger\*innen überfüllte Krankenhäuser, akuten Medikamentenmangel, den rüden Umgang mit Patient\*innen und die weitverbreitete Bestechlichkeit des medizinischen Personals.<sup>11</sup>

Diese Klagen wurden wenig später von höchster gesundheitspolitischer Seite bestätigt. Der zu Beginn des Jahres 1987 neu ins Amt gekommene Gesundheitsminister Jewgenij Tschasow gab den Medien aufrüttelnde Interviews, die einer endlosen Bestandsaufnahme schwer lösbarer Probleme glichen. Mit seiner scharfen Kritik setzte sich Tschasow an die Spitze der medizinischen Glasnost. Er erklärte, die Fokussierung auf quantitative Fortschritte sei zu Lasten der Versorgungsqualität erfolgt. Zwar verfüge die Sowjetunion statistisch gesehen weltweit über die größten Krankenhauskapazitäten. Bei genauerem Hinsehen stelle sich aber heraus, dass es sich bei der Mehrheit der 3,3 Millionen Betten lediglich um einfache Schlafplätze handle, die in schnell zu Krankenhäusern umgerüsteten Gebäuden sowie in einfachen Wohnhäusern und teilweise sogar in regelrechten Baracken untergebracht seien. Für die medizinisch genutzten Gebäude in ländlichen Regionen rechnete Tschasow außerdem vor, dass 17 Prozent über keinen Wasseranschluss, 35 Prozent über kein warmes Wasser und 27 Prozent über kein Abwassersystem verfügten.<sup>12</sup>

In ähnlicher Weise klappten Quantität und Qualität bei der ärztlichen Versorgung auseinander. So bemängelte Tschasow, die Sowjetunion verfüge mit 1,3 Millionen Ärzt\*innen zwar über die höchste Pro-Kopf-Rate der Welt. Die ärztliche Kompetenz erweise sich aber oftmals



Jewgenij Tschasow in einer Aufnahme aus dem Jahr 2006  
Foto: picture-alliance/dpa/Tass Fomichev Mikhail

als unbefriedigend. Rund 40 Prozent der Absolvent\*innen medizinischer Hochschulen mangle es an praktischer Erfahrung. Sie seien weder in der Lage, Röntgenbilder und Kardiogramme zu lesen, noch, Operationen durchzuführen und eine Geburt sachkundig zu begleiten.

Ein weiteres Sorgenkind stellte die medizintechnische und pharmazeutische Industrie dar. Sie vermochte den sowjetischen Bedarf nicht zu decken. Vielerorts fehlte es nicht nur an technischer Ausstattung wie Computertomografen und Ultraschallgeräten, sondern auch an elementaren Medizingütern wie Skalpell, Spritzen und Handschuhen. Zudem produzierte die sowjetische Pharmaindustrie nur 85 Prozent der im Land benötigten Medikamente. Bei Antibiotika und Herzkreislaufpräparaten lag die Abdeckungsrate sogar bei lediglich 40 beziehungsweise 60 Prozent. Dieser enorme Mangel konnte auch durch teure Importe nicht behoben werden.<sup>13</sup>

11 A. Chernyak: *Health Is More Precious Than Wealth* (aus: Prawda, 15.09.1986), in: CDSP 38 (1986), Nr. 37, S. 20 f.

12 O. Frantsen: *The Formula for Health* (Interview mit Tschasow) (aus: Prawda, 13.04.1987), in: CDSP 39 (1987), Nr. 15, S. 19; A. Nemov: *The Science of Health* (Interview mit Tschasow) (aus: Sowetskaja Rossija, 05.07.1987), in: CDSP 39 (1987), Nr. 27, S. 22 f., hier S. 22.

13 A. Galayeva: *The Physician on the Threshold to the Third Millennium* (Interview mit Tschasow) (aus: Literaturnaja Gasetta), 29.04.1987, in: CDSP 30 (1987), Nr. 19, S. 1-4, hier S. 2.

Ernsthafte Konsequenzen hatte ferner der Rückstand der sowjetischen Medizinforschung. Ihr war von Beginn an viel zu wenig Beachtung geschenkt worden. Erschwerend kam hinzu, dass sich die Vergabe von Forschungsthemen und Fördermitteln zu selten an gesundheitsstrategischen Notwendigkeiten orientierte. Zudem spielten sowjetische Mediziner\*innen im internationalen Wissenschaftssystem meist keine besonders aktive Rolle. Diese ungünstigen Entwicklungen spiegeln sich in Zahlen wider: Nur 5,5 Prozent der sowjetischen Forschungsergebnisse waren patentierbar, und bei 30 Prozent der sowjetischen Forschungsprojekte handelte es sich um Wiederholungen von bereits im Ausland durchgeführten Studien. Die Sowjetunion hinkte beim medizinischen Fortschritt deutlich hinterher.

Diese Problemhäufung hatte gravierende Auswirkungen. Während in den 1980er Jahren sowjetische Ärzt\*innen jährlich nur 900 Bypass-Operationen vornahmen, gab es in Frankreich schon mehrere Tausende solcher Standardeingriffe bei koronaren Herzerkrankungen.<sup>14</sup> Derart schlechte Vergleichswerte auch in anderen wichtigen Bereichen verdeutlichen, dass das weiterhin auf die Bekämpfung von Infektionskrankheiten ausgerichtete sowjetische Gesundheitswesen dringend modernisiert werden musste, um die neuen medizinischen Herausforderungen zu meistern, die sich aus der massiven Zunahme von Zivilisationsleiden wie Herzkreislauf-, Krebs- und Diabeteserkrankungen ergaben.

### Perestroika des Gesundheitswesens

Die lange Zeit versäumte Erneuerung des sowjetischen Gesundheitswesens ging Gorbatschow mit einem umfassenden Wechsel der Führungskader an. Der sowjetische Gesundheitsminister Sergej Burenkov musste im Dezember 1986 nicht zuletzt wegen seines katastrophalen Tschernobyl-Krisenmanagements sein Amt niederlegen. Auch die Posten der beiden stellvertretenden Minister wurden neu besetzt. Wachsender politischer Druck zwang zahlreiche weitere Amtsträger\*innen im Gesundheitswesen, sich engagierter einzubringen, wenn sie nicht um ihre Position fürchten wollten.<sup>15</sup>

Der Kaderaustausch in den gesundheitspolitischen Führungsgremien ging mit der Überprüfung der Zulassung von rund einem Drittel der praktizierenden Ärzt\*innen einher. Mehr als 1.000 verloren ihre Approbation; 30.000

erhielten nur eine vorläufige Zulassung. Das mit einer verlängerten Studienzeit, revidiertem Lehrplan und ausgetesteten Abschlussprüfungen neugestaltete Medizinstudium sowie ein Fortbildungsprogramm für bereits praktizierende Ärzt\*innen sollten mehr Kompetenzen vermitteln, um so die medizinische Versorgung zu verbessern.

Einen wichtigen Hebel für Reformen stellten die Finanzen dar. Spätestens seit Beginn der 1970er Jahre war das sowjetische Gesundheitssystem chronisch unterfinanziert. Während die Sowjetunion 1960 ähnlich wie die westeuropäischen Industrienationen noch 6,6 Prozent des Nationaleinkommens für Gesundheit ausgegeben hatte, sank dieser Anteil 1970 auf 4,1 Prozent und blieb bis 1987 auf diesem niedrigen Niveau. Der neue Gesundheitsminister Tschasow kündigte darum nach seinem Amtsantritt an, die Ausgaben bis zum Jahr 2000 schrittweise auf acht Prozent zu erhöhen.<sup>16</sup>

Den Verantwortlichen war jedoch klar, dass sich die riesigen Finanzierungslücken des Gesundheitswesens nicht allein durch staatliche Mehraufwendungen schließen lassen würden. Deswegen diskutierten sie die Ausweitung kostenpflichtiger medizinischer Leistungen. Befürworter\*innen dieses Ansatzes argumentierten, dass die weitverbreitete Korruption das Grundprinzip der kostenlosen Gesundheitsversorgung schon längst ausgehöhlt habe und dass von einer Kostenpflicht bestimmter Behandlungen wenigstens die Allgemeinheit profitiere. Gegner\*innen hingegen verteidigten hartnäckig das in der Verfassung verankerte Grundrecht auf kostenlose Gesundheitsversorgung.<sup>17</sup> Als Kompromiss schlug Tschasow bis zum Jahr 2000 die schrittweise Einführung neuer und die Erweiterung schon bestehender kostenpflichtiger Angebote vor.

Parallel dazu leitete das Gesundheitsministerium Strukturreformen ein. Grundsätze der wirtschaftlichen *Perestroika* wie das „Prinzip der Eigenverantwortlichkeit“, die Verknüpfung des Plans mit dem Markt und die Hinwendung zu wirtschaftlicher Rechnungsführung, Eigenfinanzierung und zum Rentabilitätsprinzip prägten auch die Reforminitiativen zum Umbau des Gesundheitswesens. So sollten die verschiedenen regionalen Verwaltungseinheiten und medizinischen Einrichtungen größere Auto-

14 Nemov (wie Anm. 12), S. 22.

15 O. A.: *In the USSR Council of Ministers* (aus: Prawda, 04.01.1987), in: CDSP 39 (1987), Nr. 1, S. 19.

16 Galayeva (wie Anm. 13); David Lane: *Soviet Society under Perestroika*, London 1992, S. 360.

17 Zuschriften-Debatte „Should We Pay for Medical Treatment?“ (aus: Iswestija, 24.09.1987), in: CDSP 39 (1987), Nr. 41, S. 15f.; S. Livshin: Interview mit T. Zaitseva (leitende wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsinstitut des Staatlichen Planungskomitees der UdSSR) (aus: Iswestija, 29.09.1987), in: ebd., S. 16; O. A.: *A Question of Life* (aus: Sowetskaja Kul'tura, 21.07.1987), in: ebd., S. 17 u. 21.



Ein Raum im ehemaligen Krankenhaus der 1986 von der Reaktorkatastrophe betroffenen Stadt Pripyat bei Tschernobyl in der heutigen Ukraine, aufgenommen 2018  
Foto: ullstein bild – CTK

nomie bei der Verwendung der ihnen zugewiesenen Gelder erhalten. Bisher hatte die Abteilung für Finanzierung und Planung des sowjetischen Gesundheitsministeriums mit hohem bürokratischem Aufwand den Krankenhäusern und Polikliniken ein zweckgebundenes Budget zugewiesen. Die Zahl der eingesetzten Ärzt\*innen, Pfleger\*innen oder Hausmeister\*innen war durch einen in Moskau erstellten Schlüssel vorgegeben. Dabei hatten weder die Gesundheitsministerien der einzelnen Sowjetrepubliken noch die Chefärzt\*innen der Kliniken Mitsprache. Dieses zentralisierte System war hochgradig inflexibel und bot keine Anreize, die Qualität der Pflege zu verbessern. Auf der Ebene der medizinischen Einrichtungen startete das sowjetische Gesundheitsministerium daher ein Pilotprojekt, in dem mehrere Polikliniken die Verantwortung über das ihnen zugewiesene Budget erhielten. Die Kliniken durften selbst über ihre erwirtschafteten Gewinne verfügen und diese in bessere Ausrüstung oder höhere Löhne für Angestellte investieren, um auf diese Weise Qualitätsverbesserungen zu erzielen.

Weitere Strukturmaßnahmen zielten auf die Neugestaltung der Versorgungslandschaft. Das Gesundheitsministerium wollte verhindern, dass Patient\*innen in Kliniken weiter von Spezialist\*in zu Spezialist\*in geschickt wurden. Das führte häufig zu langen und kostenintensiven Aufenthalten. Deshalb sollten mehr Allgemeinmediziner\*innen ausgebildet werden, um langfristig eine Art Hausarztprinzip zu etablieren. Die abgeschwächte Monopolstellung der Polikliniken sowie die Einführung der freien Ärzte- und Einrichtungswahl hatten das Ziel, zwischen den verschiedenen medizinischen Akteur\*innen den Wettbewerb zu schüren, um so Anreize zur Verbesserung des eigenen Angebots und der medizinischen Versorgung im Allgemeinen zu schaffen.<sup>18</sup>

.....  
18 Galayeva (wie Anm. 13); Murray Feshbach/Ann Rubin: *Health Care in the USSR*, in: Jan Adam (Hg.): *Economic Reforms and Welfare Systems in the USSR, Poland and Hungary. Social Contract in Transformation*, Basingstoke/London 1991, S. 68–84, hier S. 74–78; Lane (wie Anm. 15), S. 366–369; Lawrence D. Weiss/Shelley A. Theno: *Perestroika and Health Care in the USSR. Innovations in State Financing*, in: *Journal of Public Health Policy* 12 (1991), Nr. 2, S. 229–240.



Blick auf Industrieanlagen in Murmansk, der Hauptstadt der Halbinsel Kola, aufgenommen im Oktober 1988  
Foto: picture-alliance/dpa/Lehtikuvva Oy

### Stagnierende Lebenserwartung und hohe Säuglingssterblichkeit

Kurzfristig konnten diese strukturellen Reformen keine Wende zum Besseren einleiten. Zunächst mussten Umstellungsprobleme gelöst und starke Widerstände überwunden werden. In dieser prekären Umbruchphase thematisierten die sowjetischen Medien weitere Missstände. 1989 berichtete die *Prawda*, dass sich die exorbitante Umweltverschmutzung in einer starken Zunahme von Allergien, Herz-Kreislauf-, Atemwegs- und Krebserkrankungen niedergeschlagen habe. In 36 untersuchten russischen Städten seien die Grenzwerte bei der Luftverschmutzung seit Jahren um ein Vielfaches überschritten worden. Andere Studien und Artikel problematisierten die Gesundheitsgefahren, die sich aus der fortschreitenden chemischen und bakteriellen Verschmutzung von Gewässern und Böden sowie aus der Nitratverseuchung von Gemüse (als Folge der Überdüngung der Felder) ergaben. Auch zahlrei-

che andere Grundnahrungsmittel wiesen bedenkliche Schadstoffbelastungen auf.<sup>19</sup>

Die wachsende Umweltverschmutzung, deren soziale Folgen das sowjetische Gesundheitswesen nicht eindämmen konnte, trug maßgeblich dazu bei, dass die durchschnittliche Lebenserwartung nicht mehr weiter anstieg und vielerorts sogar zurückging. Für Empörung sorgte auch die konstant hohe Säuglingssterblichkeit. Sie war Ende der 1980er Jahre in der Sowjetunion um das 2,4- bis 5-Fache höher als in den USA, Frankreich, Großbritannien oder Japan. Als einer der wichtigsten Gesundheitsindikatoren offenbarte die Säuglingssterblichkeit zudem die großen regionalen Disparitäten im Zugang zu medi-

19 B. Pipia: *Cities in the „Black Book“* (aus: *Prawda*, 01.09.1989), in: CDSP 41 (1989), Nr. 35, S. 27; Murray Feshbach (Hg.): *Environmental and Health Atlas of Russia*, Moskau 1995; Bo Libert: *The Environmental Heritage of Soviet Agriculture*, Wallingford 2005; Klaus Gestwa: Ökologischer Notstand und sozialer Protest. Der umwelthistorische Blick auf die Reformfähigkeit und den Zerfall der Sowjetunion, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 43 (2003), S. 349–384.

zinischer Versorgung. Während 1988 in den baltischen Sowjetrepubliken von 1.000 Neugeborenen zwölf im ersten Lebensjahr starben, waren es in den zentralasiatischen Sowjetrepubliken 37 (Kirgisistan), 43 (Usbekistan), 49 (Tadschikistan) oder 53 (Turkmenistan). Das waren außerordentlich hohe Werte, die es sonst nur in Dritte-Welt-Ländern gab.<sup>20</sup>

Verantwortlich dafür waren vor allem mangelhafte hygienische Zustände in den Geburtskliniken, Lücken im medizinischen Versorgungsnetz sowie unzureichende Mutterschutzbestimmungen vor und nach der Geburt. Zudem war es schlecht um die sowjetische Frauenheilkunde bestellt. Berichte über tödliche Behandlungsfehler sowie Schikanen und Demütigungen von Patientinnen in Frauenkliniken häuften sich. Besonders betroffen waren Frauen, die eine Abtreibung durchführen lassen wollten. Schwangerschaftsabbrüche waren in der Sowjetunion an der Tagesordnung, da moralische Vorbehalte und wirtschaftliche Engpässe den Zugang zu sicheren Verhütungsmethoden verstellten. So mündeten 90 Prozent aller ersten Schwangerschaften in einem Abbruch. Statistiken der Weltgesundheitsorganisation zeigten, dass jede vierte Abtreibung weltweit in der Sowjetunion durchgeführt wurde. Für viele Frauen stellte dies eine äußerst traumatisierende Erfahrung dar. Moralische Anschuldigungen vonseiten des medizinischen Personals und Abbrüche ohne Betäubung waren keine Seltenheit.<sup>21</sup>

### HIV/AIDS als gesellschaftliche Herausforderung

In dieser sehr angespannten Situation bedeutete das Auftreten erster AIDS-Fälle eine harte Belastungsprobe für die Perestroika des Gesundheitssystems. Nachdem die Immunschwächekrankheit 1981 erstmals in den USA aufgetreten war, lösten steigende Krankheits- und Todesfälle im Verlauf der folgenden Jahre in weiten Teilen der internationalen Öffentlichkeit große Besorgnis aus. Die sowjetische Bevölkerung bekam von dieser Aufregung anfänglich nicht viel mit. Sowjetische Gesundheitspolitiker\*innen lokalisierten das Virus außerhalb der Sowjetunion und

sahen darin keine unmittelbare Bedrohung für die eigenen Bürger\*innen. Im Gefühl falscher Sicherheit verkündete die sowjetische Gewerkschaftszeitung „Trud“ im Oktober 1985:

„Bei uns wurde die Krankheit AIDS nicht registriert. Ihre Ursachen bestehen darin, dass dieses in vieler Hinsicht soziale Problem sexueller Verworfenheit eben in bestimmten Kreisen des Westens geduldet wird. Für unsere Gesellschaft ist es jedoch widernatürlich.“<sup>22</sup>

Dieses Bild der sowjetischen Gesellschaft, in der „abweichendes Verhalten“ wie Prostitution, Homosexualität oder Drogenkonsum schlichtweg nicht existierte, hatte die sowjetische Propaganda jahrzehntelang verbreitet. Die mit Glasnost einsetzende kritische Berichterstattung machte jedoch deutlich, dass es diese Phänomene durchaus auch im eigenen Land gab. Als mit dem Beginn der Perestroika dann die ersten AIDS-Fälle in der Sowjetunion bekannt wurden, änderte sich die Bedrohungsrhetorik. Medien und Gesundheitsverantwortliche wie Wadim Pokrowski, Leiter eines zentralen AIDS-Labors, kommunizierten die Krankheit fortan als Problem von Risikogruppen, zu denen sie Ausländer\*innen, Prostituierte, Homosexuelle und Drogenkonsument\*innen zählten.<sup>23</sup>

Diese mit dem Diskurs in westlichen Ländern vergleichbare Verengung des HIV/AIDS-Problems auf soziale Randgruppen führte gleichfalls in der Sowjetunion zu einer gesellschaftlichen Kontroverse. Im August 1987 veröffentlichte die Zeitung des Jugendverbands der kommunistischen Partei, die „Komsomolskaja Prawda“, einen Artikel, der diese Form der Bedrohungskommunikation problematisierte. Der Autor kritisierte, die Fixierung auf Risikogruppen mache diese zu den Sündenböcken für ein gesamtgesellschaftliches Problem. Als Beispiel führte er einen an Pokrowski adressierten Brief an, in dem sich 16 junge Ärzte<sup>24</sup> mit drastischen Worten gegen eine Bekämpfung von HIV/AIDS aussprachen. Die Krankheit komme als „edle Epidemie“ vielmehr wie gerufen, um Prostituierte, Drogenabhängige und Homosexuelle zu vernichten. Ganz in diesem gnadenlosen Duktus erklärte ein 26-jähriges Parteimitglied in seiner Zuschrift zu diesem Artikel,

20 Michael Ryan: *Contemporary Soviet Society. A Statistical Handbook*, Aldershot/Vermont 1990, S. 204 u. 246–248.

21 A. Kostikova: *Behind the Fence of Decisions* (aus: *Prawda*, 07.02.1987), in: *CDSP* 39 (1987), Nr. 6, S. 21f.; O. A.: *In the Collegium of the USSR Ministry of Public Health*, (aus: *Medizinskaja Gaseta*, 15.07.1987), in: *CDSP* 39 (1987), Nr. 28, S. 22f.; G. Bilyalitinova: *Women's Lot. That's the Situation* (aus: *Prawda*, 11.02.1991), in: *CDSP* 43 (1991), Nr. 6, S. 27; Adrian Geiges/Tatjana Suworowa: *Liebe steht nicht auf dem Plan. Sexualität in der Sowjetunion heute*, Frankfurt am Main/Moskau 1989, S. 44–55.

22 Zit. nach ebd., S. 66.

23 V. Belikov: *Anonymous Testing for AIDS* (aus: *Iswestija*, 31.05.1987), in: *CDSP* 39 (1987), Nr. 22, S. 18f.; Kim Smirnov: *AIDS Without the Uproar* (Interview mit Pokrowski) (aus: *Iswestija*, 16.06.1987), in: *CDSP* 39 (1987), Nr. 24, S. 26; Murray Feshbach: *The Early Days of HIV/AIDS Epidemic in the Former Soviet Union*, in: Judyth L. Twigg (Hg.): *HIV/AIDS in Russia and Eurasia*. Vol. I, New York/Basingstoke 2006, S. 7–32, hier S. 7f.

24 Die Unterzeichner des Briefes waren alle Männer.



Mitte der 1980er Jahre erreichte das HIV-Virus auch die Sowjetunion und andere Ostblockstaaten.  
Foto: Vladimir Velengurin/TASS

er halte AIDS für ein probates Mittel, um „menschlichen Abschaum“ zu beseitigen.<sup>25</sup>

Andere Leser\*innen forderten in ihren Briefen aber auch die entschiedene Bekämpfung von HIV/AIDS durch die Eröffnung eines AIDS-Fonds, Massenscreenings, öffentliche Aufklärungsarbeit und die Bereitstellung von Kondomautomaten. Eine 15-jährige Schülerin beschwerte sich, die Warnung vor HIV/AIDS diene vor allem einer restriktiven Sexualmoral, um voreheliche Sexualität zu verbieten. Vielleicht werde das Virus „nur dazu genutzt, uns Angst einzujagen. Dann ist es ein billiger Trick, auf den wir nicht hereinfallen werden.“<sup>26</sup> Der

geringe Wissensstand zum neuen Virus begünstigte den Umstand, dass derartige verschwörungsmythische Annahmen zu HIV/AIDS schnell Verbreitung fanden. Diese beschränkten sich jedoch nicht allein darauf, die Gefahr durch das Virus herunterzuspielen bzw. dessen Existenz anzuzweifeln. Verschwörungsmymen rankten sich auch um den Ursprung des Virus. Eine 1985 durch den sowjetischen Geheimdienst KGB lancierte und über sowjetische Medien verbreitete Desinformationskampagne sät erfolgreich das sich über Jahrzehnte hartnäckig haltende Gerücht, das Virus sei in US-Laboren künstlich als Biowaffe hergestellt worden.<sup>27</sup>

25 A. Novikov: *AIDS*, (aus: Komsomolskaja Prawda), 01.08.1987, in: CDSP 39 (1987), Nr. 33, S. 17 f., hier S. 17.

26 Leserbriefe zu der durch den Novikov-Artikel angestoßenen Debatte: *Once More On AIDS* (aus: Komsomolskaja Prawda), 28.10.1987, in: CDSP 39 (1987), Nr. 45, S. 27.

27 Douglas Selvage/Christopher Nehring: *Die AIDS-Verschwörung*. Das Ministerium für Staatssicherheit und die AIDS-Desinformationskampagne des KGB, Berlin 2014, S. 21–24.

### Mangelhafte Aufklärungsarbeit und kontroverse Moraldiskurse

Im Juli 1987 bezeichnete der in den Glasnost-Medien präsente sowjetische Sexualwissenschaftler Igor Kon die Mehrheit seiner Mitbürger\*innen als „sexuell[e] Analphabeten“.<sup>28</sup> Das Thema Sexualität sei in der sowjetischen Gesellschaft so stark tabuisiert, dass eine tief empfundene Scham es unmöglich mache, offen darüber zu sprechen. Tatsächlich wurden Kinder und Jugendliche weder zuhause noch in der Schule aufgeklärt. Zudem war eine entsprechende Aufklärungsliteratur in der Sowjetunion kaum erhältlich. Auch bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit zur HIV/AIDS-Prävention beschränkten sich die Gesundheitsbehörden bis 1990 lediglich auf die Verteilung von gerade einmal vier Infobroschüren mit einer Gesamtauflage von zwölf Millionen Exemplaren, die Herausgabe der Zeitschrift *Anti-SPID* (Anti-AIDS) mit einer Auflage von vier Millionen Exemplaren und die Ausstrahlung einer fünfzehnminütigen Fernsehsendung im April 1988. Dieses Engagement stand weit hinter den Aufklärungskampagnen zurück, die westliche Regierungen damals in Auftrag gegeben hatten.

In der Sowjetunion taten sich Gesundheitsbehörden und viele Medien zudem schwer damit, die Verwendung von Kondomen als sicheres Verhütungsmittel und Schutz gegen sexuell übertragbare Krankheiten zu empfehlen. Als die bekannte medizinische Fachzeitschrift „*Medizinskaja Gaseta*“ ihre Leserschaft aufforderte, ihre Meinung zum Thema Präservative zu äußern, fielen die Reaktionen abermals unterschiedlich aus. Manche forderten endlich einen offenen Umgang mit Sexualität; sie beklagten darum den Mangel an Kondomen und die daraus resultierenden Gesundheitsrisiken. Es gab aber auch Stimmen, die der Redaktion der Zeitschrift Schamlosigkeit vorwarfen und sie scharf dafür kritisierten, eine so delikate Angelegenheit überhaupt angesprochen zu haben.<sup>29</sup> Beim gesellschaftlichen Umgang mit HIV/AIDS prallten offensichtlich unterschiedliche Moralvorstellungen aufeinander. Das erschwerte ein entschiedenes staatliches Vorgehen gegen die neue Pandemie. Was blieb, war eine allseits große Verunsicherung.

28 Geiges/Suworowa (wie Anm. 21), S. 34.

29 G. Denisova: *About THAT* (aus: *Medizinskaja Gaseta*, 04.03.1988), in: CDSP 40 (1988), Nr. 25, S. 24f.; Leserbriefe zu der durch den Denisova-Artikel angestoßenen Debatte: *Discussing a Delicate Subject* (aus: *Medizinskaja Gaseta*, 10.06.1988), in: ebd., S. 25.

### Die Gesundheitskrise als Vertrauenskrise

In dieser angespannten Lage schockierte der Anfang 1989 aufgedeckte Skandal um die HIV-Infizierung von 27 Kleinkindern im südrussischen Elista die tief verunsicherte sowjetische Gesellschaft. Nachdem zuvor die Presse schon erschütternde Nachrichten von Salmonellenvergiftungen und Hepatitisausbrüchen in sowjetischen Kliniken verbreitet hatte,<sup>30</sup> offenbarte der skandalöse Vorfall im Krankenhaus von Elista die Nachlässigkeit und Unwissenheit des Personals, das offensichtlich das Ansteckungsrisiko fahrlässig unterschätzt hatte. Das systemische Versagen wurde daran deutlich, dass es in Elista wie auch andernorts kaum Einmalspritzen, Bluttransfusionschläuche und Geräte zur Sterilisierung von Instrumenten gab. Das machte es dem medizinischen Pflegepersonal häufig unmöglich, die notwendigen Hygienestandards einzuhalten. Im Mai 1989 sorgte ein vergleichbares Geschehen in einer Wolgograder Klinik dafür, dass sich Elista nicht als beschämender Einzelfall abtun ließ. Auch dort waren zehn Kinder mit HIV angesteckt worden, weil das Pflegepersonal mit einer mangelhaft sterilisierten Spritze mehreren Kindern eine Injektion gegeben und so das Virus fahrlässig übertragen hatte.<sup>31</sup>

Die Gefährdung unschuldiger Kinder schürte die Betroffenheit und Empörung in besonderem Maße. Nach den Skandalen von Elista und Wolgograd verschärfte die Presse und Öffentlichkeit ihre Kritik. „Verbrecherische Tatenlosigkeit bei der medizinischen Aufklärung“<sup>32</sup> habe zur schmachvollen Diskriminierung der HIV-Infizierten geführt. Wegen der „altvertrauten traditionellen Schlamperie“ werde in der Sowjetunion die HIV/Aids-Pandemie im Unterschied zu anderen Ländern ihren „eigenen Weg gehen“. Arztbesuche seien zum „Roulettespiel“<sup>33</sup> und Mehrfachspritzen zu „Mehrfachinfektionsspritzen“<sup>34</sup> geworden. In einem durch die Medien verbreiteten Spendenaufruf für eine zivilgesellschaftliche Anti-AIDS-Kam-

30 S. Tutorskaya: *With All Candor: Isn't Medical Record-Keeping Hypocritical?* (aus: *Iswestija*, 03.02.1989), in: CDSP 41 (1989), Nr. 5, S. 26; M. Kryukov: *Cholera Again* (aus: *Iswestija*, 15.08.1990), in: CDSP 42 (1990), Nr. 33, S. 34; Feshbach/Rubin (wie Anm. 18), S. 73.

31 V. Kornev: *Cause of Infection: Dirty Syringe* (aus: *Iswestija*, 05.05.1989), in: CDSP 41 (1989), Nr. 18, S. 30.

32 Oleg Moros: *Ihr seid doch Menschen! (Aids in der Sowjetunion)*, in: Simon/Simon (wie Anm. 10), S. 259–261, hier S. 259.

33 Ebd. S. 261.

34 Alla Allowa: *Die Anti-Aids-Kampagne. Ein Spendenaufruf*, in: Dirk Kretschmar/Anja Leetz (Hg.): *Ogonjok. Ein Querschnitt aus dem Perestroika-Magazin*, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 97–99, hier S. 97.

pagne, die viel Zuspruch und Unterstützung erhielt, hieß es: „Der Staat hat seine Bürger nicht vor AIDS geschützt. [...] Tausende, Zehntausende sind zur Infektion mit dem AIDS-Virus in Krankenhäusern, Polykliniken und auf Entbindungsstationen VERURTEILT.“<sup>35</sup>

Die Massenansteckungen in Elista und Wolgograd vermittelten die bittere Erkenntnis, dass sich sowjetische Kliniken von Orten, an denen erkrankte Menschen eigentlich Heilung und Pflege erfahren sollten, zu Infektionsherden entwickelt hatten. Dadurch verschob sich der Fokus in der Bedrohungskommunikation zu HIV/AIDS zunehmend von der Diffamierung einzelner Risikogruppen hin zur Fahrlässigkeit des medizinischen Personals und zum Totalversagen des sowjetischen Parteistaats. Während die medizinische *Glasnost* dem seit langem prekär gewordenen sowjetischen Gesundheitswesen eine sehr ernste und zutreffende Diagnose erstellte, schien Gorbatschows *Perestroika* mit ihren vielfältigen Reformbemühungen die Situation nicht zu verbessern, sondern nur noch weiter zu verschlimmern. Das jahrzehntelang mantraartig propagierte Versprechen, in der Sowjetunion gebe es dank des Sozialismus für alle umfassende soziale Sicherheit und eine verlässliche Daseinsvorsorge, entpuppte sich endgültig als eine große Lüge.

Den durch die HIV/Aids-Skandale offensichtlich gewordenen Gesundheitsnotstand erfuhr die sowjetische Bevölkerung als das schmerzhafteste Symptom des längst schwer krankenden Sozialismus. Immer mehr Sowjetbürger\*innen fühlten sich Schicksalsschlägen und Bedrohungen schutzlos ausgeliefert. Sie sahen Leib und Leben unmittelbar bedroht, weil der Umbau des sowjetischen Gesundheitswesens nicht schnell genug Erfolge zeigte. Als kaum mehr kontrollierbare Nebenwirkung von *Glasnost* erwies sich, dass vielen angesichts fortgesetzter Unheilszenarien ihr Vertrauen in die Gestaltungskraft der *Perestroika* verloren ging. Die ambitionierte Reformpolitik war offensichtlich damit überfordert, in der kritischen Umbruchphase soziale Sicherheit als die Grundvoraussetzung erfolgreicher gesellschaftlicher Entwicklung zu gewährleisten. Darunter litt die Autorität Gorbatschows. Sein Image wandelte sich seit 1989 zunehmend vom mutigen Erneuerer in das eines gescheiterten Reformers, der zwar viel versprach, aber kaum etwas von seinen hehren Visionen politisch wirklich umzusetzen vermochte.

.....  
35 Ebd. S. 98, Großschreibung im Original.

## Das unbewältigte sowjetische Erbe

Nach dem Zerfall des Sowjetimperiums übernahmen die Gesundheitspolitiker\*innen in den Nachfolgestaaten ein schweres Erbe. Die zahlreichen Transformationsprobleme und die ungewissen Zukunftsaussichten verschärften den Gesundheitsnotstand zunächst noch weiter. In Russland erreichte beispielsweise die Säuglingssterblichkeit neue Rekordwerte; und die Lebenserwartung, insbesondere die der Männer, sank dramatisch. 1992 starb mehr als ein Viertel der russischen Männer einen vorzeitigen Tod. Der große psychische Stress, die anhaltend hohen Zahlen von nicht oder unzureichend behandelten Herz-Kreislaufkrankheiten und erneut ausbrechende Infektionskrankheiten trafen im postsowjetischen Raum auf Menschen, die um ihre Lebensgrundlagen fürchteten und in vielerlei Hinsicht besonders verwundbar waren. Erst Mitte der 1990er Jahre begann sich die Situation wieder zu stabilisieren. Die Modernisierung des Gesundheitswesens schritt endlich voran; die medizinische Versorgung verbesserte sich. Auch die Menschen lernten, sich mit neuen Bewältigungsstrategien der grundlegend veränderten sozialen Ordnung besser anzupassen.<sup>36</sup>

Viele Probleme blieben aber weiter ungelöst. Bei HIV/AIDS bewahrheiteten sich die düsteren Prognosen aus den letzten Jahren der Perestroika. Die rasante Ausbreitung des intravenösen Drogenkonsums ließ die Ansteckungszahlen während der 1990er Jahren hochschnellen. Der postsowjetische Raum gehörte bald zu den Regionen mit den höchsten Zuwachsraten an HIV-Infektionen.<sup>37</sup> Im Juni 2018 lebten allein in Russland 1,3 Millionen Infizierte. Der Grund für die besorgniserregende Ausbreitung des lebensbedrohlichen Virus lag im weiterhin verfehlten politischen und gesellschaftlichen Umgang mit der Immunschwächekrankheit. Die fortgesetzte Stigmatisierung und sogar Kriminalisierung von Risikogruppen verhinderten in Kombination mit der Propagierung einer restriktiven Sexualmoral eine umfassende Aufklärungsarbeit und die Umsetzung effektiver Präventionsstrategien.<sup>38</sup> Die anhaltende HIV/AIDS-Problematik stellt ein tragisches

.....  
36 Mark G. Field: *The Health and Demographic Crisis in Post-Soviet Russia. A Two-Phase Development*, in: ders./Judyth Twigg (Hg.): *Russia's Torn Safety Nets. Health and Social Welfare During Transition*, Basingstoke/London 2000, S. 11–42, hier S. 24–26 u. 35.

37 Laetitia Atlani/Michel Caraël/Jean-Baptiste Brunet/Timothy Frasca/Nikolai Chaika: *Social Change and HIV in the Former USSR. The Making of a New Epidemic*, in: *Social Science and Medicine* (2000), Nr. 50, S. 1547–1556, hier S. 1549–1552.

38 Judyth Twigg: *Russlands vermeidbare HIV/AIDS-Epidemie*, in: *Russland-Analysen* (2019), Nr. 373, S. 3–7.



Ein Plakat in russischer Sprache beschreibt in einem von dem Kinderhilfswerk unterstützten Aidscenter in der ukrainischen Hafenstadt Odessa verschiedene in der Bevölkerung verbreitete Vorstellungen, wie HIV nicht übertragen werden kann. Neben bzw. unter den Plakaten steht: „Die Kenntnis der Wahrheit hilft, AIDS zu stoppen.“ „Die Wahrheit über AIDS. Gib sie an andere weiter.“

Foto: picture-alliance/dpa/dpaweb/Fotograf: Wolfgang Langenstrassen

Verbindungsglied zwischen der turbulenten Zerfallsphase der Sowjetunion und dem aktuellen Geschehen im post-sowjetischen Raum dar.

### Die aktuelle Covid-19-Krise

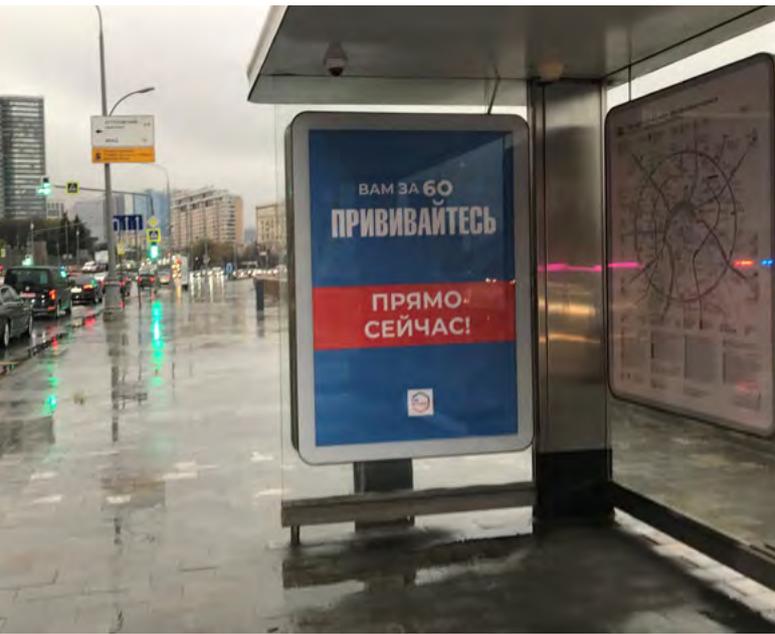
Die gegenwärtige Covid-19-Pandemie führte vielerorts zu politischen Verwerfungen. Inwiefern sie aber, ähnlich wie die Gesundheitskrise der 1980er Jahre, die politischen Verhältnisse im postsowjetischen Raum nachhaltig zu erschüttern vermag, bleibt aktuell fraglich. In den ersten Monaten der Pandemie schien das gesundheitspolitische Missmanagement die Position des russischen Präsidenten Wladimir Putin geschwächt zu haben. Viele Russ\*innen zeigten sich empört, als Putin Ende Juni 2020 die pandemiebedingt

abgesagten pompösen Feierlichkeiten zum 75. Jubiläum des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg und wenig später das Referendum zur Verfassungsänderung nachholen ließ, um sich eine „ewige Präsidentschaft“ zu sichern. Angesichts hoher Infektionszahlen warfen viele dem Kreml vor, weniger an die Gesundheit der Menschen, sondern vor allem an den eigenen politischen Vorteil zu denken. Die Unzufriedenheit zeigte sich unter anderem in Putins zeitweise deutlich gesunkenen Zustimmungswerten und in empfindlichen Niederlagen für die Kreml-Partei „Geeintes Russland“ bei den Regionalwahlen im September 2020.

Ein Jahr später scheint das Putin-Regime seine Position wieder gefestigt zu haben. Den aus den Statistiken zur Übersterblichkeit hervorgehenden hohen Todeszahlen,<sup>39</sup> den seit Juni 2021 erneut rasant steigenden Infektionsraten und den überfüllten Krankenhäusern begegnet die russische Bevölkerung zunehmend mit Desinteresse. Die zwischen harten Maßnahmen und Laissez-faire schwankende Seuchenbekämpfung sowie die auf Widersprüchen und Verschwörungsmythen aufbauende offizielle Krisenkommunikation haben das Misstrauen in staatliche und wissenschaftliche Stellen vertieft. Mit der Zulassung des weltweit ersten Impfstoffs gegen Covid-19, der mit Bezug auf längst vergangene, aber gern erinnerte kosmische Großtaten den symbolträchtigen Namen „Sputnik V“ erhielt, gelang dem Kreml im August 2020 zwar ein außenpolitischer Coup. Sich den Impfstoff spritzen lassen, wollen aber momentan die wenigsten Russ\*innen. Daher zählen die Impfquoten in Russland weltweit zu den niedrigsten. In Moskauer Regierungskreisen sind zuletzt immer mehr Stimmen zu vernehmen, die auf die Einführung einer Impfpflicht für bestimmte Bevölkerungsgruppen drängen.

Das wechselhafte und unentschlossene Krisenmanagement hat mittlerweile dazu geführt, dass ein Großteil der Bevölkerung der Pandemiebekämpfung gänzlich überdrüssig geworden ist. Die Furcht vor einer Ansteckung und der Unmut der ersten Jahreshälfte 2020 sind längst einem leichtsinnigen Umgang mit dem Virus und einer schon aus Sowjetzeiten bekannten politischen Apathie gewichen. Dies wiederum spielt dem Putin-Regime in die Hände, das in den letzten Monaten viel Energie darauf verwendete, oppositionelle Gruppierungen in Schach zu

.....  
 39 Eine international vergleichende Analyse der Übersterblichkeit kam kürzlich zum Ergebnis, dass im Jahr 2020 vermutlich 360.000 Menschen in Russland an Covid-19 verstorben sind. Die Mortalität liegt damit um das 6,5-fache höher als die offiziell angegebenen Zahlen. Vgl. Dmitry Kobak: *Excess Mortality reveals Covid's true Toll in Russia*, in: Significance, 03. February 2021, S. 16–19, <https://www.svoboda.org/a/31097374.html> [Stand: 04.07.2021].



Ein Impfaufruf an einer Bushaltestelle in Moskau, auf dem Plakat steht: „Wenn Sie über 60 sind, lassen Sie sich impfen. Gleich jetzt!“, aufgenommen im April 2021.

Foto: picture alliance/dpa/Fotograf: Ulf Mauder

halten. Das harte Vorgehen gegen den Kremlkritiker Alexej Nawalny und seine Mitstreiter\*innen ist ein eindrücklicher Beleg dafür.<sup>40</sup>

Auch in Belarus verschärfte das Auftreten des Coronavirus im Frühjahr 2020 die schon angespannte Stimmung. Machthaber Alexander Lukaschenko und seine Gesundheitspolitiker\*innen hatten sich in den ersten Wochen der Pandemie beharrlich gegen die Einführung von Eindämmungsmaßnahmen ausgesprochen. Stattdessen hatten sie der eigenen Bevölkerung geraten, sich mit Wodka, ausgedehnten Sauna- und Spaziergängen sowie „Frühlingsgefühlen und positiven Emotionen“ gegen das Virus zu wappnen.<sup>41</sup> Lukaschenkos Weigerung, Covid-

19 als Bedrohung ernst zu nehmen, führte zu einer spürbaren Mobilisierung der Gesellschaft. Große Teile der belarussischen Bevölkerung vernetzten sich über soziale Messengerdienste, begaben sich freiwillig in Isolation und organisierten in Unternehmen die Herstellung von Schutzausrüstung kurzerhand selbst.

Als das Virus schließlich massiv auf Belarus übergriff, wurden steigende Zahlen von Infizierten sowie Toten neben der sinkenden Wirtschaftsleistung und dem selbstherrlichen Herrschaftsstil Lukaschenkos zum wichtigen Grund für die langanhaltenden Massenproteste, die nach der gefälschten Präsidentschaftswahl vom 9. August 2020 ausbrachen. Infolge des gesundheitspolitischen Missmanagements ist das Vertrauen der Bevölkerung in die staatliche Handlungsfähigkeit merklich geschwunden. Die fortgesetzte Intransparenz und die fehlende Aufklärungsarbeit lassen viele Belaruss\*innen an der Wirksamkeit der verfügbaren Impfstoffe zweifeln. Auch die Nebenwirkungen werden oft haltlos dramatisiert. Die Impfbereitschaft der belarussischen Bevölkerung ist deswegen äußerst gering. Zwar scheint das Lukaschenko-Regime aktuell nicht an Popularität und Legitimität zu gewinnen. Gewalt und Repressionen gegen Protestteilnehmer\*innen sowie zahlreiche Verhaftungen prominenter Oppositioneller, wie die skandalöse Festnahme des regimekritischen Bloggers Roman Prostassewitsch nach der Zwangslandung eines Ryanair-Flugzeugs in Minsk im Mai 2021, verfehlten jedoch nicht ihre einschüchternde Wirkung. Die belarussische Protestbewegung verlor zuletzt an Dynamik.<sup>42</sup>

Sowohl in Russland als auch in Belarus sind gegenwärtig die langfristigen Folgen der anhaltenden Covid-19-Krise ungewiss. Auch wenn die neuerliche Gesundheitskrise anders als während der Perestroika-Jahre in absehbarer Zeit vermutlich keinen politischen Umbruch mit herbeiführen wird, lassen sich Ähnlichkeiten zu den 1980er Jahren wie beispielsweise die durch gesundheitspolitisches Versagen heraufbeschworene Vertrauenskrise nicht von der Hand weisen. Die Pandemie offenbarte erneut die eklatanten Defizite der jeweiligen Gesundheitssysteme, die sich als unbewältigtes Erbe der sowjetischen Vergangenheit auf die postsowjetische Gegenwart und Zukunft auswirken. ▀

40 Marija Lipman: Coronavirus statt Kaiserkrönung. Putins Verfassung und die Pandemie, in: Osteuropa 70 (2020), Nr. 3–4, S. 89–97; Jens Siegert: Putin gewinnt (mal wieder), 07.05.2021, <https://russland.boellblog.org/2021/05/07/putin-gewinnt-mal-wieder/> [Stand: 29.06.2021]; Friedrich Schmidt: Ein Sommermärchen trotz Corona, in: FAZ, 27.06.2021, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/warum-russland-ab-dienstag-virusvariantengebiet-ist-17410436.html?premium> [Stand: 29.06.2021]; Nikolai Klemeniouk: So sieht eine Corona-Diktatur aus, in: FAS, 27.06.2021, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/russland-in-der-pandemie-so-sieht-eine-corona-diktatur-aus-17406566.html?premium> [Stand: 29.06.2021].

41 Denis Lawnikewitsch: Hier gibt es keine Viren, 07.04.2020, <https://www.dekoder.org/de/article/belarus-corona-lukaschenko> [Stand: 24.09.2020].

42 Ebd.; Felix Ackermann: Alexander Lukaschenko, 24.08.2020, <https://www.dekoder.org/de/gnose/alexander-lukaschenko> [Stand: 24.09.2020]; Filip Bikanow: Eine kurze Geschichte des Kampfes gegen Covid-19 in Belarus, in: Belarus-Analysen (2021), Nr. 55, S. 2–6; Friedrich Schmidt: Ein Diktator, der nicht einmal vor Kindern halt macht, in: FAS, 03.06.2021, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/lukaschenko-laest-in-belarus-selbst-kinder-einsperren-17362977.html?premium> [Stand: 29.06.2021].

# DIE NATO – EIN ÜBERBLICK

von Rupert Gröbl



Abbildung; ullstein bild/imageBROKER/J.W.Aiker

## Die Gründung der NATO

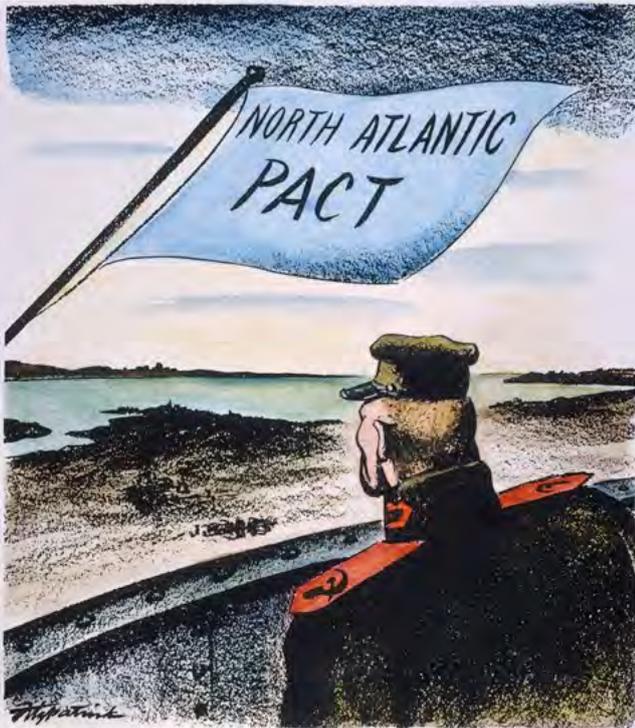
Bereits 1947 schlossen Frankreich und Großbritannien den Vertrag von Dünkirchen, ein noch gegen Deutschland gerichtetes Beistandsabkommen. Bereits ein Jahr später wurde der Pakt in zweierlei Hinsicht weiterentwickelt. Zum einen kamen mit den Benelux-Staaten drei neue Mitglieder hinzu. Zum anderen war in der Präambel zwar noch von einer möglichen deutschen Aggression die Rede<sup>1</sup>; der eigentliche Zweck des Bündnisses hatte sich aber geändert: Es sollte Schutz vor einer Bedrohung durch die Sowjetunion bieten.

Die westeuropäischen Staaten erkannten nun, dass eine militärische Gefahr nicht mehr von Deutschland, sondern von der Sowjetunion ausging, und so begannen sie, Pläne für ein westliches Militärbündnis unter Einschluss der USA zu schmieden. Auf das an die Vormacht des Westens gerichtete Ansuchen, sich an einem solchen Bündnis zu beteiligen, reagierte die aber zunächst zurückhaltend. Ein vom damaligen Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone, General Lucius D. Clay, im März 1948 an die US-Regierung gerichtetes Alarmtelegramm,<sup>2</sup> in dem er einen sowjetischen Angriff nicht ausschloss,

1 <https://de.alphahistory.com/kalter-Krieg/Vertrag-von-Dunkirk-1947> [Stand: 16.07.2021].

2 Siehe dazu: Wilfried Loth: Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges, München 2000.

bewirkte ein Umdenken in Washington.<sup>3</sup> Die Blockade West-Berlins durch die Sowjetunion von Juni 1948 bis Mai 1949 ließ die US-Regierung tatsächlich kurzzeitig die Suspendierung einer westdeutschen Staatsgründung



Amerikanischer Cartoon von D.R. Fitzpatrick aus dem Jahr 1949 anlässlich der Gründung der NATO  
Abbildung: ullstein bild/Granger, NYC

erwägen; doch befürchtete sie einen Vertrauensverlust in Europa sowie eine langsame „Finnlandisierung“ Deutschlands. Und so kamen nun unter dem Eindruck der Berlin-Blockade die Verhandlungen über einen europäisch-amerikanischen Militärpakt rasch voran.

Am 4. April 1949 schlossen sich zwölf Staaten, neben den Brüsseler-Pakt-Staaten auch die USA und Kanada sowie Italien, Norwegen, Dänemark, Island und Portugal, zur *North Atlantic Treaty Organisation* (NATO), dem Nordatlantiktakt, zusammen. Einer der Kernpunkte des Vertrages war die Feststellung, dass die Mitglieder sich

3 Man nimmt jedoch an, dass Clay nicht wirklich Sorge vor einem sowjetischen Angriff hatte. Vielmehr wollte er mit diesem Telegramm Einfluss auf die Haushaltsverhandlungen im US-Kongress nehmen, wo eine deutliche Reduzierung der Rüstungsausgaben diskutiert wurde.

verpflichteten, „jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege [...] zu regeln [...] und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar sind“ (Art. 1).<sup>4</sup> Die NATO definierte und definiert sich also als reines Verteidigungsbündnis. Sehr deutlich wird dies auch in Art. 5 des Vertrages. Hier wird festgehalten, dass ein Angriff auf eines der Mitgliedsländer als Angriff auf alle gesehen werde und dass diese sich in einem solchen Fall zur gegenseitigen Hilfestellung verpflichteten. Nicht festgeschrieben wird allerdings eine automatische militärische Beistandspflicht.

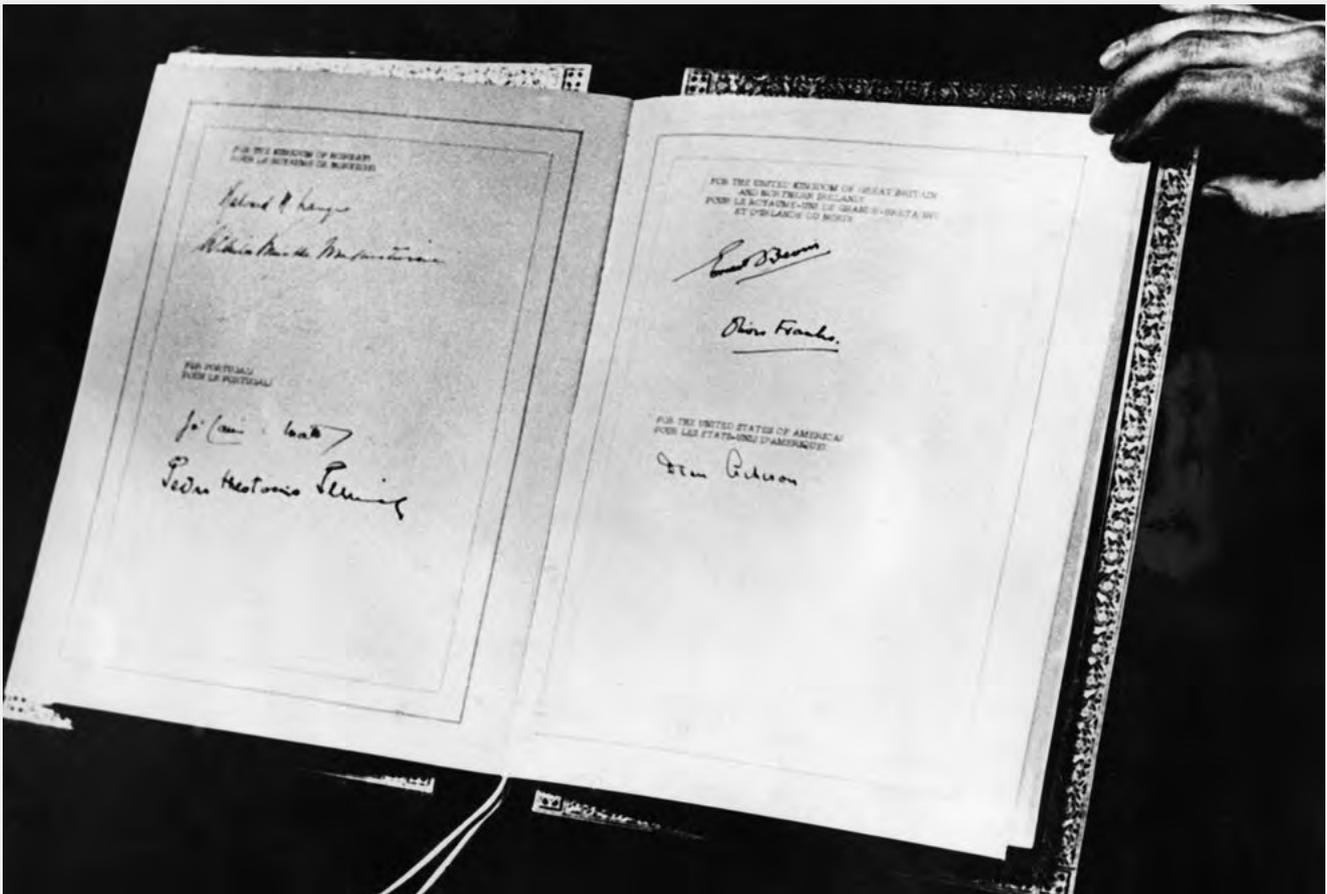
Ein weiteres Kernelement des Vertrages ist die Definition seines geographischen Anwendungsbereiches: Europa, Nordamerika, das Gebiet der Türkei und das atlantische Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses (Art. 6). Von dieser Definition des Anwendungsgebietes leitet sich auch der Name des Bündnisses (Nordatlantiktakt) ab.

### Mitgliederentwicklung und Beitritt der Bundesrepublik Deutschland

Zu den zwölf Gründungsmitgliedern kamen 1952 Griechenland und die Türkei hinzu. Im Laufe der Nachkriegsjahre wurde sowohl in der NATO wie auch im jungen westdeutschen Staat zunehmend intensiver die Frage nach einem Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik diskutiert. Dass eine Wiederbewaffnung Westdeutschlands aufgrund der jüngsten deutschen Geschichte skeptisch gesehen wurde und auch skeptisch gesehen werden musste, liegt auf der Hand, hatten die Alliierten des Zweiten Weltkrieges doch in Potsdam 1945<sup>5</sup> eine Demilitarisierung Deutschlands beschlossen. Die Ausdehnung des sowjetischen Einflussgebietes auf Osteuropa inklusive des der kommunistischen Ideologie immanenten Gedankens der steten Ausbreitung, der Sieg des Kommunismus in China 1949, der beginnende Kalte Krieg zwischen West und Ost und vor allem der Beginn des

4 Vgl. Text des NATO-Vertrages: [https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_17120.htm?selectedLocale=de](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_17120.htm?selectedLocale=de) [Stand. 16.07.2021].

5 Auf der Konferenz von Potsdam vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 haben sich die USA, Großbritannien und die Sowjetunion in Bezug auf Deutschland auf die sog. fünf Ds geeinigt: Demokratisierung, Demilitarisierung, Dezentralisierung, Denazifizierung und Demontagen/Reparationen. Da die entsprechenden Bestimmungen aber sehr vage blieben, u. a., was die (unterschiedlichen) Vorstellungen von „Demokratie“ anbelangt, muss die Konferenz aber kritisch gesehen werden.



Der unterzeichnete NATO-Vertrag, April 1949  
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo

Koreakrieges 1950 ließen aber auch eine andere Haltung als legitim erscheinen. Warum sollte sich genau der Staat, nämlich die Bundesrepublik, der sich exakt auf der westlichen Seite des Eisernen Vorhangs befand, nicht an der Verteidigung des Westens und auch an seiner eigenen Verteidigung beteiligen? Auf einer Außenministerkonferenz der drei westlichen Siegermächte im 1950 forderte US-Außenminister Acheson die Aufstellung westdeutscher Truppen in der Stärke von etwa zehn Divisionen. Es galt also, Konzepte zu entwickeln, die sowohl die Bedenken und Ängste berücksichtigten, die mit einer westdeutschen Remilitarisierung einhergingen, vor allem die französischen, wie auch Überlegungen zur Abwehr einer Gefahr durch die UdSSR. So entstand in Frankreich 1950 der Pleven-Plan. Dieser nach dem französischen Ministerpräsidenten René Pleven benannte Plan sah die Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vor, in die auch die Bundesrepublik eintreten sollte – zwar mit deutschen Soldatenkontingenten,

jedoch ohne deutsche Beteiligung an der Kommandostruktur. So sollte eine eigenständige westdeutsche Armee verhindert, gleichzeitig aber eine Beteiligung der Bundesrepublik an der Verteidigung des Westens unter Berücksichtigung der französischen Sicherheitsinteressen gegenüber Deutschland gesichert werden.

Die Sowjetunion versuchte nun, die auch von Bundeskanzler Adenauer vorangetriebene Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern. In zwei Noten im März und April 1952 schlug Stalin eine Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage von freien Wahlen, eine eigenständige deutsche Armee und Blockfreiheit für ganz Deutschland vor, wohl wissend, dass dies vor allem von Frankreich nie akzeptiert werden würde. Adenauer erkannte dies und lehnte ab, ebenso die Westmächte; eine Wiedervereinigung Deutschlands sollte ausschließlich auf der Basis einer Westintegration erfolgen. Stalin erreichte aber sein eigentliches Ziel: Unruhe in das westliche Lager und auch in die bundesrepublikanische Gesellschaft hineinzutragen. Nicht nur



Die Bundesrepublik Deutschland wird als gleichberechtigtes 15. Mitglied mit einer feierlichen Zeremonie im Pariser Palais de Chaillot in die NATO aufgenommen. Bundeskanzler Konrad Adenauer hat hier als Leiter der deutschen Delegation während der Aufnahmezeremonie neben Pinay mit der französischen Delegation Platz genommen.  
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/UPI

wurde von der SPD ein Eingehen auf Stalins Vorschlag verlangt, es entstand zudem eine „Ohne-mich-Bewegung“, die eine westdeutsche Wiederbewaffnung grundsätzlich ablehnte. Diese wurde nicht nur von der SPD, sondern auch von Gewerkschaften und Kirchen unterstützt.

Im Mai 1952 wurde der EVG-Vertrag zwar von allen Beteiligten (Frankreich, Italien, den Beneluxländern und Deutschland) unterzeichnet; dennoch scheiterte der Plan am Ende. Die dem Vertrag skeptisch gegenüberstehenden Gaullisten<sup>6</sup> hatten in der Zwischenzeit die Macht in Frankreich übernommen; die Weigerung Großbritanniens, sich der EVG anzuschließen und so Souveränitätsrechte abzugeben, tat ein Übriges. So lehnte letztendlich die französische Nationalversammlung eine Ratifizierung des Vertrages im August 1954 ab.

6 Konservative politische Strömung in Frankreich, benannt nach Charles de Gaulle.

Um aber dennoch einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik zu erreichen, wurde 1954 der Brüsseler Pakt unter Einbeziehung Italiens und der Bundesrepublik 1954 zur Westeuropäischen Union (WEU) weiterentwickelt.<sup>7</sup>

Auf der Grundlage der Pariser Verträge von 1954, mit denen unter anderem das Besatzungsregime in Westdeutschland beendet wurde, und des Deutschlandvertrages aus dem Jahr 1955, mit dem die weitgehende Souveränität der Bundesrepublik hergestellt wurde, trat die Bundesrepublik 1955 auch der NATO bei. Die Bundeswehr wurde mit dem Ziel gegründet, zwölf Divisionen mit insgesamt 500.000 Soldaten aufzustellen.

1982 wurde Spanien in die NATO aufgenommen, und nach der Zeitenwende 1989/90 und dem damit verbundenen Ende des Kalten Krieges folgten 1999 Polen,

7 Die WEU erlangte neben der NATO jedoch nie wirkliche Bedeutung und wurde 2010/11 aufgelöst.

die Tschechische Republik und Ungern, 2004 Bulgarien, die baltischen Staaten, Rumänien, Bulgarien, die Slowakei und Slowenien. 2009 kamen Albanien und Kroatien hinzu, 2017 Montenegro und 2020 Nordmazedonien.

### Strategische Konzepte

Von Anfang an beruhte das strategische Konzept der NATO auf dem Prinzip der Abschreckung, das in engem Zusammenhang mit ihrem Selbstverständnis als reinem Verteidigungsbündnis gesehen werden muss. Die NATO verpflichtet sich zu einer friedlichen Lösung von internationalen Konflikten, macht aber zugleich deutlich, dass ein potentieller Angreifer auch mit militärischen Konsequenzen rechnen muss. Dies soll einen Angriff auf eines oder mehrere NATO-Mitglieder von vornherein verhindern.

Worauf genau sollte in den vergangenen Jahrzehnten seit 1949 dieses Prinzip der Abschreckung fußen? Eine erste Taktik war die sogenannte „Vorwärtsverteidigung“, die aber, weil der Begriff Aggressionspotential beinhaltete, bald in „Vorneverteidigung“ umbenannt wurde. Man ging zunächst von einem konventionellen Angriff von Truppen des 1955 gegründeten Warschauer Paktes aus. Ein solcher Angriff sollte bereits an den Außengrenzen der NATO gestoppt und auf dem Boden des Gegners zurückgeschlagen werden, damit die Kampfhandlungen auf dessen Gebiet stattfanden. Da die europäischen Bündnispartner jedoch nicht über genügend Bodentruppen, Panzer etc. verfügten, um eine solche Vorgehensweise auch sicherzustellen, wurde diese Taktik 1957 um die Strategie der „*massive retaliation*“, einer „massiven Vergeltung“, erweitert. Jeder Angriff auf die NATO sollte mit einem massiven Nuklearschlag vergolten werden. „*Massive retaliation*“ setzt aber ein westliches Atomwaffenmonopol voraus. Mit der Entwicklung von Atomwaffen und entsprechenden Trägersystemen durch die Sowjetunion bis Anfang der 1960er Jahre wurden diese Strategie und die damit verbundene Doktrin der Abschreckung allerdings unglaubwürdig.

Dass die nächste Strategiephase offiziell erst 1968 begann, zeugt auch von einer gewissen Reformträgheit der NATO. 1968 wurde „*flexible response*“, die „flexible Antwort“, zur offiziellen NATO-Strategie. Ein potentieller Angreifer sollte abgeschreckt werden, indem man ihn im Unklaren über die Reaktion ließ. Die NATO erlangte so größeren Handlungsspielraum, war sie doch nun nicht mehr auf einen nuklearen Gegenschlag festgelegt.

Die vielzitierte Zeitenwende 1989/90/91 – die deutsche Wiedervereinigung, das Ende der Sowjetunion, der

Zusammenbruch des Ostblocks, die Auflösung des Warschauer Paktes – musste auch Konsequenzen für die Strategie des Nordatlantikpaktes haben. Das im November 1991 verabschiedete strategische Konzept<sup>8</sup> ging noch von der Existenz der UdSSR aus, die jedoch wenige Wochen später zu existieren aufhörte. Die NATO erklärte ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den ehemaligen Ostblockstaaten und vor allem mit Russland. Zudem wurde die Bedeutung der Fortführung von Abrüstungsbestrebungen sowie des KSZE-Prozesses<sup>9</sup> hervorgehoben. Die Bedrohung durch einen Gegner, nämlich Russland bzw. den Warschauer Pakt, sei nicht mehr gegeben und die Bündnisstrategie daher nicht mehr auf sie fixiert; eine Abkehr von der Vorneverteidigung wurde festgelegt, der Grundsatz der flexiblen Antwort war weniger auf Nuklearwaffen gestützt, die Truppenstärke sollte insgesamt reduziert werden, es blieben aber weiterhin amerikanische Truppen in Europa präsent. Die Gefahren für die Sicherheit der Mitgliedsstaaten seien nun vielgestaltig und daher schwerer vorherzusehen. Zwar wurde die Gültigkeit des Vertrags von Washington aus dem Jahr 1949 – und hier besonders die Artikel 5 und 6 – betont; doch mit der Formulierung, die Sicherheit des Bündnisses müsse auch den globalen Kontext berücksichtigen, wurde schon hier klar, dass die NATO bereit war, auch „*out of area*“, also jenseits des in Art. 6 definierten Anwendungsbereiches, zu agieren.

Bereits im Sommer 1997 gaben die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer ein neues Konzept in Auftrag, das 1999 beschlossen wurde und auch unter dem Eindruck des Jugoslawienkrieges stand.<sup>10</sup>

Als neue Gefahren wurden die Verbreitung von Know-how zur Herstellung von Waffen sowohl durch staatliche wie auch durch nicht-staatliche Akteure und ebenso Angriffe auf „Informationssysteme“ des Bündnisses gesehen. Besonderes Augenmerk wurde auf die Partnerschaft mit Russland gelegt. Darüber hinaus wurden Terrorismus und organisiertes Verbrechen als Bedrohung definiert. Erneut wurde betont, dass die NATO bereit sei, „*out of area*“ zu agieren. Hier gab es allerdings Meinungsverschie-

8 [https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_23847.htm?selectedLocale=en](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23847.htm?selectedLocale=en) [Stand: 16.07.2021].

9 Die erste Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa fand von 1973 bis 1975 in Helsinki statt und diente der Annäherung der beiden Blöcke Ost und West. Ab 1977 fanden regelmäßig Folgekonferenzen statt, zuletzt in Budapest 1994, wo auch beschlossen wurde, die Konferenzstruktur in eine feste Organisationsstruktur zu überführen. Seitdem spricht man von der OSZE – Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

10 <https://www.nato.int/docu/pr/1999/p99-065d.htm> [Stand: 16.07.2021].



Ein deutscher KFOR-Soldat trägt am 10. Dezember 2013 in Novo Selo während einer Weihnachtsfeier das KFOR-Abzeichen. Die KFOR (englisch *Kosovo Force*), ist die 1999 nach Beendigung des Kosovokrieges aufgestellte multinationale militärische Formation unter der Leitung der NATO. Derzeit leisten etwa 3.400 Soldatinnen und Soldaten, davon rund 80 aus Deutschland, im Kosovo ihren Dienst.

Foto: picture alliance/dpa/Fotograf: Maurizio Gambarini

denheiten innerhalb des Bündnisses. Während vor allem Frankreich auf einer Mandatierung von *Out-of-area*-Einsätzen durch die Vereinten Nationen oder die OSZE pochte, bestanden die USA und eine Mehrheit der Mitglieder darauf, dass die Allianz gegebenenfalls auch ohne ein solches Mandat, also „*out of United Nations*“, handeln könne. Die Luftoperation „*Allied Force*“ gegen Jugoslawien stellte in der Tat eine Zäsur dar. Erstmals wendete die NATO militärische Gewalt gegen einen souveränen Staat an, ohne dass es sich um einen Akt der Selbstverteidigung handelte, und zwar außerhalb des in Art. 6 definierten Einsatzgebietes und ohne dass ein UN-Mandat vorgelegen hätte. Es soll und darf nicht unerwähnt bleiben, dass „*Allied Force*“ den Kosovo-Konflikt beendete. Klar ist auch, dass die NATO mit diesem Einsatz einen Präzedenzfall geschaffen hat.

Nach den Terroranschlägen auf die USA am 11. September 2001 rief die NATO erstmals in ihrer Geschichte

den Bündnisfall gemäß Art. 5 des Washingtoner Vertrages aus: Der Angriff auf die USA wurde als Angriff gegen alle NATO-Mitgliedsländer gewertet, die nun zur Hilfestellung verpflichtet waren. Zudem bezeichnete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Anschläge als „Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ und betonte das Recht der USA zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung im Sinne des Artikels 51 der UN-Charta. Da die islamistische Taliban-Regierung Afghanistans die für die Anschläge verantwortliche Terrorgruppe Al Qaida unterstützte, beschloss der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Aufstellung der „*International Security Assistance Force*“ (ISAF) zum Aufbau dauerhafter Regierungsinstitutionen in Afghanistan. 2003 wurde der Einsatz unter NATO-Oberkommando gestellt. ISAF endete 2014, die Nachfolgemission „*Resolute Support*“ begann 2015. 2021 entschieden sich die USA, ihre Truppen aus Afghanistan abzuziehen, die NATO-Partner



Gedenkbrunnen an die Opfer des bei den Terroranschlägen am 11. September 2001 zerstörten *World Trade Centers* in New York City. Das Gelände wird auch *Ground Zero* genannt, aufgenommen 2018.

Foto: *Süddeutsche Zeitung* Photo/Fotografin: Regina Schmeken

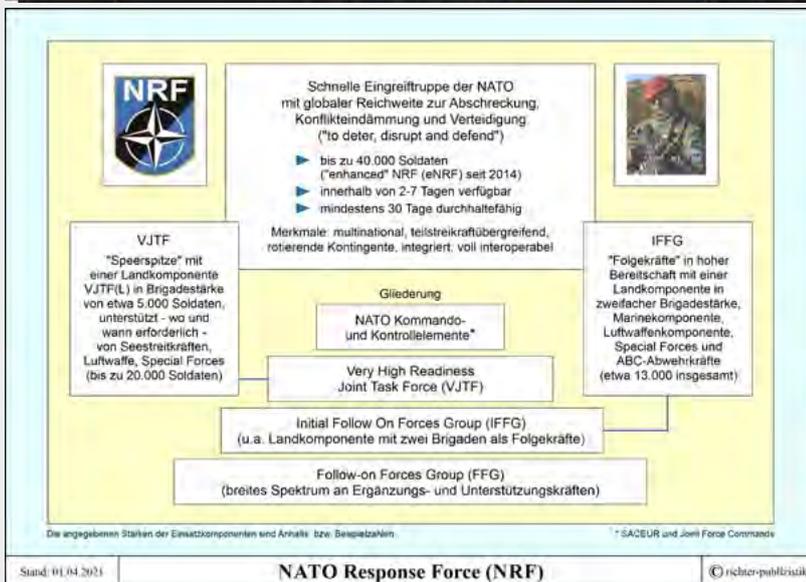
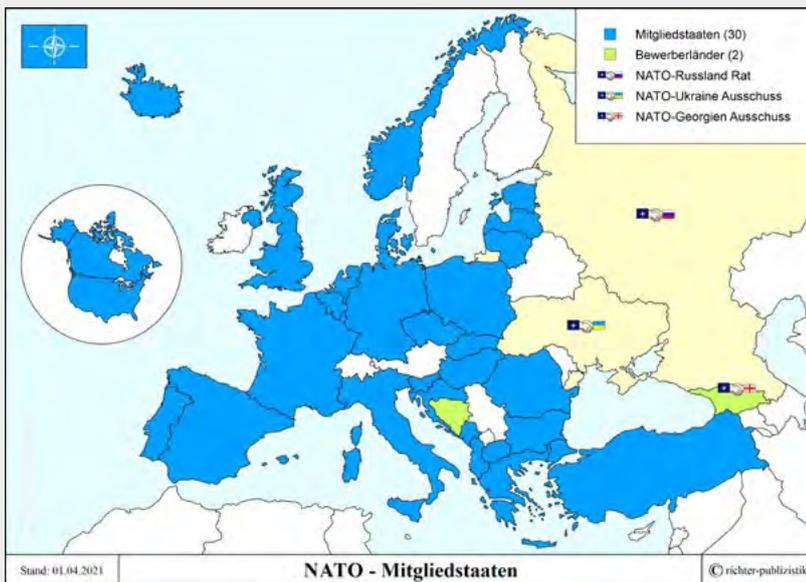
schlossen sich dieser Entscheidung an, und so endet der Einsatz der NATO in Afghanistan noch in diesem Jahr.

2010 gab sich die NATO erneut ein neues strategisches Konzept mit dem Titel „Aktives Engagement, moderne Verteidigung“.<sup>11</sup> Weiterhin soll die Fähigkeit des Bündnisses zur Abschreckung sowohl auf konventionellen wie auch auf nuklearen Kapazitäten beruhen. Um dies zu gewährleisten, werden der Aufbau eines Raketenabwehrsystems und die Fähigkeit zur Abwehr von chemischen, biologischen, radiologischen, nuklearen und von Cyberangriffen sowie die Fähigkeit zur Abwehr von Terrorangriffen und der Schutz von Energieinfrastruktur angekündigt. Eine wichtige Rolle in diesem Konzept spielt auch das Thema Krisenmanagement. So soll sich das Bündnis

„wenn möglich und erforderlich engagieren, um Krisen zu verhüten und zu managen und um Postkonfliktsituationen zu stabilisieren und Wiederaufbau zu unterstützen“. Betont werden auch eine enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und den Vereinten Nationen sowie die Bereitschaft zur Partnerschaft mit Ländern der ganzen Welt. Insbesondere Russland wird eine solche Partnerschaft angeboten.

In eine ernste Krise geriet die NATO während der Amtszeit des US-Präsidenten Trump, der mit seiner „*America first*“-Politik nicht nur die Bündnispartner verunsicherte. So kritisierte er wiederholt, dass einige NATO-Mitglieder nicht, wie vereinbart, zwei Prozent ihres BNP für Rüstungsausgaben aufwendeten – seine besonders scharfe Kritik richtete sich hier gegen die Bundesrepublik –, und stellte überdies auch die transatlantische Partnerschaft und die Existenz der NATO selbst immer wieder in Frage. Der neue US-Präsident Joe Biden besteht zwar ebenso auf dem

.....  
<sup>11</sup> [https://www.nato.int/cps/en/natolive/official\\_texts\\_68580.htm](https://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_68580.htm) [Stand: 16.07.2021].



Region	Jahr	Monat	Operation
Kosovo	1999	Juni	Kosovo Force (KFOR) Multinationale Kräfte unter Führung der NATO zum Aufbau und Erhalt eines sicheren Umfelds im Kosovo.
Afrika	2005	Juni	Unterstützung der Afrikanischen Union (AU) u. a. strategischer Luft- und Seetransport, Unterstützung der AU-Mission in Somalia (AMISOM), Ausbildung und Beratung der African Standby Force (ASF)
Balkum Westbalkan	2014	—	Air Policing Missions Seit der russischen Intervention in der Ukraine verstärkte Luftraumüberwachung und Luftraumschutz der NATO-Staaten im Baltikum und auf dem Westbalkan.
Afghanistan	2015	Januar	Resolute Support Mission (RSM) Nachfolgeoperation der Ende 2014 beendeten ISAF. Im Mittelpunkt stehen Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte.
Mittelmeer	2016	Oktober	Operation Sea Guardian Nachfolgeoperation der Oktober 2016 beendeten Operation Active Endeavour. Erweiterter Auftrag als ständige maritime Sicherheitsoperation im gesamten Mittelmeer.
Irak	2018	Juli	NATO Mission Iraq Training und Unterstützung der irakischen Sicherheitskräfte u. a. auch in Koordination mit der internationalen Allianz im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS).

Auswahl von Einsätzen. Die Jahres- und Monatsangaben markieren jeweils den Beginn der Einsätze.

Stand: 01.04.2021

**Militärische Einsätze der NATO (aktuell)**

© Richter-Publizistik

Abbildungen: Richter-Publizistik, Bonn, (www.crp-infotec.de)

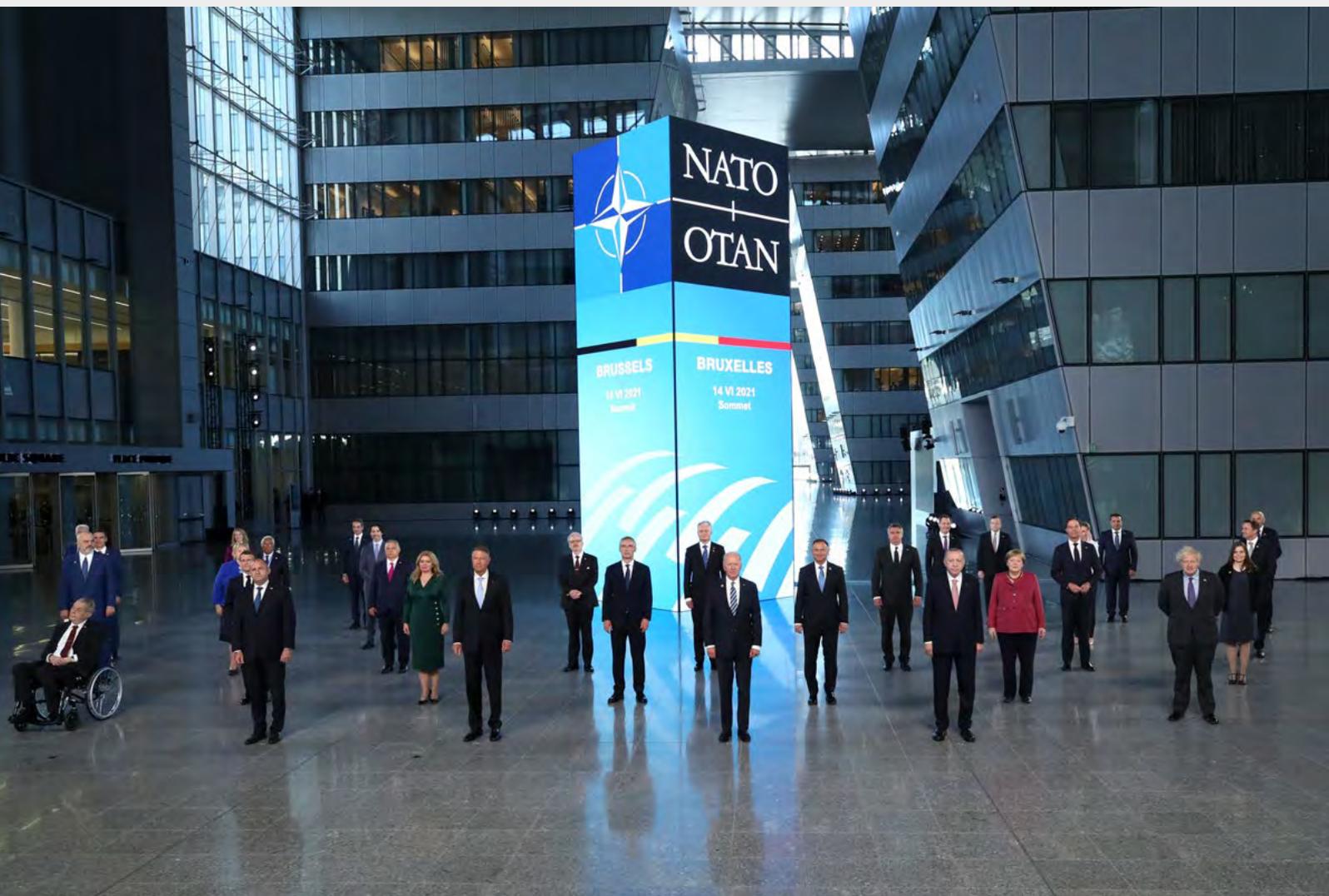
Zwei-Prozent-Ziel, betont dafür aber die Bündnistreue der USA und die Bedeutung der amerikanisch-europäischen Partnerschaft und der NATO.

Mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim im Jahr 2014 und dem Versuch, sich den Osten der Ukraine einzuverleiben oder die Ukraine durch eine Spaltung zumindest zu schwächen, hat Russland ein neues sicherheitspolitisches Kapitel in Europa aufgeschlagen. Die Sorge osteuropäischer Staaten vor einem russischen Hegemonialstreben ist vor dem Hintergrund des undemokratischen autoritären Führungsstils des russischen Präsidenten Putin mit Sicherheit berechtigt. Hier erwächst der NATO eine schwierige Aufgabe für die Zukunft, die nicht militärisch, sondern nur politisch zu lösen sein wird.

Vor dem Hintergrund der anwachsenden wirtschaftlichen, politischen, aber auch militärischen Bedeutung der Volksrepublik China verwundert es nicht, dass der NATO-Gipfel 2021 sich dieses Themas angenommen hat. Zwar betonte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, dass das Bündnis seine geografische Zuständigkeit nicht ausweiten wolle, doch kann der Pakt die Kooperation von Russland und China im militärischen Bereich – wie bei gemeinsamen Manövern – auch nicht ignorieren. Weitere Gefahren stellen nach wie vor Terrorismus und Cyberangriffe dar, so beschrieben in der „NATO 2030“-Reform, dem neuesten Positionspapier des Bündnisses. Ein neues strategisches Konzept soll 2022 vorgestellt werden. ▀

# BRAUCHT DIE NATO EINE CHINA-STRATEGIE? UND WENN JA, WELCHE?

von Markus Kaim



NATO-Gipfel in Brüssel, 14. Juni 2021

Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Fotograf: Yves Herman

Die Staats- und Regierungschefs der NATO haben China erst vergleichsweise spät Aufmerksamkeit geschenkt. Lange Zeit dominierte eine Perspektive, derzufolge die Allianz und Peking zwar eine Reihe von gemeinsamen Interessen in der internationalen Politik verfolgten, z. B. im Bereich des Krisenmanagements, der Pirateriebekämpfung oder der Einhegung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Aber der Umfang der Zusammenarbeit und die Zahl hochrangiger diplomatischer Kontakte blieben auf Grund der Tatsache letztlich begrenzt, dass sich die NATO als euro-atlantische Sicherheitsorganisation begreift, die von den Entwicklungen im indopazifischen Raum nur am Rande betroffen sei.<sup>1</sup>

Erst der weltpolitische Aufstieg Chinas in den letzten Jahren hat eine andere Wahrnehmung des Landes ausgelöst und dafür gesorgt, dass Pekings Außenpolitik auf die Agenda der NATO gesetzt wurde. So widmete sich die Allianz in der Londoner Erklärung von 2019 zum ersten Mal China und erklärte: „Wir erkennen an, dass Chinas wachsender Einfluss und die internationale Politik sowohl Chancen als auch Herausforderungen bieten, die wir als Allianz gemeinsam angehen müssen.“<sup>2</sup> Der jüngste Jahresbericht des NATO-Generalsekretärs vom März 2021 bekräftigte diese ambivalente Position: „Der Aufstieg Chinas stellt für die NATO sowohl Herausforderungen als auch Chancen dar. Die NATO ist bestrebt, eine konstruktive Beziehung zu China aufrechtzuerhalten, die auf gegenseitigem Respekt und gemeinsamen Interessen beruht. Auf dieser Grundlage hat die NATO auch im Jahr 2020 den Dialog mit China fortgesetzt, um das gegenseitige Verständnis zu verbessern, Missverständnisse auszuräumen und einen Raum zu schaffen, in dem Meinungsverschiedenheiten angesprochen werden können.“<sup>3</sup> Gleichzeitig stellte er fest, dass nicht die NATO näher an China, sondern China durch seine Aktivitäten in der Arktis und in Afrika, durch Investitionen in kritische Infrastruktur in Europa als auch im Cyber- und Informationsraum näher an die NATO herangerückt sei.

1 Vgl. für diese Phase Tania M. Chacho: *Potential Partners in the Pacific? Mutual Interests and the Sino-NATO Relationship*, in: *The Journal of Contemporary China* 23 (2014), H. 87, S. 387–407.

2 *London Declaration. Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in London, 3–4 December 2019* (Übersetzung des Autors).

3 *The Secretary General's Annual Report 2020*, Brüssel 2021, S. 89 (Übersetzung des Autors).



Abbildung: picture alliance/dieKLEINERT/Martin ERL

Das im November 2020 veröffentlichte Reflexionsdokument der NATO, „*NATO 2030: United for a New Era*“, war hingegen etwas weniger zweideutig in Bezug auf die Anerkennung systemischer Rivalität und stellte fest, dass die NATO „offen für einen konstruktiven Dialog mit China sein muss, wenn er ihren Interessen dient“, sich jedoch zugleich darauf vorbereiten müsse, „eine Position der Sicherheit und Stärke schaffen, um zu den Beziehungen der Alliierten zu China beizutragen und sich gegen alle Versuche Pekings zu schützen, gegen sie Zwang auszuüben“.<sup>4</sup>

4 „*NATO 2030: United for a New Era.*“ *Analysis and Recommendations of the Reflection Group Appointed by the NATO Secretary General*, Brüssel 2020, S. 27 (Übersetzung des Autors).

Der Brüsseler Gipfel der NATO am 14. Juni 2021 ist vor diesem Hintergrund aus zwei Gründen besonders bemerkenswert gewesen. Dass zum ersten Mal Präsident Biden an dem Treffen teilnahm, markierte, dass die Vereinigten Staaten nach der spalterischen, Bündniskritischen Rhetorik der Trump-Jahre wieder eine aktivere, verbindlichere Rolle bei der Gestaltung und Nutzung des Bündnisses – auch für ihre China-Politik – spielen wollen. Zweitens bezeichnete das Gipfelkommuniqué China in bemerkenswerter Offenheit als destabilisierende Kraft und systemische Herausforderung, deren Handeln die regelbasierte internationale Ordnung bedrohe.<sup>5</sup> Obwohl die Erklärung vermied, China als direkte Bedrohung für das Bündnis zu beschreiben, signalisierte es damit doch einen zunehmenden Konsens unter den NATO-Mitgliedern, dass die verschiedenen Herausforderungen, die von China ausgehen, auch Fragen seien, mit denen sich die NATO zu beschäftigen habe. Das neue strategische Konzept, das im kommenden Jahr vorgelegt werden soll, steht nun vor der Aufgabe, diesen Konsens in kohärente und angemessene Schritte umzusetzen.

### China und die NATO

Die Tagung der NATO-Staats- und Regierungschefs hat dem Bündnis die Gelegenheit geboten, auf die wachsende geopolitische Herausforderung aus China zu reagieren. Ob und wie die NATO diese Herausforderung angehen sollte, ist innerhalb der Allianz jedoch ein umstrittenes Thema. Unterschiedliche Gruppen innerhalb der Allianz bewerten diese Herausforderung graduell wie prinzipiell unterschiedlich. Es sind vor allem die USA, die die NATO für die Austragung ihres systemischen Konfliktes mit China nutzbar machen möchten. Andere Allianzmitglieder priorisieren die Bedrohung durch die revisionistische russische Außenpolitik, während wieder andere die Bedrohung durch terroristische Gruppierungen und Cyberangriffe in den Mittelpunkt der NATO-Planungen zu stellen suchen.<sup>6</sup> Dementsprechend unterschiedlich sind die Perspektiven auf China, und die sicherheitspolitische Sicht auf das Land ist nur eine von vielen. Politisch nachvollziehbar ist, dass die NATO-Mitglieder versuchen, die genannten

Sicherheitsbedenken mit ihren jeweiligen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu China in Einklang zu bringen.

Dementsprechend vieltönig klangen die Staats- und Regierungschefs in Brüssel: Im Kontext des Gipfels vertrat die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel eine weichere Linie gegenüber China und erklärte, dass „vor allem Russland die größte Herausforderung“ für die NATO sei und dass „China in vielen Fragen ein Rivale und gleichzeitig in vielen Fragen ein Partner“ sei.<sup>7</sup> Der französische Präsident Emmanuel Macron stellte derweil die Frage, ob die NATO überhaupt das richtige Format sei, um die Art von Herausforderungen zu bewältigen, die von China ausgingen. Er erklärte, dass „die NATO eine nordatlantische Organisation ist, China hat nichts mit dem Nordatlantik zu tun“, und dass „wir unsere Beziehung zu China nicht einseitig betrachten sollten – sie ist viel größer als nur das Militär“.<sup>8</sup>

Die NATO hat angesichts dieser unterschiedlichen Positionen bislang weder ihre politischen Zuständigkeiten in Bezug auf China festlegen können, noch hat sie eine klar definierte Politik zur Bewältigung dieser sicherheitspolitischen Herausforderung. Die Tatsache, dass China in dem Kommuniqué erwähnt wurde, signalisiert einen vorsichtigen, aber bislang lediglich rhetorischen Konsens unter den NATO-Mitgliedern über die Art der Herausforderungen, die China für das Bündnis darstellt. Der nächste Schritt ist jedoch viel schwieriger, nämlich die Entscheidung darüber, wie man die von China ausgehenden Herausforderungen bewältigen kann.

Die Besorgnis der NATO über Chinas wachsende Fähigkeiten zur Machtprojektion und Einflussnahme ist dabei nicht neu. Das Kommuniqué des Gipfels der Staats- und Regierungschefs baut auf früheren Erklärungen von Generalsekretär Jens Stoltenberg sowie auf dem angesprochenen Bericht der NATO-Reflexionsgruppe 2030 aus dem Jahr 2020 auf. Sowohl die Abschlusserklärung als

5 *Brussels Summit Communiqué. Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Brussels, 14 June 2021.*

6 Zu diesen unterschiedlichen Lagern innerhalb der NATO vgl. die Beiträge in: Matthias Dembinski/Caroline Fehl (Hg.): *Three Visions for NATO. Mapping National Debates on the Future of the Atlantic Alliance*, Berlin 2021.

7 Pressestatement von Bundeskanzlerin Merkel zum NATO-Gipfel in Brüssel am 14. Juni 2021: <<https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/pressestatement-von-bundeskanzlerin-merkel-zum-nato-gipfel-in-bruessel-am-14-juni-2021-1928838>> [Stand: 09.07.2021]. Zur Haltung der Bundesregierung vgl. auch „Notwendigkeit einer NATO-China-Strategie“. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Marcus Faber, Frank Müller-Rosentritt, Alexander Graf Lambsdorff, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP (BT-Drucksache 19/26322), Berlin 2021.

8 Zit. nach David M. Herszenhorn/Rym Momtaz: *NATO leaders see rising threats from China, but not eye to eye with each other*: <https://www.politico.eu/article/nato-leaders-see-rising-threats-from-china-but-not-eye-to-eye-with-each-other/> [Stand: 09.07.2021].



Emmanuel Macron, Staatspräsident von Frankreich, und Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der gemeinsamen Pressekonferenz im Abschluss an die Sitzung bzw. Videokonferenz des deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates im Bundeskanzleramt, Berlin, 5. Februar 2021  
Foto: ullstein bild/Boness/IPON

auch der Bericht listen die verschiedenen Herausforderungen auf, die China nach Ansicht der NATO-Mitglieder für das Bündnis darstellt. Diese reichen von den geopolitischen Herausforderungen durch Russland und China, Pekings Einsatz von wirtschaftlichem Zwang und aggressiver Diplomatie über den indopazifischen Raum hinaus, der Bedrohung der Fähigkeit der NATO, kollektive Verteidigung zu organisieren und kritische Infrastrukturen zu schützen, über Chinas militärische Modernisierung, die Ausweitung seines Nukleararsenals und seine technologische Entwicklung bis hin zu seinen Desinformationskampagnen. Auch Pekings Umgang mit den Menschenrechten und dem Völkerrecht stelle die grundlegenden Prämissen der regelbasierten internationalen Ordnung in Frage.<sup>9</sup>

.....  
9 Vgl. dazu ausführlich Stefanie Babst: NATO-Nachbar China, in: Internationale Politik 75 (2020), H.6, S. 44–50, und Meia Nouwens/Helena Legarda: *Chinas's Rise as a Global Security Actor: Implications for NATO*, London 2020.

### Dimensionen der chinesischen Herausforderung

Dass der Aufstieg Chinas andere Staaten und internationale Organisationen vor neue Herausforderungen stellt, da er regional wie global etablierte Machtverhältnisse in Frage stellt und weltanschauliche Alternativen zu westlichen Ordnungsvorstellungen stärkt, ist an sich nichts Neues. Interessant ist, wie jeder einzelne Akteur in der internationalen Politik sich je nach spezifischen Aufgabengebiet, innerer Verfasstheit und unterschiedlicher Betroffenheit darauf einstellt. Als Organisation, die sich aus Ländern aus Nordamerika und Europa zusammensetzt, gibt es mehrere Aspekte des Verhaltens Chinas, die die NATO und ihre Mitglieder betreffen könnten.

Da sind erstens Pekings Versuche, chinesische Technologieunternehmen in die digitale Infrastruktur westlicher Länder zu integrieren und darüber Einfluss auf diese zu nehmen. Dies ist besonders relevant für die anhaltende Debatte in Europa über die drahtlose Technologie der



Messestand von HUAWEI mit wenigen Besuchern auf der Internationalen Funkausstellung 2020. Es war die erste Messe unter Corona-Bedingungen, die zum Teil online stattfand. Es gab nur etwa 250 Aussteller in den Messehallen. Die Messe war nur für Fachpublikum unter strengen Hygieneauflagen zugänglich.  
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/snapshot-photography/Fotograf: F.Boillot

fünften Generation (5G). Ein zweites Thema sind Chinas zunehmende Investitionen in kritische Infrastrukturen Europas – insbesondere in Häfen. Bereits heute besitzen die Chinesen eine Mehrheitsbeteiligung an zwölf europäischen Häfen. Offen ist, ob NATO-Länder in der Lage sein werden, sich auf die Nutzung dieser Häfen für den Fall zu verlassen, dass die Allianz Europa verteidigen muss. Es ist zumindest nicht selbstverständlich, dass die chinesischen Eigentümer ihr erlauben werden, Schiffe in diesen Häfen aufzutanken, zu versorgen oder zu reparieren. Gerade die europäischen NATO-Partner sind sich dieser potenziellen Beschränkung zunehmend bewusst. Drittens beunruhigen die NATO Chinas Versuche, insbesondere europäische Positionen zu politischen Fragen zu beeinflussen und existierende Differenzen zwischen europäischen Ländern zu vertiefen, indem es die durch seine „Belt and Road Initiative“ (BRI) geschaffene wirtschaftliche Abhängigkeit nutzt. Viertens ist die Allianz über Pekings repressives Vorgehen und die Masseninternierung der uigurischen

Bevölkerung in der Provinz Xinjiang genauso besorgt wie, fünftens, über Chinas ambivalente Rolle bei der Klärung des Ausbruchs der COVID-Pandemie, die Milliarden von Euro und mehr als vier Millionen Menschenleben gekostet hat. Im engsten sicherheitspolitischen Sinne bereitet sechstens Chinas zunehmende Nähe zu Russland Sorgen – insbesondere vor allem die militärische Zusammenarbeit.

### China – eine militärische Bedrohung?

Es dürfte wenig verwundern, dass gerade der letzte Punkt im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der NATO steht. Bisher bleibt der Umfang der russisch-chinesischen militärischen Zusammenarbeit jedoch noch sehr begrenzt. Im Jahr 2015 schlossen sich drei Schiffe der chinesischen Marine der russischen Marine im östlichen Mittelmeer zu einer fünftägigen Marineübung an. Dies war das erste Mal, dass eine solche Übung zwischen den beiden Ländern



Übersichtskarte zu den verschiedenen Routen der „Neuen Seidenstraße“  
 Abbildung: picture-alliance/dpa-infografik/Mühlenbruch

stattfind. Im Jahr 2017 besuchten zudem ein chinesischer Zerstörer, eine Fregatte und ein Versorgungsschiff die russische Exklave Kaliningrad im Rahmen einer achttägigen Übung. Auch dies war das erste und bislang einzige Mal, dass eine solche Militärübung in der Ostsee stattfand. Ebenso ist die Zusammenarbeit bei den Landstreitkräften bislang überschaubar: Im Jahr 2018 erregte die Teilnahme Chinas an Russlands groß angelegter Militärübung Wostok-18 zwar erhebliche mediale Aufmerksamkeit. China stellte jedoch nicht mehr als 3.000 der 300.000 Soldaten, die an dem Manöver teilnahmen. Außerdem beschränkte sich Chinas militärische Präsenz während der Übung auf die Regionen östlich des Baikalsees.

Dabei sind es neben der angehenden militärischen Zusammenarbeit zwischen Russland und China vor allem wirtschaftliche und politische Herausforderungen, die sich aus Pekings Vorgehen im euro-atlantischen Raum ergeben. Chinas Wunsch, in Häfen und andere Infrastrukturen zu investieren, hat vor allem mit dem Ziel zu

tun, westliche Wirtschaftsprozesse zu beeinflussen, indem es, wenn auch schrittweise und subtil, eine Abhängigkeit einführt, von der China profitiert. Peking beweist dabei große Geduld und plant seinen Wettbewerb mit dem Westen auf lange Sicht. Chinesische Investitionen sollen ein Einflusspotential aufbauen, auf das zu einem späteren Zeitpunkt zurückgegriffen werden und das in der Zwischenzeit die demokratischen politischen Systeme anfälliger Nationen untergraben kann.

Pekings Politik, in wichtige europäische Häfen und technologische Infrastrukturen zu investieren und diese teilweise zu besitzen, erfordert vor allem eine wirtschaftliche oder politische Reaktion – etwas, für das die NATO nicht gut gerüstet ist. Die Allianz sollte vorsichtig sein, etwas anderes zu suggerieren und damit China ungewollt zu einer militärischen Bedrohung für den euro-atlantischen Raum zu überhöhen. Einzelne NATO-Mitgliedstaaten und vor allem die EU mit ihren jeweiligen politischen Kompetenzen verfügen über mehr Instrumente, um mit

einem außenpolitisch ambitionierten China umzugehen, als die NATO als Institution. Bis China eine militärische Bedrohung im Nordatlantikraum darstellen sollte, kann die NATO als Institution, die zum Zwecke der regionalen kollektiven Verteidigung geschaffen wurde, nur eine begrenzte, aber nicht unwichtige Rolle bei der Bewältigung der Pekinger Herausforderung spielen.

### Was tun?

Die NATO sollte ihre eigenen Möglichkeiten beim Umgang mit den nichtmilitärischen Bedrohungen Chinas realistisch einschätzen und stattdessen die Mitgliedstaaten dazu drängen, mehr außerhalb des NATO-Rahmens zu tun. Zwar sollten sich die politischen Entscheidungsträger der Mitgliedsstaaten weiterhin auf die Allianz verlassen können, um eine robuste konventionelle und nukleare Abschreckung zu erhalten, aber nur die nationalen Hauptstädte und in einigen Fällen die EU verfügen über die politischen und wirtschaftlichen Instrumente, um den von China ausgehenden wirtschaftlichen und politischen Bedrohungen zu begegnen.

Die Allianz sollte sich, zweitens, nicht ablenken lassen und die sicherheitspolitischen Herausforderungen, vor denen sie steht, klar priorisieren. Angesichts des Einflusses, den China mit der BRI in Europa nimmt, der vermeintlichen Entstehung der COVID-19-Pandemie in China, der Masseninternierung der uigurischen Bevölkerung und der anhaltenden 5G-Debatte in Europa ist es keine Überraschung, dass China für viele westliche Politiker die zentrale Herausforderung in der internationalen Politik zu sein scheint. Für die NATO bleibt jedoch die aggressive und revisionistische Außenpolitik Russlands die unmittelbarste Bedrohung und als militärische Herausforderung eine derjenigen Aufgaben, für die sie vor über 70 Jahren geschaffen wurde und für die sie die entsprechenden Instrumente entwickelt hat. Während die NATO die russisch-chinesische militärische Zusammenarbeit durchaus aufmerksam verfolgen sollte, sollte kein Missverständnis darüber entstehen, dass Russland die größte Aufmerksamkeit genießt.<sup>10</sup> Alles andere wäre für eine Vielzahl von Mitgliedern auch nicht akzeptabel, würde einen Keil in die Allianz treiben und somit die notwendige innere Geschlossenheit gefährden.

10 Vgl. Sven Biscop: *Biden, NATO and the EU: Who deals with China, and who with Russia?*, <<https://www.egmontinstitute.be/biden-nato-and-the-eu-who-deals-with-china-and-who-with-russia/>> [Stand: 09.07.2021].

Gleiches gilt aber für die chinesische Herausforderung an sich – die NATO muss darauf achten, sich von dieser Frage nicht spalten zu lassen. Wie ausgeführt, gibt es bislang in der NATO eine vorsichtige, nahezu formelhafte Einigung darüber, welche Rolle die NATO gegebenenfalls im Umgang mit Peking spielen sollte. Vieles bleibt im Vagen, existierende Differenzen werden mit diplomatischen Floskeln überspielt und sind vor allem der Tatsache geschuldet, dass niemand die „Wiederentdeckung“ der NATO durch die Regierung von Präsident Biden gefährden möchte. In dem gleichen Maße, in dem die Einheit des Bündnisses angesichts der russischen Aggression von entscheidender Bedeutung ist, sollte die NATO vermeiden, sich in der China-Frage zu spalten.

Chinas Entwicklung als strategischer Akteur erzwingt auch eine Anpassung der Nuklearstrategie der NATO und wird erst einmal sicherstellen, dass die Allianz weiterhin ein nukleares Bündnis bleiben wird. China ist eine Atommacht mit strategischer Reichweite. Erst im Juni dieses Jahres sind Berichte bekannt geworden, denen zufolge China mit dem Bau von mehr als 100 neuen Silos für Interkontinentalraketen begonnen hat – eine Bautätigkeit, die eine bedeutende Erweiterung von Pekings nuklearen Fähigkeiten signalisieren könnte. Solange die Länder des euro-atlantischen Raums von irgendeinem Teil der Welt, einschließlich Asiens, einer nuklearen Bedrohung ausgesetzt sind, wird die NATO ein nukleares Bündnis bleiben. Zugleich sollten die Bestrebungen intensiviert werden, China in diesbezügliche Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen einzubeziehen.

Es erscheint angesichts der skizzierten internen Differenzen fraglich, ob die NATO eine eigene Militärstrategie für China formulieren wird. Sie sollte aber die Mitgliedstaaten ermutigen, ihre jeweiligen Strategiedokumente in Bezug auf China zu koordinieren. Denn für einige von ihnen ist China ein bedeutender Treiber der Außen- und Sicherheitspolitik. Dies gilt insbesondere für die USA und in geringerem Maße für Kanada, Frankreich und Großbritannien. Militärische Übungen im Indopazifik und Operationen zur freien Schifffahrt im Südchinesischen Meer sollten auf multilateraler oder bilateraler Ebene auf der Ebene der Mitgliedstaaten koordiniert werden. Hier sollten zusätzlich NATO-Partnerländer wie Australien, Finnland, Japan, Neuseeland, Schweden und Südkorea einbezogen werden.<sup>11</sup>

11 Vgl. dazu Francois Heisbourg: *NATO 4.0: The Atlantic Alliance and the Rise of China*, in: *Survival* 62 (2020), H. 2, S. 83–102, hier S. 96 f.



Militärfahrzeuge mit nuklearfähigen Interkontinentalraketen vom Typ DF-41 während einer Parade anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung der VR China auf dem Platz des Himmlischen Friedens am 1. Oktober 2019 in Peking  
Foto: picture alliance/dpa/MAXPPP

In diesem Zusammenhang müssten aber auch die Form und die Themen des direkten Austausches mit China selbst definiert werden. Ausgangspunkt ist hier, dass die Volksrepublik gewillt zu sein scheint, auf Dauer eine europäische Macht zu werden. Einige Vorschläge zu einem NATO-China-Dialog oder sogar einem permanenten NATO-China-Rat sind bereits unterbreitet worden. Das ist sicherlich verfrüht und in der Sache auch nicht pas-

send. Verdienstvoll wäre es einstweilen, die Koordinierung der chinapolitischen Strategiedebatten in der NATO und der EU in Gang zu bringen.<sup>12</sup> ▲

.....  
12 Vgl. Henning Riecke: Der nahe Ferne Osten: Die NATO braucht mehr als nur ein strategisches Selbstgespräch über China (BAKS-Arbeitspapiere 4 (2021)), Berlin 2021.



**Passend zum Thema**

**Jürgen Kerwer/Angelika Röming (Hg.):  
Die Volksrepublik China – Partner und Rivale**

Fünf namhafte Wissenschaftler\*innen führen in grundlegende Aspekte der Volksrepublik China ein: Matthias Stepan: Die Innenpolitik der Volksrepublik China, Kristin Shi-Kupfer: Gesellschaft in der Volksrepublik China, Jörn-Carsten Gottwald: Die Wirtschaft der Volksrepublik China, Dirk Schmidt: Die Außenpolitik der Volksrepublik China, Sarah Kirchberger: Militär und Sicherheitspolitik der Volksrepublik China. Die Beiträge sind wissenschaftlich fundiert und gleichzeitig flüssig zu lesen, sodass sie für einen großen Leser\*innenkreis geeignet sind.

**Das Werk ist ab August in aktualisierter Auflage bei der BLZ erhältlich unter:  
[www.blz.bayern.de/publikationen-zur-politischen-bildungsarbeit.html](http://www.blz.bayern.de/publikationen-zur-politischen-bildungsarbeit.html)**



# WIE POLITISCH DARF DER SPORT SEIN?

Fragen an Kathrin Lehmann und Tim Frohwein



**PRO**  
**Tim Frohwein**



Foto: Michael Paintvogel

Der Soziologe Tim Frohwein setzt sich seit über zehn Jahren wissenschaftlich und journalistisch mit dem Fußball auseinander. Im Auftrag der Landeszentrale organisiert er die Veranstaltungsreihe Mikrokosmos Amateurfußball.

genbogenflagge als Statement für Diversität und Toleranz, die Aktion von Greenpeace, bei der ein Gleitschirmflieger im Münchner Stadion landete, um gegen einen Sponsor zu protestieren, etc.). Finden Sie, dass solche Gesten und Symbole als politische Aussage bei sportlichen Großereignissen eingesetzt werden sollten?

**Tim Frohwein:** Der Fußball ist die populärste Sportart der Welt und damit von großem öffentlichen Interesse. Diese Öffentlichkeit bringt es zwangsläufig mit sich, dass der Fußball auch politisch ist – dass Spiele, die in unzählige Länder der Welt übertragen werden, auch als politische Bühne genutzt werden.

Ich finde es legitim und unproblematisch, wenn über den Fußball allgemeine politische Botschaften verbreitet werden, z.B. im Zusammenhang mit der Einforderung universell gültiger Menschenrechte. Wenn man es aber zulässt, dass im Fußball konkrete politische Botschaften, die sich z.B. explizit gegen ein bestimmtes Land oder politisches System richten, kommuniziert werden, wird es aus meiner Sicht schwierig: Dann müssten wir bald bei nahezu jedem Spiel mit politischen Angriffen und Auseinandersetzungen rechnen – das Sportliche würde in den Hintergrund rücken, der Fußball zweckentfremdet werden.

**Katrin Lehmann:** Auch wenn ich eine große Verfechterin von Gesten und Aktionen bin, die für etwas Gutes in, um und für die Gesellschaft oder Umwelt stehen, sollten sie bei sportlichen Großereignissen nicht gezeigt werden. Denn, die entscheidende Frage ist: Wer beurteilt, was „gut“ oder „sinnvoll“ ist? Nach wessen Wertesystem wird gerichtet? Sobald man eine Botschaft zulässt, öffnet man Tür und Tor für alle anderen Trittbrettfahrer, die dann ebenfalls Sichtbarkeit oder Gehör bei Sportveranstaltungen beanspruchen möchten. Welche Argumentationsgrundlage gibt es, das eine zuzulassen und das andere nicht? Natürlich sind der Kniefall gegen Rassismus oder die Captain-Binde in Regen-



**CONTRA**  
**Kathrin Lehmann**



Foto: ©kilianreil

Kathrin „Ka“ Lehmann (\*1980) war Mitglied der Schweizer Nationalteams im Fußball und Eishockey und gewann die Champions League in beiden Sportarten. 2005 gründete sie ihre Agentur kaspports und lehrt seit dem als Dozentin, veranstaltete Sportevents, kommentiert seit sechs Jahren alle Schweizer Fußball-Länderspiele im Radio und TV und tritt als Keynote-Speakerin über Themen wie Erfolg, Team, Resilienz, Spitzensport und Wirtschaft auf. 2014 gründete sie die Privatuniversität SPORTBUSINESS CAMPUS, bei der Wirtschaft und Sportmanagement im Netzwerk der Bundesliga gelehrt wird.

Gerade fand die Fußball-EM der Herren statt. Neben den Ergebnissen und den Leistungen der einzelnen Nationalmannschaften standen dabei immer auch wieder politische Gesten oder Aktionen im Mittelpunkt (z.B. der Kniefall der englischen Nationalmannschaft gegen Rassismus, die Re-

bogenfarben für mich wichtige, richtige und starke Gesten. Gesten, die für etwas stehen, weil es eben auch leider immer noch „andere Gesten und Zeichen“ gibt, die den Kniefall und die Regenbogenfahne überhaupt hervorrufen müssen.

2. Die großen Sportverbände und -organisationen (UEFA, IOC u.a.) bemühen sich nach wie vor um eine Trennung von Sport und Politik (siehe beispielsweise die Entscheidung während der Fußball-EM in den letzten Wochen, dass das Münchner Stadion nicht in den Farben der Regenbogenflagge illuminiert werden durfte), auch mit dem Argument, dass politische Gesten und Handlungen das sportliche Zusammensein und den sportlichen Wettkampf gefährden oder beeinträchtigen können. Ist diese Haltung nachvollziehbar?

**Tim Frohwein:** Prinzipiell kann ich die Haltung der Verbände hier ein Stück weit nachvollziehen: Verabschiedet man sich von dieser rigorosen Haltung, würde es vermutlich nicht lange dauern, bis wir die oben genannte Zweckentfremdung des Fußballs erreicht hätten. Was ich aber nicht verstehen kann: Die Verbände bekennen sich offiziell und qua Satzung selbst zu bestimmten Werten, rufen gar groß angelegte Kampagnen ins Leben, um dieses Bekenntnis zu untermauern und für Werte einzutreten (z.B. die #EqualGame-Kampagne der UEFA). Wenn man dann politische Botschaften nicht zulässt, die genau dieselben Inhalte transportieren, dann ist das für mich ein zu großer Widerspruch.

**Katrin Lehmann:** Auch hier muss wieder hinterfragt werden: Welches Wertesystem gilt denn als dasjenige, das das richtige unter allen ist? Gerade das IOC, das mit allen Kulturen, Religionen und Wirtschaftssystem aller Kontinente umgehen muss, hat da alle Hände voll zu tun, allen Nationen dieselben Spielregeln aufzudrücken. Für mich jedoch wird von den großen Verbänden viel zu wenig Verantwortung in der Bildung durch, mit und um den Sport und sportliche Großereignisse übernommen. Es reicht nicht, eine Ethik-Charta aufzustellen, damit dann letztlich doch die Athletinnen und Athleten persönlich irgendwo Anklage erheben müssen, um zu ihrem Recht zu kommen. Man kann als Sportlerin oder Sportler sich nicht darauf verlassen, dass die großen Sportver-

bände wirklich nach der Charta leben und handeln. Wenn jede Großveranstaltung auch mit einer Bildungsoffensive und nachhaltigen Bildungsprogrammen verknüpft werden, mit einer großen Bildungsmessage und dies ein wichtiges Kriterium für die Vergabe der Sportereignisse wäre, könnte so viel, viel mehr erreicht werden. Denn eines ist klar: Wenn zwei Teams in einem sportlichen Wettbewerb auf internationalem Topniveau antreten, dann interessiert es gar niemanden auf dem Spielfeld, wer wie alt ist, woher die Person stammt, welche Religion sie hat, ob vegan oder nicht vegan, schwarz oder rothaarig und so weiter. Im Sport und im Wettkampf sind alle gleich! Diese unglaublich schöne Ausgangslage gilt es zu zelebrieren und diese Wertfreiheit als Botschaft in die Welt zu tragen und dieses Gedankengut mit Verantwortung in der Gesellschaft zu verankern.

3. Dem Sport wird neben gesundheitsökonomischen Aspekten auch eine große gesellschaftliche Integrationsfunktion zugeschrieben. Sind Sport und Politik per se untrennbar miteinander verbunden?

**Tim Frohwein:** Je größer die Popularität einer Sportart, desto stärker erfüllt sie auch wichtige gesellschaftliche Funktionen, z. B. im Bereich Integration. Der Fußball ist daher eine relevante gesellschaftliche Größe – nicht nur als Medien- oder Stadionerlebnis, sondern auch als Amateursport: Keine andere Sportart bringt so viele unterschiedliche Menschen miteinander in Kontakt. Das ist sehr viel wert: Die Begegnungen mit Menschen außerhalb der eigenen „Social Bubble“ können dazu führen, dass man einander besser kennenlernt, Verständnis füreinander entwickelt, Vorurteile ab- und Freundschaften aufbaut. Für den Zusammenhalt und die Verständigung in einer Gesellschaft sind gerade diese blasendurchdringenden Begegnungen so wichtig.

**Katrin Lehmann:** Sport und Politik sind untrennbar miteinander verbunden. Die Politik braucht den Sport als emotionale Bühne, um zu glänzen, um im Sog der Spitzenleistungen, Medaillengewinne und Fangesänge zu baden. Der Sport braucht die Politik, weil es nach wie vor kaum möglich ist, vom Spitzensport oder Hochleistungssport zu leben. Die Politik gibt Zugang zu Infrastruktur und Geldern – es ist also



eigentlich eine Win-win-Situation. Die Frage stellt sich also, welche Seite bringt diese Klette zwischen Politik und Sport? Warum gibt es dieses politische Gebuhle um Macht, Welt-herrschaft und Weltanschauungen rund um den Sport? Warum wehrt sich der Sport nicht, setzt Statements und kreiert und behält sein eigenes Wertesystem? Sport ist neutral und sagt „Ja“ zu allen Menschen – ob man dies von der Politik sa-

gen kann? Sport bewegt zudem Menschen, berührt Emotionen und kann einer ganzen Gesellschaft Mut und Hoffnung geben. Ich habe noch nie erlebt, dass nach einer unfassbar großartigen Operaufführung die Menschen in Autokorsos lupend durch die Stadt fahren. Sport hat eine Kraft, Menschen in Bewegung zu setzen – es ist wünschenswert, dass die Bewegung in die „richtige“ Richtung geht. ▀

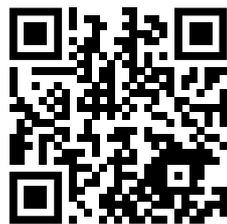


### Ihre Meinung

Liebe Leser\*innen,

stimmen Sie der Pro- oder Contra-Meinung zu? Uns würde hierzu sehr Ihre Meinung interessieren! Nehmen Sie an der Diskussion teil und schreiben Sie uns dazu gerne eine E-Mail an [landeszentrale@blz.bayern.de](mailto:landeszentrale@blz.bayern.de).

Sie können sich auch direkt hier an der Umfrage beteiligen. Scannen Sie dafür den QR-Code oder geben Sie folgenden Link in Ihren Browser ein:  
<https://www.soscsurvey.de/BLZ-EuP>



### Die Buchpreise für unsere Umfrage zu den Vertriebswegen aus Heft 1/21 gehen an:

- Franz Baumann, Traunstein**
- Franz Döring, Röttingen**
- Georg Dos, Regensburg**
- Gabriele und Jürgen Düsch, Köln**
- Maria Düsch, Olching**
- Elisabeth Engel, o.O.**
- Wilhelm Greulich, Weil**
- Harry Huber, Eching**
- Leo Reichel, Hof**
- Sophie Tillack, o.O.**



Beteiligen Sie sich auch gerne wieder in dieser Ausgabe und gewinnen Sie eine Publikation aus unserem Angebot nach Ihrer Wahl! Schreiben Sie uns eine Nachricht an [landeszentrale@blz.bayern.de](mailto:landeszentrale@blz.bayern.de) und teilen Sie uns mit, auf welchem Weg Sie diese Ausgabe von Einsichten&Perspektiven erhalten haben. Vielen Dank schon im Voraus für Ihre Hilfe! Die Redaktion



### Materialschuber fußball.elementar

beinhaltet zwölf unterschiedliche methodische



Zugänge zur politischen Bildung im Kontext „Fußball“. Ziel ist es, gesellschaftliche Grundwerte, zentrale „Spielregeln“ des menschlichen Zusammenlebens, wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklungen sowie Integration und Migration im Kontext des Fußballs zu vermitteln.

Best.-Nr.: 05811032



### MIKROKOSMOS AMATEURFUSSBALL

Das Projekt „Mikrokosmos Amateurfußball“ möchte in den begleitenden Social Media-Aktivitäten den medienvermittelten Austausch über die gesellschaftliche Bedeutung des Amateurfußballs in Deutschland ermöglichen. Darüber hinaus sollen Mitglieder der deutschen Amateurfußball-Community sowie Interessierte im Rahmen von Veranstaltungen in einen direkten Kontakt treten. Weitere Informationen finden Sie unter:

[www.mikrokosmos-amateurfussball.de/ueber-das-projekt](http://www.mikrokosmos-amateurfussball.de/ueber-das-projekt)



## Lesermeinungen zu unserer Pro-/Contra-Frage in Heft 1/21: Sind verbindliche Genderschreibweisen nötig?

Die Redaktion bedankt sich bei allen Einsender\*innen für die zahlreichen Rückmeldungen zu diesem Thema. Wir geben hier einige Antworten (teilweise in Auszügen) wieder, die die persönliche Meinung einzelner Leser\*innen beinhalten. Die Namen sind der Redaktion bekannt.

» Als Freund der deutschen Sprache bin ich kein Freund diverser Gendervarianten. Deshalb bleibe ich beispielsweise bei Studenten und Studentinnen (gerne auch in umgekehrter Reihenfolge) und bevorzuge auch Texte, die bei der Wahl der Genderschreibweise die Lesbarkeit berücksichtigen.

» Was eine gendergerechte Schreibweise UND AUSSPRACHE betrifft, bin ich in der angesprochenen Pauschalität weder für JA noch für NEIN. Begründung:

[...] Wichtig ist allein, daß der Text flüssig zu lesen ist, was bei \*innen oder anderen Einfügungen eher nicht der Fall ist, und daß der Inhalt verstanden werden kann.

[...] Meine Meinung ist: Viel zu viel Aufhebens bei viel zu wenig Inhalt.

» Um bei Ihrem Beispiel zu bleiben wäre „Liebe Lesende“ zwar korrekt und verständlich, aber sprachlich unschön. Korrekt, verständlich, ansprechend und dem Duktus nach nicht ausschließend ist hingegen die Bezeichnung „Lieber Leser, liebe Leserin“ oder noch eingängiger im Plural „Liebe Leser und Leserinnen“.

» Die Teufelin steckt im Detail!

Zugegeben: Sprache ist auch oft Spiegelbild der Wirklichkeit. Korrekturen kann man aber nicht am reflektiertem Bild, sondern nur am Original vornehmen.

Wahlniederlagen von Parteien nicht aufarbeiten, indem man den Parteivorsitzenden zum Sündenbock oder die Parteivorsitzende zur Sündengeiß macht. (Für die Politik gilt ja besonders: „der Sündenbock ist kein Herdentier“).

Zum Trost: Die gesellschaftliche Wirklichkeit verändert auch unsere Wahrnehmung von Sprache: So denkt die Mehrheit heute bei „Lehrkraft“ oder „Bundeskanzler“ an Frauen.

» Ganz fürchterlich finde ich übrigens die sich ausbreitende inflationäre Verwendung des Partizips Präsens Aktiv. Unser Lateinlehrer, der zugleich Deutschlehrer war, hat uns ständig ermahnt, beim Übersetzen vom Lateinischen ins Deutsche darüber nachzudenken, wie wir lateinische Partizipialkonstruktionen im Deutschen auf elegantere Weise wiedergeben können. Er würde im Grabe rotieren, wenn er alle die „Lehrenden“, „Studierenden“, „Autofahrenden“ und „Theaterbesuchenden“ sähe!

» Mein Vorschlag zur Güte wäre [...]:

1. Ersatz des generischen Maskulinums durch Kollektivnomina („das Personal“, „die Lehrkräfte“), wo sprachlich gut zugänglich.

2. Verdoppelung („Lehrer und Lehrerinnen“) bei der Anrede, bei der ersten Erwähnung in einem Text (falls wirklich beide Geschlechter gemeint sind) und bei der ersten Erwähnung in einem längeren Kapitel.

3. Allmählicher Ersatz der Begriffe Maskulinum, Femininum und Neutrum durch „1., 2. und 3. Genus“ im Sprachunterricht und entsprechenden Lehrbüchern, um zu verdeutlichen, dass der generischen Verwendung eines bestimmten grammatischen Genus keine diskriminierende Absicht zugrunde liegt.

» Warum soll das Sprache um gerechte weibliche Elemente erweitert werden?

Warum wird das Sprache nicht entmännlicht?

Das sollte person doch mal versuchen!

Vielleicht wäre das ja erfolgreich?

» Ihrer beiden Argumente sind bedenkenswert und sehr wichtig. Die Übereinstimmung in der Betonung von Toleranz und der Eigenheit und der in sich ja immer gegebenen Veränderung jeder lebenden Sprache machen aber auch deutlich, wie sorgfältig und am besten ohne staatliche Reglementierung man den Weg der

» Sprachen begleiten sollte. Wie erleuchtend ist es oft, in den Sprachen unserer europäischen Nachbarn den gleichen Sachverhalt wie im Deutschen mit ganz anderen Worten, vor einem offensichtlich anderen geistigen Hintergrund und Verständnis, formuliert zu sehen. [...]

Und kann man nicht auch bei der Sprache den Dingen und Entwicklungen ihr Tempo lassen – muss man mit Gewalt etwas forcieren?

Ich sehe in diesem sich selbst regulierenden System auch die Änderungen der Sprache, die immer Sachverhalte gut wiedergegeben haben – eben durch Gebrauch und Änderungen. Eine mächtige oder weniger mächtige Äbtissin war keine Abt\*in, sondern, wenn es sich um eines der großen, direkt dem Kaiser unterstehenden Reichsklöster handelte, eine Managerin mit vielfältigen Aufgaben, neben all ihrer geistlichen Funktion, hatte Sitz und Stimme in den großen Entscheidungsorganen der Reichsadministration, eine Funktionenvielfalt, die diese Damen, selbst aus den großen Familien des Reiches stammend, vollständig wahrnahmen. Sie kümmerten sich um riesige Ländereien und Organisationen – ebenso all die Fürstinnen, Herzoginnen – oder aus ein Beispiel aus dem Dreißigjährigen Krieg – die über Jahre die Politik aufmischende, höchst streitbare Landgräfin von Hessen-Kassel – oder und natürlich die Königinnen, die Zarrinnen, die wie Elisabeth I. höchst erfolgreich Großreiche führten. Brauchen sie ein Sternchen? [...]

# EIN UNGLÜCKLICHER HERRSCHER IN GRIECHENLAND – DER WITTELSBACHER KÖNIG OTTO

von Ludwig Unger



Die Uniformen der Ehrengarde des griechischen Präsidenten gehen zurück auf die Königsgarde von König Otto I. Die Röcke haben vierhundert Falten, die die Jahre der türkischen Herrschaft über Griechenland symbolisieren sollen.

Foto: picture-alliance/dpa/Fotograf: Michael Jung

Glühender Anhänger hellenistischer Kultur bis zu seinem Lebensende und unglücklicher Herrscher in einem jungen Staat zugleich: Der Wittelsbacher König Otto von Griechenland ist eine schillernde und faszinierende Gestalt voller Gegensätze. Nach dem Unabhängigkeitskrieg gegen das Osmanische Reich<sup>1</sup> kam der zweite Sohn König Ludwigs I. von Bayern – zunächst begeistert begrüßt – auf die Peloponnes. Nach einem Aufstand ging Otto 1862 ins Exil in das Königreich seines Bruders – zunächst nach München, dann nach Bamberg, wo er 1867 starb. Heute ist er weithin vergessen.

### Tischlern und Reiten als Hobbys

Otto wurde als Sohn von Bayerns Kronprinz Ludwig und Prinzessin Therese von Sachsen-Hildburghausen am 1. Juni 1815 in Salzburg geboren. Seine Gesundheit schien eher instabil.<sup>2</sup> Ungewöhnlich war für einen Mann seines Standes der Umstand, dass er eine Tischlerlehre absolvierte; Reiten als Hobby dagegen war für einen Fürstenspross Normalität; ebenso der Unterricht in Deutsch, Latein, Französisch und Rechnen. Neugriechisch erlernte er erst vor seinem Amtsantritt in Nauplia und Athen. Er brachte eine intensive Beziehung zur griechischen Kultur wohl schon aus der Familie und von seinem Vater Ludwig I. mit. Auch als König nahm er Griechischunterricht.<sup>3</sup>

Sein Verhältnis zu Griechenland war – wie das vieler seiner Zeitgenossen in Bayern – von Klassizismus und Philhellenismus geprägt.

### Ottos Weg zur Krone des jungen griechischen Staats

Griechenland entstand im Umfeld der Neuordnung Europas durch den Wiener Kongress im Zusammenhang mit der „Orientalischen Frage“. Diese war geprägt von:

- Zerfallserscheinungen des Osmanischen Reiches,<sup>4</sup>
- Bestrebungen der europäischen Großmächte, sich diese Zerfallserscheinungen des Osmanischen Reichs zunutze zu machen,<sup>5</sup> sowie
- Anstrengungen der unterworfenen Völker, sich dem Osmanischen Reich zu entziehen und eine eigene Staatlichkeit zu erlangen. Dazu zählten auch die Griechen.<sup>6</sup>

Die Griechen hatten seit Jahrhunderten als „Angehörige multiethnischer Reiche“<sup>7</sup> gelebt – meist als Untertanen zweiter Klasse. Selbst im „klassischen Hellas“<sup>8</sup> von Thessalien bis zu der Peloponnes bildeten die Griechen keine geschlossene Bevölkerung. Die Menschen dort gehörten verschiedenen Religionen und Konfessionen an: Es waren Juden, Katholiken, Orthodoxen und Muslime. Allerdings erwuchs im 18. Jahrhundert eine neue nationale Bewegung der Griechen – begierig auf einen Aufstand gegen das Osmanische Reich.

Im Jahr 1821 erhoben sich die Griechen gegen die osmanische Fremdherrschaft und fanden bei den Philhellenen in Europa Rückhalt.<sup>9</sup> Die Erhebung hatte unterschiedliche „Zentren“ und Führungspersönlichkeiten, z.B. Alex-

1 Ioannis Zelepos: Kleine Geschichte Griechenlands. Von der Staatsgründung bis heute, München 2014, S. 37–53.

2 Leonhard Bower/Gordon Bolitho: Otto König von Griechenland, München 1977, S. 24; Konstantin Kotsowilis: Die Griechenbegeisterung der Bayern unter König Otto I. Festschrift zum 40-jährigen Jubiläum (1964–2004) der Griechischen Erziehungsgesellschaft König Otto von Griechenland e. V., München 2007, S. 1 f. Ludwig war damals Statthalter des Inn- und Salzachkreises.

3 Bower/Bolitho (wie Anm. 2), S. 26 und 50; Reinhold Friedrich: König Otto von Griechenland. Die bayerische Regentschaft in Nauplia 1833/34, München 2015, S. 84–87.

4 Zelepos (wie Anm. 1), S. 24 ff. und S. 32 f.. Gründe dafür waren der Rückstand im Militär- und ein ineffektives Steuerwesen.

5 Wolfgang von Hippel/Bernhard Stier: Europa zwischen Reform und Revolution 1800–1850, Stuttgart 2012, S. 67.

6 Bower/Bolitho (wie Anm. 2), S. 17. In der Umgangssprache gab es zahlreiche Dialekte des Griechischen entsprechend den Wohngebieten. Die Schriftsprache orientierte sich am Griechischen in der Region Athens rund 400 vor Christus. Die Sprache bildete als Teil der Kultur eine verbindende Klammer. Zelepos (wie Anm. 1), S. 23–28 und S. 32–36.

7 Ebd., S. 13.

8 Ebd., S. 14.

9 Hippel/Stier (wie Anm. 6), S. 71; Bower/Bolitho (wie Anm. 2), S. 17.



Gemälde aus dem Jahr 1836 von Panagiotos Zografos (Tempera auf Holz, 39,3 x 55,7 cm) aus einem Bilderzyklus für General I. Makrygiannis, Athen, Nationalhistorisches Museum. Dargestellt sind die griechische Unabhängigkeit 1829 und die Wahl Ottos I. zum König der Hellenen 1832 (links sind die Monarchen Russlands, Englands und Frankreichs, rechts ist das griechische Königspaar zu sehen).  
Abbildung: picture-alliance/ akg-images

ander Ypsilantis,<sup>10</sup> Ioannis Kapodistrias (+ 1831)<sup>11</sup> sowie Ioannis Makrygiannis und Theodoros Kolokotronis.

Das Symbol der griechischen Unabhängigkeitsbewegung war das Kreuz, das später in der Nationalflagge Griechenlands Platz fand,<sup>12</sup> auch als Zeichen des Kampfes gegen die Muslime. Dem Aufstand fehlte die nötige Einigkeit; und er hatte im ägyptischen Vizekönig Mehmet Ali und dessen Sohn Ibrahim entschlossene Gegner.<sup>13</sup>

Auf internationale Vermittlung hin wurde 1826 ein autonomes Griechenland unter osmanischer Oberhoheit vereinbart,<sup>14</sup> eine Lösung, die in der Seeschlacht von Navarino im Oktober 1827 durchgesetzt wurde.<sup>15</sup> Drei Jahre später war die Lösung aber schon wieder überholt: Großbritannien, Frankreich und Russland setzten nun auf eine völkerrechtlich unabhängige Erbmonarchie in Griechenland.<sup>16</sup> Ein Ende des Osmanischen Reichs strebten sie nicht an; das europäische Gleichgewicht sollte gewahrt bleiben. Die Großmächte fühlten sich

als Garanten dieser Ordnung – einschließlich der neuen künftigen griechischen Erbmonarchie.<sup>17</sup> Das griechische Staatsgebiet sollte sich auf die Peloponnes, Mittelgriechenland, die Kykladen und einen Teil der Sporaden – also auf das Gebiet des antiken Hellas – mit rund 800.000 Untertanen erstrecken.

### Ein Königreich Griechenland

Die Herrschaftsverhältnisse in dem neuen Staat erwiesen sich als labil:<sup>18</sup> Der erste Staatschef Johannes Kapodistrias wurde im September 1831 ermordet.<sup>19</sup> Auch sein Bruder Augustinos Kapodistrias vermochte als dessen Nachfolger die politische Situation nicht zu stabilisieren,<sup>20</sup> so dass die drei Garantiemächte intervenierten: Die Griechen sollten künftig einen europäischen Fürsten als König haben. Drei Kandidaten lehnten ab, darunter

10 Zelepos (wie Anm. 1), S. 37 f.

11 Ebd., S. 50 ff.

12 Ebd., S. 38–43.

13 Hippel/Stier (wie Anm. 6), S. 256; Bower/Bolitho (wie Anm. 2), S. 17 f.; Zelepos (wie Anm. 1), S. 43–46.

14 Hippel/Stier (wie Anm. 6), S. 71.

15 Bower/Bolitho (wie Anm. 2), S. 18.

16 Hippel/Stier (wie Anm. 6), S. 257.

17 Ebd., S. 72, Zitat ebd., S. 79. Zu der Bewahrung des Gleichgewichts hatten 1832 der Einsatz Russlands – mit dem Anspruch als Schutzherr der orthodoxen Christen gegen Mehmed Ali als Pascha des Osmanischen Reiches in Ägypten und mit Herrschaftsanspruch auf weite Teile des Nahen Ostens – sowie das Handeln der europäischen Großmächte im Nahen Osten in den 1830er und 1840er Jahren beigetragen.

18 Bower/Bolitho (wie Anm. 2), S. 18.

19 Ebd., S. 19; Zelepos (wie Anm. 1), S. 50 ff. U. a. musste er einen Aufstand der Bewohner der Insel Hydra sowie der Mainoten, der Bewohner des alten Lakoniens im Südwesten der Peloponnes, niederschlagen.

20 Bower/Bolitho (wie Anm. 2), S. 20; Zelepos (wie Anm. 1), S. 52 f.



Ein zeitgenössischer Stich, der die Abreise Ottos nach Griechenland zeigt  
Abbildung: Süddeutsche Zeitung Photo

Ottos Bruder Prinz Karl. So fiel die Krone an Prinz Otto von Bayern,<sup>21</sup> denn sein Vater König Ludwig I. hatte frühzeitig die Unabhängigkeitsbewegung der Griechen unterstützt. Er war ein begeisterter Anhänger der Klassik und Verehrer Griechenlands<sup>22</sup> und ließ in seiner Residenzstadt München klassizistische Repräsentationsbauten errichten.<sup>23</sup> Im Regierungsstil verstand sich Ludwig I. als absoluter Herrscher; er nutzte die Griechenlandpolitik dazu, Bayerns Rolle in der europäischen Ordnung auszubauen. Mit Blick auf Griechenland avancierte Bayern zu dessen vierter Schutzmacht.<sup>24</sup>

Russland, Frankreich und Großbritannien vereinbarten im Londoner Vertrag mit Bayern im Mai 1832<sup>25</sup> und mit dem Osmanischen Reich im Juli 1832 die Bedingungen für die Anerkennung des Königreichs Griechenland: Dazu

gehörten die Grenzen des „klassischen“ Griechenlands; Kreta z.B. wurde Griechenland nicht zugesprochen.<sup>26</sup> Die Liquidität des neuen Königreichs sollte durch eine Anleihe von 60 Millionen französischen Francs gesichert werden.<sup>27</sup> Der Wittelsbacher Otto wurde von 3.500 bayerischen Soldaten begleitet. Ein Teil von ihnen kehrte nach wenigen Jahren nach Bayern zurück; die anderen blieben über lange Zeit in Griechenland und bildeten als Kern der griechischen Armee eine Stütze seiner Regierung.

Er verpflichtete sich, das Osmanische Reich nicht anzugreifen; Griechenland musste ferner Tributzahlungen an dieses leisten. Ottos Herrschertitel lautete „König von Griechenland“, nicht „König der Griechen“, um nicht die national-kulturelle Sammlungsbewegung zu stimulieren. Seine künftigen Kinder sollten orthodox getauft und erzogen werden; er selbst blieb römisch-katholisch. Bei eigener Kinderlosigkeit sollte der Thron an seine Brüder und deren Kinder fallen.<sup>28</sup>

Die griechische Nationalversammlung nahm das Zweite Londoner Protokoll an, und im Oktober 1832 überbrachten ihre Deputierten ihr Plazet an den bayerischen Hof. Am 1. November 1832 schlossen Griechenland und Bay-

21 Kotsowilis (wie Anm. 2), S. 8 f.

22 Spaenle (wie Anm. 4), S. 134 ff und S. 154 ff.

23 König Ludwig I. hatte selbst Geld für den Befreiungskampf gestiftet und bayerische Soldaten unter Oberstleutnant von Heydeck als Ausbilder für die griechischen Kräfte entsandt. Siehe Andreas Kraus: Die Regierungszeit Ludwigs I. (1825–1848), in: Max Spindler/Alois Schmid (Hg.): Handbuch der Bayerischen Geschichte, Bd. 4: Das neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart, Teilband I: Staat und Politik, München 2003, S. 129–234, hier S. 193; ferner Hans-Michael Körner: Die Wittelsbacher. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, München 2015, S. 91–96; und Zelepos (wie Anm. 1), S. 55 f.

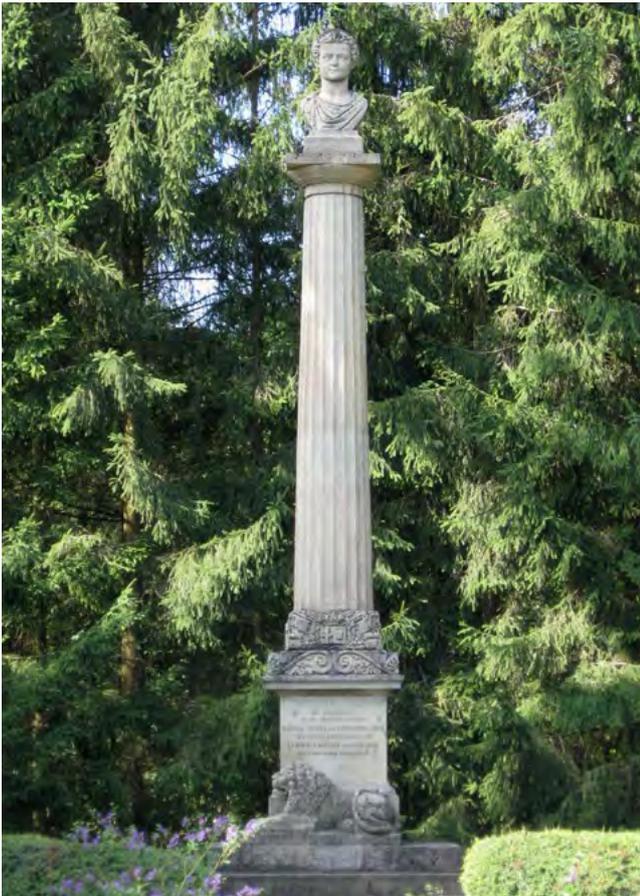
24 Körner (wie Anm. 24); Friedrich (wie Anm. 3), S. 95–99.

25 Dokument siehe in: Bower/Bolitho (wie Anm. 2), S. 27–38.

26 Zelepos (wie Anm. 1), S. 54. Die Staatsgrenzen sollten die Peloponnes, das mittelgriechische Festland, die Kykladen und die nördlichen Sporaden umfassen und damit in etwa das ehemals „klassische Hellas“.

27 Friedrich (wie Anm. 3), S. 94 f.

28 Bower/Bolitho (wie Anm. 2), S. 26



Die „Otto-Säule“ in der Gemeinde Ottobrunn bei München. Die im dorischen Stil gestaltete Sandsteinsäule ist von einer Büste des jugendlichen Prinzen Otto von Wittelsbach bekrönt. Sie markiert die Stelle, an der am 6. Dezember 1832 der damals noch minderjährige 17-jährige Prinz Abschied von seinem Vater, König Ludwig I. von Bayern, nahm.  
Foto: Rufus46, CC BY-SA 3.0 <<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>>, via Wikimedia Commons

ern eine formelle Allianz:<sup>29</sup> Bayernprinz Otto wurde König von Griechenland; bis zu seiner Volljährigkeit im Juni 1835 sollte ihn eine Regentschaft vertreten. Von einer britischen Fregatte aus betrat Otto in der griechischen Hauptstadt Nauplia am 6. Februar 1833 sein Königreich.<sup>30</sup>

### Wer regiert Griechenland?

Der Wittelsbacher Otto wurde von den Griechen bei seiner Ankunft jubelnd begrüßt<sup>31</sup> und im gleichen Monat

29 Kraus (wie Anm. 24), S. 194; Zelepos (wie Anm. 1), S. 52 f.; sowie Kotsowilis (wie Anm. 2), S. 13 f.

30 Bower/Bolitho (wie Anm. 2), S. 39. Nauplia zählte rund 6.000 Einwohner, war gut befestigt, aber baulich in einem schlechten Zustand.

31 Ebd., S. 44; Friedrich (wie Anm. 3), S. 79–83.



Otto I. als König von Griechenland in griechischer Tracht  
Abbildung: Neue Residenz Bamberg/Bayerische Schlösserverwaltung

als König inthronisiert. In seiner ersten Proklamation bezeichnete er sich als „von Gottes Gnaden König von Griechenland“<sup>32</sup>; faktisch war es ein Königtum durch die Schutzmächte und seinen Vater.

Die Regierung übernahm zunächst ein Regentschaftsrat, bestehend aus dem Finanzexperten Joseph Ludwig von Armansperg (+1853),<sup>33</sup> dem Rechtswissenschaftler Professor Georg Ludwig von Maurer (+1872),<sup>34</sup> dem Kommandeur der bayerischen Truppen Generalmajor Karl Wilhelm von Heideck (+1861)<sup>35</sup> sowie dem Verwaltungsexperten Karl

32 Ebd., S. 94.

33 Siehe dazu Kraus (wie Anm. 24), S. 181 und S.190 f.; ferner Kotsowilis (wie Anm. 2), S. 18–23; Friedrich (wie Anm. 3), S. 102–112. Der in Kötzing gebürtige Armansperg war Jurist und hatte Ludwig I. u. a. als Außenminister und Finanzminister gedient.

34 Der reformierte Protestant Maurer war zuvor Professor für Rechtswissenschaften; 1830 wurde er in den bayerischen Staatsrat berufen und 1831 in den Reichsrat.

35 Kraus (wie Anm. 24), S. 194 f., formuliert, dass Ludwig I. in den Regentschaftsrat von Griechenland vorwiegend Personen berufen habe, die er selbst in München aus dem Weg haben wollte.



Idealisierte Ansicht des Areopags im Vordergrund mit der Akropolis im Hintergrund, Leo von Klenze 1846  
Abbildung: Neue Pinakothek, München

von Abel (+ 1859).<sup>36</sup> Wie sollte ein junger fremder Königssohn – gestützt auf Experten seiner Heimat – im Interessenspiel von Großmächten ein Königreich aufbauen?<sup>37</sup> Zwar band er kaum Griechen in seine Herrschaft ein, aber viele Bayern wie auch Bürger aus anderen Teilen des Deutschen Bundes engagierten sich in Griechenland unter Ottos Königtum wirtschaftlich oder wissenschaftlich.

Die Lage in Griechenland wurde in einer Proklamation im Namen König Ottos bei dessen Ankunft so beschrieben: „Euere Felder sind verödet, euer Gewerbefleiss liegt in tiefer Ohnmacht, und euer sonst so blühender Handel siechet; noch harren Künste und Wissenschaften vergeblich der Stunde, in der ihnen gestattet seyn wird, unter dem Schutze des Friedens wiederzukehren in ihre alte Heimath; an die Stelle der Willkühr-Herrschaft ist Anarchie getreten, die auf Euch wie ein Stein drückte. Zwietracht und beschämender Egoismus haben Euch all dessen beraubt, was Ihr durch Euren Patriotismus gewonnen hattet. Ich habe mich der schwierigen, aber ehrenreichen Aufgabe gestellt, Eurem Mißgeschick und dem Bürgerkrieg, welche Eure prächtigen Eigenschaften unfruchtbar machten, ein Ende zu setzen.“<sup>38</sup>

36 Kotsowilis (wie Anm. 2), S. 28–34. Zu den Begleitern Ottos zählte auch der griechische Archimandrit Missail Apostolidis. Nach der Gründung der griechischen Universität Athen 1837 wurde Apostolidis Professor und Dekan der dortigen Theologischen Fakultät. Später verhandelte er mit dem orthodoxen Patriarchen von Istanbul über die Selbständigkeit der griechisch-orthodoxen Kirche und wurde 1861 Metropolit von Athen.

37 Friedrich (wie Anm. 3), S. 117.

38 Bower/Bolitho (wie Anm. 2), S. 48.

Bei der Formulierung der Staatsgrundlagen orientierte sich der Regentschaftsrat am Königreich Bayern als Vorbild; von Maurer z.B. reduzierte die Rechtsgrundlagen auf vier Gesetzbücher. Er gilt bis heute als „Schöpfer des griechischen Rechtswesens“. Oberstes Gericht wurde der Areopag in Athen; jede Nomarchie erhielt ein eigenes Gericht; darüber hinaus gab es zwei Berufungsgerichte.<sup>39</sup> Unter bayerischem Einfluss wurden die Zahl der Delikte, die mit dem Tode bestraft wurden, reduziert und Angeklagten Rechts Hilfe bei Kapitalverbrechen gewährt. Selbst das Reinheitsgebot für das Bierbrauen wurde in Griechenland eingeführt.

### Eine Regentschaft ohne den König

Bei der Ausübung der Herrschaft in Vertretung des Königs waren sich die Mitglieder des Regentschaftsrats nur darin einig, den jungen König nicht zu sehr in das Regierungshandeln einzubinden. Man legte ihm nahe, das Land bei Reisen zunächst kennenzulernen.

Der Streit der Mitglieder des Regentschaftsrats gipfelte in gegenseitigen Vorwürfen beim bayerischen Königshaus, z.B. hinsichtlich der Verwendung und Verschwendung von Geldern und des Umgangs mit Klöstern. Von Armanzperg erreichte schließlich, dass seine Kollegen von Maurer und von Abel 1834 von König Ludwig I. nach Bayern zurückgerufen wurden. Sie wurden durch Ritter Ägid von Kobell und Dr. Johann Baptist von Greiner ersetzt.<sup>40</sup>

### Athen wird Residenzstadt

Griechenlands Haupt- und Residenzstadt war zunächst die kleine befestigte Hafenstadt Nauplia am Golf von Argos an der Peloponnes.<sup>41</sup> 1834 wurde die Haupt- und Residenzstadt unter dem Einfluss von Ritter von Kobell und Architekt Leo von Klenze nach Athen verlegt<sup>42</sup>, und Otto selbst zog noch im gleichen Jahr dort ein.<sup>43</sup>

Seine Haupt- und Residenzstadt wurde von bayerischen Architekten geplant; einer war von Schaubert, ein anderer von Klenze. Die Residenzstadt sollte mit klassizistischen

39 Kraus (wie Anm. 24), S. 196; Friedrich (wie Anm. 3), S. 121f.; Bower/Bolitho (wie Anm. 2), S. 55; Kotsowilis (wie Anm. 2), S. 38. Zu dem Gesetzgebungswerk zählten das „Strafgesetzbuch des Königreichs Griechenland“, das „Gesetzbuch über das Strafverfahren“, das „Gesetzbuch über das Zivilverfahren“ sowie die „Gerichts- und Notariatsordnung“.

40 Bower/Bolitho (wie Anm. 2), S. 57 f.; Kraus (wie Anm. 24), S. 195; Friedrich (wie Anm. 3), S. 125–127; Kotsowilis (wie Anm. 2), S. 40 f.

41 Bower/Bolitho (wie Anm. 2), S. 62. Nauplia hat heute rund 14.000 Einwohner.

42 Kotsowilis (wie Anm. 2), S. 40 ff.

43 Bower/Bolitho (wie Anm. 2), S. 62.



Altstadt und Hafen des griechischen Nauplia, Aufnahme aus dem Jahr 2001  
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Werner Otto

Bauten wieder das Gepräge des „antiken Athens“<sup>44</sup> erhalten. Zwei Straßenzüge sollten sich durch die ganze Stadt ziehen und sich rechtwinklig kreuzen. Die Veränderung des Stadtbildes, der die Räumung der Trümmer voranging, zog sich über Jahrzehnte hin<sup>45</sup>; die Baumaßnahmen prägen das Profil der Stadt Athen bis heute. Dabei spielte bei der Wiederherstellung der Akropolis und der Anlage der Residenzstadt Athen von Klenze eine wichtige Rolle; er hatte auch München klassizistisch umgestaltet.<sup>46</sup>

### Konfessionelle Trennung von Otto und seinem Volk

Die Griechen beanspruchten kirchlich die Eigenständigkeit – gerade gegenüber dem Patriarchat von Konstantinopel. Dazu erklärte sich die griechisch-orthodoxe Kirche bei einer Bischofssynode unter bayerischem Einfluss 1833 für autokephal, also für unabhängig. König Otto wurde bei diesem Vorgang zum Oberhaupt der griechisch-orthodoxen Kirche ernannt – obwohl er römisch-katholisch blieb.<sup>47</sup> Die Grenzen der zehn Diözesen wurden neu umschrieben und

44 Zelepos (wie Anm. 1), S. 55 f.

45 Bower/Bolitho (wie Anm. 2), S. 118.

46 Kraus (wie Anm. 24), S. 196.

47 Bower/Bolitho (wie Anm. 2), S. 39. Er hatte noch 1832 in einem Schreiben an seinen Vater betont: „Ich finde, dass ein Glaubensübertritt abgelehnt werden muss [...]“

viele kleine Klöster aufgelöst.<sup>48</sup> 1850 erkannte der Patriarch von Konstantinopel die Unabhängigkeit der griechisch-orthodoxen Kirche an;<sup>49</sup> deren Oberhaupt wurde der Erzbischof von Athen. Wichtige Beschlüsse fielen künftig in der Bischofssynode. Gegen diese konnte der König allerdings noch sein Vetorecht ausüben.

### Übernahme der Herrschaft durch Otto

Im Alter von 20 Jahren, zum 1. Juni 1835, übernahm Otto selbst die Herrschaft.<sup>50</sup> Seine Regierungsvorstellungen stammten – vergleichbar mit denen seines Vaters – aus dem Absolutismus: Eine Beteiligung der Griechen und eine konstitutionelle Grundlage für Staat und Königsherrschaft lehnte er ab.<sup>51</sup>

Bei einer Deutschlandreise heiratete König Otto im November 1836 die evangelische Herzogin Amalie von Oldenburg, und im Februar 1837 kam das Paar nach Griechenland.<sup>52</sup>

### Handeln nach bayerischem Vorbild

Auf den bisherigen Leiter der Regentschaft von Armanberg, den der junge König unmittelbar nach seiner Deutschlandreise abberief, folgte Dr. Ignaz Ritter von Rudhart.<sup>53</sup> Dieser initiierte ein Gesetz zur Pressefreiheit, behandelte aber die Pressevertreter ausgesprochen rüde, was der Stimmung im Lande abträglich war. Damals gab es in Griechenland eine Vielzahl kleiner Zeitungen; allein in Athen erschienen rund 20.

Gemeinsam mit seinen bayerischen Beratern baute König Otto eine „Bavarokratie“ in Administration und Militärwesen auf.<sup>54</sup> Die wenigen griechischen Minister im Kabinett waren nahezu einflusslos; und auch auf kommunaler Ebene praktizierten die Bayern administrativen Zentralismus in Reinkultur: Unterhalb der Landesregierung waren zehn Nomarchien

48 Friedrich (wie Anm. 3), S. 119 f.; Kraus (wie Anm. 24), S. 196.

49 Bower/Bolitho (wie Anm. 2), S. 108.

50 Ebd., S. 65.

51 In Bayern dagegen gab es seit 1818 eine von seinem Großvater König Max I. Josef oktroyierte Verfassung und seit 1819 eine Ständeversammlung mit zwei Kammern.

52 Kotsowilis (wie Anm. 2), S.46-51.

53 Ignaz von Rudhart hatte Rechtswissenschaften studiert, war dann Professor in Würzburg, Ministerialrat im Bayerischen Finanzministerium, Mitglied der Ständeversammlung und Regierungspräsident von Niederbayern; siehe Kraus (wie Anm. 24), S. 195.

54 Hippel/Stier (wie Anm. 6), S. 257 f.; Kotsowilis (wie Anm. 2), S. 1 f.; Friedrich (wie Anm. 3), S. 116 ff.

eingezogen, darunter 47 Eparchien und darunter Demen, also Gemeinden.<sup>55</sup> Selbst unbedeutende Beschlüsse der Gemeinderäte mussten die Nomarchen bestätigen.

Die Planungen für den Aufbau von Armee und Gendarmerie hatte General von Heideck entwickelt. Für die Armee waren 9.400 Mann eingeplant; die Zahl stieg aber nur langsam.<sup>56</sup>

### Die Stabilisierung der Finanzen

In der Finanzverwaltung erzielte Otto trotz widriger Rahmenbedingungen passable Ergebnisse. Die bisherige Währung namens Phönix wurde in Drachme umbenannt;<sup>57</sup> und es wurden ein Rechnungshof (1833)<sup>58</sup> sowie eine Griechische Nationalbank eingerichtet.<sup>59</sup>

Der Administration gelang es bis 1840, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und mit der Rückzahlung des Kredites zu beginnen. Dazu mussten die Ausgaben für staatliche Maßnahmen sowie die Staatsbediensteten reduziert und die Einnahmen erhöht werden.

Unterstützt wurde König Otto durch Mäzene im Ausland, vor allem durch Bayerns König Ludwig I.<sup>60</sup>

### Die Neuordnung des Bildungswesens

König Otto konnte das Bildungswesen nachhaltig ordnen – auch hier diente Bayern als Vorbild. Er führte 1834 die Schulpflicht ein, errichtete Nationalschulen sowie eine Lehrerfortbildungseinrichtung und gründete darüber hinaus eine Landesuniversität mit vier Fakultäten. Viele Professoren kamen aus deutschen Fürstentümern.<sup>61</sup>

### Außenpolitische Beschränkungen

In Griechenland gab es verschiedene Parteien, mit denen Otto sich schwertat: Die einen sahen die Zukunft des Landes in Konstantinopel; andere orientierten sich an

55 Die Bürgermeister (Demarchen) wurden von den Männern der jeweiligen Gemeinde gewählt. Die Letztwahl nahm aber auch hier die Staatsspitze vor.

56 Bower/Bolitho (wie Anm. 2), S. 54 und S. 107; Friedrich (wie Anm. 3), S. 117.

57 Bower/Bolitho (wie Anm. 2), S. 46.

58 Zelepos (wie Anm. 1), S. 57.

59 Kraus (wie Anm. 24), S. 196.

60 König Ludwig I. gewährte Griechenland ein Darlehen von 1,9 Millionen Gulden und rettete so das Königreich Griechenland vor der Insolvenz. Nach seiner Abdankung musste er dem Königreich Bayern den Betrag aus seiner Privatschatulle zurückzahlen.

61 Friedrich (wie Anm. 3), S. 120 f.; Kraus (wie Anm. 24), S. 196; Zelepos (wie Anm. 1), S. 56.

den Belangen Großbritanniens mit dem Osmanischen Reich als Pufferstaat; und wiederum andere hielten es mit Frankreich, das Griechenland als Ausgangspunkt für eine Machtausweitung in Nordafrika ansah.

Entsprechend schwierig war es für König Otto, außenpolitisch zu agieren. Als er z.B. nach dem Tod des osmanischen Sultans versuchte, die Insel Kreta zu besetzen, widersetzte sich London.<sup>62</sup> Ähnlich agierten Großbritannien und Frankreich, als Otto im Krimkrieg in Verbindung mit dem Zarenreich Thessalien an Griechenland angliedern wollte; die beiden Großmächte zwangen die griechische Regierung zur Neutralität im weiteren Kriegsverlauf.<sup>63</sup> Auch die Versuche, Griechenland 1859 die ionischen Inseln einzuverleiben, scheiterten.<sup>64</sup>

Als König Otto 1848 im Umfeld der europäischen Umstürzbewegungen eine Chance sah, einen Aufstand von christlichen Griechen in Thessalien gegen das Osmanische Reich zu unterstützen und der „großen Vision“ eines Königreichs Griechenland näherzukommen, ergriff er sie – jedoch ohne Erfolg.<sup>65</sup>

### Politisches Missgeschick

Der König konnte sich vor allem im eigenen Land nicht durchsetzen und machte sich durch seine Herrschaft höchst unbeliebt. Aufstände und Putschversuche waren die Folge, z.B. 1833 im Südwesten der Peloponnes, wenig später in Messenien<sup>66</sup> und 1836 in Akarnanien.<sup>67</sup>

Nach dem Abzug der letzten bayerischen Truppen aus Griechenland 1843 gefährdete ein Militärputsch Ottos Herrschaft ernsthaft. Die Griechen erzwangen eine Partizipation an der Regierung, die Einberufung einer Nationalversammlung, die Gewährung einer Verfassung und die Entlassung der bayerischen Spitzenbeamten im Umfeld des Monarchen.<sup>68</sup>

### Einführung einer Verfassung

Die Nationalversammlung trat Ende 1843 zusammen; sie spiegelte das breite Spektrum der regionalen Herkunft wider. Führende Persönlichkeiten darin waren Alexander Mavrokordatos und Johannes Kolettis.

62 Bower/Bolitho (wie Anm. 2), S. 81.

63 Ebd., S. 107, S. 110–114 und S. 117; Zelepos (wie Anm. 1), S. 64 f.

64 Bower/Bolitho (wie Anm. 2), S. 118 f.

65 Ebd., S. 104.

66 Ebd., S. 57 f.

67 Ebd., S. 70.

68 Ebd., S. 84 ff.; Zelepos (wie Anm. 1), S. 60 f.

Die Verfassung bescherte dem Land eine konstitutionelle Monarchie mit Deputiertenkammer und Senat, Gleichheit und allgemeinem Wahlrecht für Männer; der König behielt das Recht, die Stadtverwaltungen zu kontrollieren und die Präfekten zu ernennen.<sup>69</sup>

Mit der Einbindung griechischer Führungspersönlichkeiten in seine Regierung realisierte Otto eine „parlamentarische Diktatur von Königs Gnaden“.<sup>70</sup>

### Keine echte Zufriedenheit mit dem König

Das europäische Revolutionsjahr 1848 ließ Griechenland relativ unberührt. König Otto schien sich aufgrund der Annahme der Verfassung und der Einrichtung der darin vorgesehenen Organe stabilisiert zu haben, so dass er 1850 sein Königreich zugunsten eines längeren Aufenthalts in Bayern verließ. Die Regierungsgeschäfte übernahm seine Gattin Amalie als Regentin.<sup>71</sup>

Unter der Oberfläche rumorte es aber: Ein schwacher König aus der Fremde, eine ineffiziente Verwaltung, eine Abhängigkeit von Schutzmächten und Eigeninteressen regionaler Handlungsträger ließen den Unmut der Griechen immer größer werden. Auch der Misserfolg bei der Umsetzung der „großen Idee“ eines geeinten griechischen Nationalstaats verfehlte seine Wirkung nicht. Ein solcher Anspruch mit Konstantinopel als Hauptstadt wäre mit einem Staatsvolk von rund einer Million Menschen um 1860 auch dann nicht erreichbar gewesen, wenn der König die im Osmanischen Reich lebenden Griechen für dieses Anliegen hätte aktivieren und das eigene Staatsvolk hätte einen können.<sup>72</sup>

Die Frage der Thronfolge bot Zündstoff; es kam während Ottos Kur in Karlsbad 1861 sogar zu einem Mordversuch an Königin Amalie. Zu diesem Zeitpunkt übte sie erneut die Regierungsgeschäfte aus.<sup>73</sup>

Eine neuerliche Meuterei der griechischen Armee Anfang 1862 in Nauplia konnte zwar niedergeschlagen werden; sie ließ jedoch bei der britischen Schutzmacht die Überzeugung aufkommen, dass Otto aufgrund seiner Unbeliebtheit im Volk nicht mehr zu halten sei.<sup>74</sup>

69 Bower/Bolitho (wie Anm. 2), S. 89.

70 Zelepos (wie Anm. 1), S. 61.

71 Stadtarchiv Bamberg, Msc Add. 39/31, S. 38 ff., veröffentlicht eine Abschrift der Einsetzung Königin Amalies als Regentin 1850, „solange der Grund zur Einsetzung der Regentschaft besteht“.

72 Zelepos (wie Anm. 1), S. 63 ff.

73 Bower/Bolitho (wie Anm. 2), S. 119–122.

74 Ebd., S. 124 f. Die Griechen sahen keine Chance mehr, König Ottos Idee eines griechischen Großreichs umzusetzen.

### Der Gang ins Exil

Otto wurde im Umfeld eines neuerlichen Aufstands im Oktober 1862 gestürzt, als er sich gerade auf einer Reise durch das Land befand.<sup>75</sup> Es bildete sich eine Nationalversammlung, und eine neue provisorische Regierung setzte am 22. Oktober 1862 König Otto ab. Er verließ mit seiner Frau Amalie sein Königreich – so, wie er 1833 gekommen war, auf einem britischen Schiff.<sup>76</sup> Weder die Schutzmächte noch Bayern, wo sein Bruder Max II. Joseph regierte, intervenierten zugunsten seines oder eines grundsätzlichen Thronanspruchs der Wittelsbacher.

Unter Missachtung der griechischen Vorstellungen einigten sich die Schutzmächte auf die Wahl des Prinzen William von Holstein-Glücksburg – des Bruders der künftigen Königin Alexandra von Großbritannien – zum Nachfolger Ottos. Er nannte sich Georgios I., „König der Hellenen“ gegenüber dem bisherigen „König von Griechenland“ und übernahm 1863 die Regentschaft.<sup>77</sup> Die Schutzmächte billigten Georgios I. eine erweiterte Herrschaft zu – auch die über die Ionischen Inseln. Die unter ihm verabschiedete Verfassung beruhte auf der Idee von der Souveränität des Volkes; Griechenland wurde konstitutionelle Monarchie.<sup>78</sup>

### Im Exil in Bamberg

Im November 1862 erreichten Otto und Amalie Bayern. Dort wurde ihm von seinem Bruder Maximilian 1863 die Residenz in Bamberg als Aufenthaltsort angeboten, wo er am 6. Juni 1863 eintraf und „von einer großen Menschenmenge auf das freundlichste in Empfang genommen“<sup>79</sup> wurde. Mit einem kleinen Kreis von Bediensteten unterhielt er bis zu seinem Tod 1867 eine Art Hofstaat, empfing auch Vertreter aus Griechenland<sup>80</sup> und hoffte auf eine mögliche Rückkehr nach Griechenland. Er führte Korrespondenzen mit Persönlichkeiten in Griechenland und nahm ab und zu am kulturellen Leben in Bamberg, etwa an Ausstellungseröffnungen, teil. Im Exil pflegten er und Amalie täglich die griechische Sprache und ließen sich sogar Möbel aus Athen bringen. Sie beobachteten die Entwicklung in ihrem ehemaligen Königreich und förder-

75 Ebd., S. 126.

76 Ebd., S. 126 f.

77 Ebd., S. 128; Zelepos (wie Anm. 1), S. 68 ff.

78 Ebd., S. 68 f.

79 Stadtarchiv Bamberg C 2 55001.

80 Ebd.



Im Otto-König-von-Griechenland-Museum in Ottobrunn ist ein Reisebesteck ausgestellt, das den jungen Wittelsbacher Prinzen auf dem Weg nach Griechenland begleitete.

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Claus Schunk



In den Landesfarben bemalte griechische Fußball-Fans jubeln am 25. Juni 2004 bei Spielende in Lissabon. Einer der Fans hat sich den Schriftzug „Otto I.“ als Huldigung für Griechenlands damaligen deutschen Nationaltrainer Otto Rehhagel auf die Brust gemalt – es ist zugleich eine Anspielung auf den ehemaligen bayerischen König.

Foto: picture-alliance/dpa/dpaweb/epa Filippo Monteforte

ten einen Aufstand der Kreter 1866 gegen das Osmanische Reich. Ottos Bedienstete trugen wie er selbst griechische Tracht. Der Kontakt zum bayerischen Königshof war unter Maximilian II. gering, nahm aber 1864 nach dessen Tod unter seinem Nachfolger Ludwig II. wieder etwas zu.<sup>81</sup>

Am 26. Juli 1867 starb Otto. Er wurde auf seinem Paradebett aufgebahrt und vom Bamberger Erzbischof Michael von Deinlein eingesegnet. In einem feierlichen Leichenzug, bei dem der Erzbischof, das Metropolitankapitel und der Stadtrat mitgingen, wurde Ottos Körper durch die Stadt Bamberg zum Bahnhof gebracht und mit dem Eilzug nach München überführt, wo er am 30. Juli 1867 in der Wittelsbacher Gruft in der Theatinerkirche beigesetzt wurde.<sup>82</sup> Amalie wohnte bis zu ihrem Tod im Mai 1875 in der Bamberger Residenz und fand ihre letzte Ruhestätte neben ihrem Mann.<sup>83</sup> Die Stadt Bamberg feierte bis in die 1920er Jahre jährlich am 27. Juli das Gedenken an Otto.<sup>84</sup>

81 Bower/Bolitho (wie Anm. 2), S. 130 ff.

82 Stadtarchiv Bamberg C2 55001 und BS 485.

83 Bower/Bolitho (wie Anm. 2), S. 137.

84 Stadtarchiv Bamberg, C2 Nr. 29. Nachdem allerdings die Tradition gebrochen war, ließ sie sich auch 1967 – hundert Jahre nach seinem Tod – in Bamberg nicht mehr erneuern.

### Der Fall in die Vergessenheit

In Bamberg erinnern heute nur noch die Prunkräume in der Residenz am Domplatz an ihn, wo er seine letzten Lebensjahre verbrachte. In Ottobrunn wurde ihm 1989 das Otto-König-von-Griechenland-Museum gewidmet, das „durch das Sammeln und Bewahren von historischen Objekten die Erinnerung an den Namenspatron unserer Gemeinde Ottobrunn“ bewahrt.<sup>85</sup>

Ansonsten aber ist Otto von Griechenland weitgehend in Vergessenheit geraten, auch wenn ihn der griechische Staatspräsident Konstantinos Stephanopoulos 1999 bei einem Besuch in München zur Eröffnung der Ausstellung „Das Neue Hellas. Griechen und Bayern zur Zeit Ludwigs I.“ ehrte: „Otto repräsentierte damals die Hoffnungen eines neuen Staates, alle Hoffnungen eines Volkes, das acht ganze Jahre lang sehr viel geopfert hatte, um seine Unabhängigkeit und seine Freiheit zu erringen.“<sup>86</sup> Immerhin erinnern die Antikensammlung und die Glyptothek bis September 2021 mit der Sonderausstellung „Hellas in München“ auch an Otto von Griechenland. ▀

85 Jan Murken u. a. (Hg.): 25 Jahre Otto-König-von-Griechenland-Museum der Gemeinde Ottobrunn. Ein Rückblick, Ottobrunn 2014, hier S. 11.

86 Zit. nach Hermann Rumschöttel: Geleitwort, in: Friedrich (wie Anm. 3), hier S. 11.

# EIN UNGEWÖHNLICHES BUCH ÜBER EIN UNGEWÖHNLICHES LEBEN

„Annette – Ein Heldinnenepos“ von Anne Weber  
über die französische Widerstandskämpferin Anne Beaumanoir



Die Autorin Anne Weber und die Heldin in ihrem Epos, Anne Beaumanoir  
Foto: Hermance Triay, Seuil

„Singe den Zorn, o Göttin, des Peleiden Achilleus [...]“ oder „Sage mir, Muse, die Taten des viel sich wendenden Mannes, welcher so viel geirrt, nach der heiligen Troia Zerstörung [...]“, so beginnen die viel zitierten Verse der antiken Epen des sagenumwobenen Homer über den Untergang Trojas und die Irrfahrten des Odysseus, die in der Antike und weit darüber hinaus jeder Gebildete – in der Mehrzahl waren es Männer – zitieren konnte. Mit Epos verbindet man heute wohl vor allem die Antike, den vielleicht länger zurückliegenden Griechisch-, Latein- und Deutschunterricht oder im besten Fall spektakuläre Theaterinszenierungen.

Aber auch die moderne deutschsprachige Literatur hat ein Epos zu bieten – mit einer weiblichen Heldin: das mit dem Deutschen Buchpreis 2020 ausgezeichnete Werk der deutsch-französischen Schriftstellerin Anne Weber „Annette – ein Heldinnenepos“.<sup>1</sup>

» Hier lauten die ersten Verse:

„Anne Beaumanoir ist einer ihrer Namen.  
Es gibt sie, ja, es gibt sie auch woanders als auf  
diesen Seiten, und zwar in Dieulefit, auf Deutsch,  
Gott-hats-gemacht, im Süden Frankreichs.  
Sie glaubt nicht an Gott, aber er an sie.  
Falls es ihn gibt, so hat er sie gemacht.“<sup>2</sup>

Die Autorin erzählt in der im wahrsten Sinne des Wortes gewöhnungsbedürftigen Versform (ohne Reim), die man beim Lesen aber bald aber nicht mehr als solche wahrnimmt, episodisch vom Leben der hierzulande wenig bekannten französischen Widerstandskämpferin Anne Beaumanoir während des Zweiten Weltkriegs und in der algerischen Unabhängigkeitsbewegung.

Geboren wurde Anne Beaumanoir 1923 in der Bretagne; sie wuchs in einfachen Verhältnissen auf. Schon als Jugendliche war sie Mitglied der kommunistischen Résistance gegen die Nationalsozialisten und die deutsche Besatzungsmacht und rettete zwei jüdische Jugendliche – wofür sie von Yad Vashem später den Ehrentitel „Gerechte unter den Völkern“ erhielt.<sup>3</sup> Nach dem Krieg studierte sie Medizin, heiratete und bekam Kinder. Später arbeitete sie als Neurologin in Marseille und wurde 1959 wegen

ihres Engagements auf Seiten der algerischen Unabhängigkeitsbewegung zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Nach einer abenteuerlichen Flucht gelangte sie ohne ihre Familie (ihr Mann blieb mit den Kindern in Frankreich) nach Tunesien und anschließend nach Algerien, wo sie als Gesundheitsexpertin Teil der ersten unabhängigen Regierung unter Ben Bella war, bevor sie aufgrund des Staatsstrechs 1965 erneut fliehen musste. Sie lebte und arbeitete dann bis zum Rentenalter als Neurologin in Genf in der Schweiz. Bis heute engagiert sie sich, mittlerweile wieder in ihrem Heimatland lebend, mit Vorträgen auf Konferenzen, Seminaren und Bildungsveranstaltungen insbesondere in Schulen gegen Nationalismus, Rassismus



Foto: [righteous.yadvashem.org/?searchType=righteous\\_only&language=en&itemId=4042784&tind=NaN](https://righteous.yadvashem.org/?searchType=righteous_only&language=en&itemId=4042784&tind=NaN)

1 Anne Weber: Annette – ein Heldinnenepos, Berlin 2020.

2 Ebd. S. 5.

3 Vgl. dazu [righteous.yadvashem.org/?searchType=righteous\\_only&language=en&itemId=4042784&tind=NaN](https://righteous.yadvashem.org/?searchType=righteous_only&language=en&itemId=4042784&tind=NaN) [Stand: 16.07.2021].

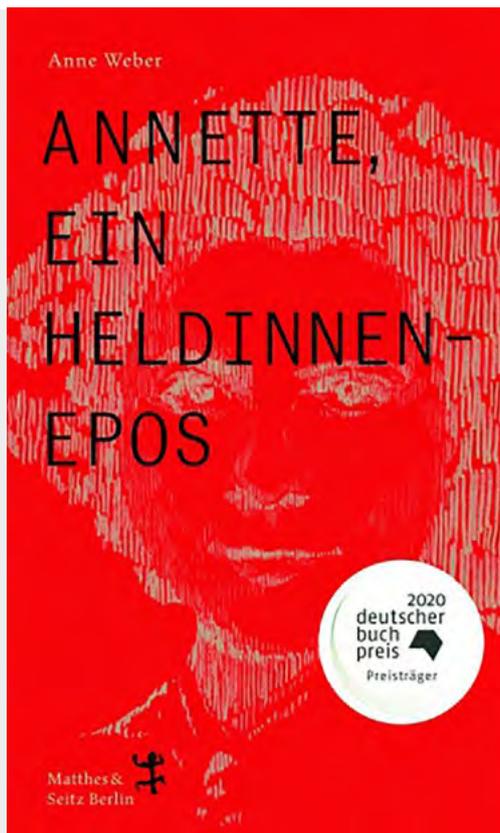


Abbildung: Matthes & Seitz



Anne Weber (\* 1964 in Offenbach) ging 1983 nach Paris und studierte französische Literatur sowie vergleichende Literaturwissenschaften an der Sorbonne in Paris, wo sie heute lebt. Sie schreibt ihre Bücher auf Deutsch und Französisch. Ihre Werke wurden u. a. mit dem Heimito-von-Doderer-Literaturpreis, dem 3sat-Preis, dem Kranichsteiner Literaturpreis und dem Johann-Heinrich-Voß-Preis ausgezeichnet.



Anne Weber, 2017 auf der Frankfurter Buchmesse  
Foto: Heike Huslage-Koch, CC BY-SA 4.0 <<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>>, via Wikimedia Commons

und religiösen Fanatismus. In ihrer Autobiographie „Wir wollten das Leben ändern“ erzählt sie in zwei Bänden ihre Lebensgeschichte.<sup>4</sup>

Umso bemerkenswerter ist die andere Perspektive, die die Autorin in epischer Form auf das Leben dieser mutigen Frau wirft, die in Frankreich viel bekannter als in Deutschland ist.

„Die Kraft von Anne Webers Erzählung kann sich mit der Kraft ihrer Heldin messen“, lautete die Begründung der Jury für den Deutschen Buchpreis für das „Heldinnenepos“. Es sei „atemberaubend, wie frisch hier die alte Form des Epos klingt“.<sup>5</sup> Die Lektüre gestaltet sich nach dem Einfinden in die ungewöhnliche Form tatsächlich leicht und fesselnd – und auch spannend. Es reihen sich verschiedene Episoden aus dem Leben von Anne Beauma-

noir aneinander – nicht immer versteht man die Entscheidungen der Heldin, die sie selbst nicht sein will, es gibt Brüche in ihrem Leben, gescheiterte Beziehungen, kaum auszuhaltende, lebensgefährliche Situationen. Weber greift vor allem die Ereignisse im Leben von Annette heraus, die sich als Wendepunkte oder als Sternstunden erweisen. Die Geschichte zieht einen in den Bann, man möchte wissen, wie es weitergeht, und sucht nach Erklärungen für die Entscheidungen, die die Protagonistin trifft. Doch die Autorin lässt einen bewusst im Unklaren bzw. maßt sich nicht an, diese ihrer Heldin in den Mund zu legen: Wie auch in antiken Epen scheint ein höheres Schicksal – dort sind es die Götter – seine Finger im Spiel zu haben. Annette setzt sich für Gerechtigkeit und Freiheit ein, auch wenn es für sie lebensgefährlich wird. Die Faszination, die die Biographie Beaumanoirs auf Weber ausübt, überträgt sich im Laufe der Lektüre auch auf die Leserin und den Leser – und hält auch bei einigen wenigen zäheren Passagen an.

In einem Interview erklärt Weber die Idee, aus der Biographie Beaumanoirs ein Epos zu machen, folgendermaßen:

4 Die deutsche Ausgabe erschien unter dem Titel: Anne Beaumanoir: Wir wollten das Leben ändern, 2 Bde., Hamburg 2019 (Band 1) und 2020 (Band 2), das französische Original wurde bereits 2000 veröffentlicht.

5 S. dazu [//www.boersenblatt.net/news/preise-und-auszeichnungen/deutscher-buchpreis-anne-weber-gekuert-150823](http://www.boersenblatt.net/news/preise-und-auszeichnungen/deutscher-buchpreis-anne-weber-gekuert-150823) [Stand: 16.07.2021].

„Die Frage, die ich mir als Allererstes gestellt habe, war die: Wie kann ich von einem Menschen erzählen, den es wirklich gibt, der dieses Leben wirklich gelebt hat und noch lebt? Darf ich alles mit dieser Frau machen? Darf ich ihre abenteuerliche Geschichte für meine literarischen Zwecke nutzen? Mir war relativ schnell klar, dass ich das nicht darf und dass ich nicht den klassischen Roman würde schreiben können, in dem man Details hinzufügt und ausmalt, den Protagonisten Worte in den Mund legt, die sie nie gesprochen haben. Mir wäre das anmaßend und auch unredlich erschienen. Es war im Grunde eine Gewissensfrage. Diese ist mit einer literarischen Frage nach der Gestaltung zusammengefallen. Und da ist mir eingefallen, dass es eine uralte literarische Form gibt, in der von jeher wagemutige Taten besungen werden: das Heldenepos.

Und da war für mich der Weg frei für mein Heldinnenepos, durch den Rhythmus und durch die Form abzurücken von einer zu realistischen Darstellung.“<sup>6</sup>

„Annette – ein Heldinnenepos“ ist, zusammenfassend betrachtet, ein ungewöhnliches und herausforderndes Werk. Die bewegte Lebensgeschichte von Anne Beaumanoir ist es wert, auf besondere Weise erzählt zu werden und erhält berechtigterweise große Aufmerksamkeit. Das Buch wurde bereits vielfach enthusiastisch rezensiert und auch in verschiedenen Theatern adaptiert, so beispielsweise 2020 im Residenztheater München im während der Covid19-Pandemie ins Leben gerufenen Projekt „Resi liest!“<sup>7</sup> ▲

*Buchvorstellung: Christina Gibbs*

6 [www.ndr.de/kultur/buch/Buchpreistraegerin-Anne-Weber-im-Interview,interview3422.html](http://www.ndr.de/kultur/buch/Buchpreistraegerin-Anne-Weber-im-Interview,interview3422.html) [Stand: 19.07.2021].

7 [www.residenztheater.de/resi-liest](http://www.residenztheater.de/resi-liest)



## THEMENHEFT UND THEMENFORUM FLUCHT UND VERTREIBUNG

Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit beleuchtet gemeinsam mit der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, Sylvia Stierstorfer, MdL, in einem Themenheft ein schwieriges Kapitel der deutschen Geschichte: Flucht und Vertreibung.

Namhafte Autor\*innen widmen sich darin ganz verschiedenen Aspekten von Flucht und Vertreibung nach 1945, den unterschiedlichen Herkunftsorten, dem Umgang Bayerns mit Geflüchteten und Vertriebenen sowie den Auswirkungen der Zuwanderung auf die deutsche, hier insbesondere auf die bayerische (Nachkriegs-) Gesellschaft.

Das Themenforum Flucht und Vertreibung stellt diese Beiträge zum einen in digitaler Form zur Verfügung und lädt Sie zum anderen dazu ein, Ihre Meinung

zu den einzelnen Themen, vielleicht auch Ihre persönlichen bzw. in der Familie tradierten Erlebnisse mit Flucht und Vertreibung zu berichten, die wir auf dieser Plattform auch sammeln möchten. Schreiben Sie uns dazu gerne unter: [landeszentrale@blz.bayern.de](mailto:landeszentrale@blz.bayern.de)



Themenheft  
„Flucht und Vertreibung“  
bestellbar unter  
[www.blz.bayern.de/  
publikationen-zur-  
politischen-bildungs-  
arbeit.html](http://www.blz.bayern.de/publikationen-zur-politischen-bildungsarbeit.html)

## Impressum

Einsichten und Perspektiven  
hg. von der Bayerischen Landeszentrale  
für politische Bildungsarbeit  
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Christina Gibbs, Markus Baar, Andreas Hesse

Titelbild: Im Pekinger Nationalstadion wird der Partei anlässlich des 100. Geburtstages gehuldigt, am Himmel explodiert ein ausuferndes Feuerwerk. Foto: Lintao Zhang/Getty Images

Gestaltung: MUMBECK – Agentur für Werbung GmbH, Schlieffenstraße 60, Wuppertal

Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, München/Regensburg

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren. Die Redaktion trägt der gesellschaftlichen Diskussion über geschlechter- bzw. gendergerechte Sprache Rechnung, indem die Schreibweisen der Texte variieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit  
Englschalkinger Str. 12  
81925 München  
Telefon: 089 9541154-00  
Fax: 089 9541154-99  
landeszentrale@blz.bayern.de  
www.blz.bayern.de

BLZ AUF SOCIAL  
MEDIA

